

**»Die Handschrift der SPD  
muss erkennbar sein«**



**Die Fraktion der SPD  
in der Volkskammer der DDR**



**»Die Handschrift der SPD  
muss erkennbar sein«**

**Die Fraktion der SPD  
in der Volkskammer der DDR**

# Inhalt

## Impressum

Herausgeberin:  
SPD-Bundestagsfraktion  
Susanne Kastner MdB  
Parlamentarische Geschäftsführerin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Redaktion:  
Walter Zöllner  
Martin Gutzeit

Fotos:  
Bundesarchiv, Koblenz

Gesamtherstellung:  
Petra Bauer, Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn  
pb.cicero@t-online.de

September 2000

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

<b>Vorwort von Peter Struck MdB und Sabine Kaspereit MdB</b>	<b>5</b>
<b>Vorwort von Wolfgang Thierse MdB</b>	<b>7</b>
<b>Vorwort von Hans-Jochen Vogel</b>	<b>9</b>
<b>»Wir haben unsere Aufgabe so schlecht nicht gemacht« von Constanze Krehl MdEP</b>	<b>11</b>
<b>»Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion« von Dietrich Stobbe</b>	<b>15</b>
<b>Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer von Martin Gutzeit</b>	<b>23</b>
<b>Der Streit in der SPD um die Große Koalition von Markus Meckel MdB</b>	<b>37</b>
<b>Die SPD-Volkskammerfraktion und die Verfassungsfrage von Volker Schemmel MdL</b>	<b>51</b>
<b>Aufarbeitung der Vergangenheit in der SPD-Volkskammerfraktion von Rolf Schwanitz MdB</b>	<b>55</b>
<b>Die Volkskammerfraktion der SPD und der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion von Edelbert Richter MdB</b>	<b>63</b>
<b>Außenpolitische Aktivitäten der SPD-Volkskammerfraktion von Eberhard Brecht MdB</b>	<b>71</b>
<b>Die Einigungsvertragsverhandlungen von Richard Schröder</b>	<b>77</b>

<b>Anhang</b>	
<b>Ergebnis der Volkskammerwahl vom 18. März 1990</b>	<b>85</b>
<b>Die Mitglieder der Fraktion der SPD in der Volkskammer</b>	<b>87</b>
<b>Sozialdemokraten in der Volkskammerwahl der DDR – eine Chronologie von Walter Zöllner</b>	<b>99</b>

## Vorwort

**von Peter Struck MdB,  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
und Sabine Kaspereit MdB,  
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion**

**Sie existierte gerade mal ein halbes Jahr**, die SPD-Fraktion in der Volkskammer. Ihre Mitglieder gehörten einer erst wenige Monate zuvor gegründeten Partei an. Mutige und politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger der DDR, die über eine nicht ungefährliche Opposition zum SED-Regime zu demokratisch gewählten Volksvertretern und schließlich zu Regierungsmitgliedern wurden. Keine gelernen Berufspolitiker also, die aber dennoch das parlamentarische Geschäft in kurzer Zeit erlernten und ungewöhnlich erfolgreich gearbeitet haben.

Gemessen an ihrer zahlenmäßigen Stärke haben die 88 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von insgesamt 400 Abgeordneten die 10. Volkskammer der DDR stark geprägt: von der Koalitionsvereinbarung über die Erklärung der Volkskammer zur Verantwortung der DDR vor der Geschichte bis hin zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und dem Einigungsvertrag. Aber natürlich konnten die Sozialdemokraten mit knapp 22 Prozent nicht alles gegen eine CDU-dominierte »Allianz für Deutschland« durchsetzen, was sie für richtig hielten.

Mit der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn gab es eine gute und intensive Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Vorstandssitzungen, über ein Verbindungsbüro in Berlin, auch mit Hilfe eines persönlichen Beauftragten. Zugegeben verlief sie nicht immer reibungslos. Die große Oppositionspartei in Bonn und

## Vorwort

von **Wolfgang Thierse MdB,**  
**Präsident des Deutschen Bundestages,**  
**Stellvertretender Vorsitzender der SPD**

die kleine Regierungspartei in Berlin hatten auch unterschiedliche Positionen, die politischen Wurzeln zwischen west- und ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lagen weit auseinander, und die Erfahrungen, die aus 40 Jahren gegensätzlicher Gesellschaftssysteme resultierten, waren sehr verschieden.

Inzwischen gehört das Miteinander von ost- und westdeutschen Parlamentariern zur täglichen Arbeit. Zahlreiche Abgeordnete aus den neuen Bundesländern haben in Fraktion, Parlament und Bundesregierung wichtige Aufgaben übernommen, ob als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Minister oder Parlamentspräsident. Vom Bürgerrechtler zum oberen Repräsentanten des Staates – dies bedeutete nicht nur für jede einzelne Person einen grundlegenden Rollentausch, es zeigt auch den Wandel unseres Landes in den vergangenen zehn Jahren. Insofern ist auch hier ein gutes Stück zusammengewachsen, was zusammen gehört.

**Bisher ist wenig publiziert worden zur Arbeit** der 10. – und einzigen frei gewählten – Volkskammer der DDR. Es hat keine intensivere wissenschaftliche Auseinandersetzung und kaum Streit um die politische Bewertung der Arbeit der Volkskammer gegeben. Erst recht fehlt eine differenzierte Dokumentation und Aufarbeitung der persönlichen Erfahrungen aus dieser Zeit. Die Akteure von damals sind teilweise zurückgekehrt ins Privatleben. Aber ihre Erinnerungen dürfen nicht verloren gehen. Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR gehört zu den Leistungen, auf die die Ostdeutschen im Rückblick auf die friedliche Revolution 1989/1990 stolz sein können. Ich wünsche mir, dass diese Publikation der SPD-Fraktion Anstöße zu einer umfassenderen Auseinandersetzung mit der Arbeit der 10. Volkskammer der DDR gibt.

Die Volkskammer des Jahres 1990 hat nur sechs Monate getagt. Innerhalb und außerhalb der DDR wurde die Arbeit der Abgeordneten nicht selten belächelt. Einiges an unseren damaligen Bemühungen konnte durchaus unzureichend erscheinen.

Aber wir hatten nur geringe Erfahrungen und vor allem nur begrenzte Möglichkeiten. Dennoch haben wir engagiert versucht, Einfluss auf die Gestaltung des Vereinigungsprozesses zu nehmen. Diese Publikation gibt Aufschluss darüber, wo die SPD-Fraktion wichtige Kurskorrekturen durchsetzen konnte – und wo wir

## Vorwort

von Hans-Jochen Vogel,  
ehemaliger Vorsitzender der SPD und  
der SPD-Bundestagsfraktion

**Selten hat sich ein demokratisches Parlament** unter einem derartigen Zeitdruck und unter so unzulänglichen technischen Bedingungen einer solchen Fülle von Herausforderungen gegenüber gesehen wie die am 18. März 1990 gewählte Volkskammer der DDR. Die vorliegende, dem 10. Jahrestag der Deutschen Einheit gewidmete Broschüre lässt die Erinnerung daran lebendig werden und schildert in anschaulichen Beiträgen unmittelbar Beteiligter, welche Anstrengungen und Impulse die SPD-Fraktion der Volkskammer und ihre 88 Mitglieder beigesteuert haben, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Auch im Nachhinein lässt sich dabei noch einmal mit Bewunderung und Respekt konstatieren, was damals Männer und Frauen geleistet haben, die das erste Mal in ihrem Leben demokratisch legitimierte Verantwortung übernommen hatten.

Ich habe das alles als seinerzeitiger Vorsitzender der SPD der alten Bundesrepublik und ihrer Bundestagsfraktion hautnah miterlebt – oft genug an Ort und Stelle. Auch deshalb freue ich mich, dass die Broschüre das Einmalige jener Wochen und Monate, in denen die deutsche Einheit unter verantwortungsbewusster Mitwirkung der Sozialdemokratie zustande kam, wieder ins Bewusstsein ruft. Vielleicht ermuntert sie den einen oder anderen auch, Impulse aus jener Zeit wieder aufzugreifen. Etwa den, dem Volk die unmittelbare Beteiligung in Gestalt des Bürgerentscheids auch auf der Bundesebene zu ermöglichen. Ich würde es mir

gescheitert sind. Dass wir mit vielen Warnungen und Befürchtungen Recht behalten haben, ist auch rückblickend kein Grund zur Freude.

Die Arbeit der SPD-Fraktion in der Volkskammer war von großem Engagement in der Sache und ebenso von leidenschaftlichen Debatten über den politischen Kurs geprägt. Ich erinnere mich vor allem an die Zeit nach dem Ende der Regierungskoalition. Damals wurde ich in einer Phase Fraktionsvorsitzender, in der die Wogen besonders hoch schlugen. Ich habe allerdings nie bedauert, dass es leidenschaftliche Diskussionen und vehementen Streit gab. Nach Jahrzehnten des erzwungenen Schweigens, in denen jegliche freie Rede unmöglich war, jede öffentliche Kontroverse unterdrückt wurde, war dies Ausdruck gelebter Demokratie und Beleg einer beachtlichen politischen Diskussionskultur. Auch sie gehört zu den bleibenden Leistungen der 10. Volkskammer.

Für mich ist der Tag der ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR ebenso wichtig wie der 9. November 1989 oder der 3. Oktober 1990. Schließlich bedeutete diese Wahl die demokratische Legitimation der Forderungen der Demonstranten im Herbst 1989. Am 18. März 1990 ging die revolutionäre Phase zu Ende und es begann die parlamentarische. Das Wahlergebnis war zugleich ein eindeutiger Ausdruck des Einheitsstrebens der Ostdeutschen. Dass längst nicht alles eingetreten ist, was uns damals an blühenden Landschaften versprochen wurde, haben nicht nur die ost-, sondern auch die westdeutschen Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr erkannt – und sie haben 1998 die längst fällige Konsequenz gezogen. Nun stehen wir Sozialdemokraten in der Verantwortung, die innere Einheit unseres Landes weiter voranzutreiben – in wirtschaftlich-ökonomischer, vor allem aber auch in sozialer Hinsicht. Die Menschen in den östlichen Bundesländern benötigen nach wie vor unsere Solidarität. Für die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag behält diese Aufgabe auch weiterhin höchste Priorität.

wünschen. Denn – und das sollte nicht vergessen werden – es war das Volk, das in der DDR die friedliche Revolution zum Erfolg geführt hat.

## »Wir haben unsere Aufgabe so schlecht nicht gemacht«

**überarbeitete Rede von Constanze Krehl MdB,  
damals Vorstandsmitglied der SPD-Volkskammerfraktion,  
auf dem Treffen der SPD-Bundestagsfraktion  
mit den Mitgliedern der SPD-Volkskammerfraktion  
am 16. März 2000**

**In seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler** prägte Willy Brandt die Formel »Mehr Demokratie wagen«. Die Aufforderung, dieses gesellschaftspolitische Ziel umzusetzen, richtete sich an eine Gesellschaft, die trotz aller Mängel und Schwächen auf eine schon zwanzigjährige politisch-parlamentarische Erfahrung zurückblicken konnte. Als Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern der DDR im Herbst 1989 auf die Straße gingen, da wagten sie nicht nur mehr Demokratie, nein, sie riskierten ihr Leben für jene demokratischen Ziele und menschlichen Grundwerte, die aus gutem Grund als »unveräußerlich« bezeichnet werden.

Am 21. März 1990, als die SPD-Fraktion in der Volkskammer zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, waren wir nicht nur eine Gruppe von politisch-parlamentarischen Amateuren, sondern Anfänger und Lehrlinge einer »besonderen Art«. Vom ersten Tag an wurden wir mit Aufgaben und Entscheidungen konfrontiert, die sofort und meist unumkehrbar das Schicksal von Millionen von Menschen bestimmten. Und – um einen ganz wichtigen Faktor nicht zu vergessen – wir hatten drei Tage zuvor eine Wahl verloren, die wie so viele Dinge in jener Zeit zu Recht das Prädikat »historisch« trug. Dennoch erwartete man von uns Mitarbeit und Mitverantwortung und kein »Schmollen« in der Opposition.

Trotz der herben Niederlage waren wir engagiert, voller Ideen und Ideale. Aber

– und auch das soll nicht vergessen werden – keiner hatte in seiner persönlichen wie beruflichen Lebensplanung das Ziel »Politiker«, schon gar nicht »Berufspolitiker« vorgesehen. So unterschiedlich unsere Lebensläufe bis zu jenem 18. März 1990 waren, so unterschiedlich musste jeder für sich mit dieser Situation fertig werden. Deshalb hat auch jeder von uns seine ganz eigene Geschichte und seine eigenen Erfahrungen. Jede Form der Verallgemeinerung würde den Menschen, würde uns, nicht gerecht werden. Aus diesem Grund möchte ich auch nur ein paar ganz persönliche Erlebnisse oder Eckpunkte erwähnen, die in der Vergangenheit meine politische Entwicklung bestimmten.

Ich bin am 22. Januar 1990 in Eisenhüttenstadt in die SPD eingetreten. Diesen Schritt tat ich sehr bewusst, denn ich wollte endlich das machen können, was ich in der DDR nicht konnte: Mein Ziel war es, mit anderen in einer Gruppe zu diskutieren, Politik zu gestalten und aktiv etwas gegen das System »DDR« zu tun.

Wir waren damals ein gutes Dutzend Gleichgesinnter, die auf einmal erkannten, dass wir so schnell wie möglich Entscheidungen zur Vorbereitung der Volkskammerwahl treffen mussten. Bei unserer Ortsvereinsitzung zur Nominierung der Kandidaten fand sich sehr schnell ein Anwärter männlichen Geschlechts. Uns war aber schon damals bewusst, dass wir auch Frauen in entscheidenden Positionen benötigen. Ich war jedoch sehr überrascht, als der Vorschlag gemacht wurde, mich zu wählen.

Bei der Sitzung des Landesvorstandes und des Parteirates des damaligen Bezirks Frankfurt/Oder war die Vorstellung schon eine andere. Jeder musste sich vorstellen. Zu diesem Zeitpunkt brachen Engagement und politisches Interesse bei mir sehr emotional hervor. Das Ergebnis war Platz 2 auf der Liste des Bezirkes. Bis zur Wahl der ersten demokratisch legitimierten Volksvertretung der DDR waren es gerade noch zwei Monate. Zwei Monate, die von einem harten Wahlkampf mit vielen Ideen, aber ohne große Erfahrung gekennzeichnet waren.

In dieser Zeit hat uns die aktive Unterstützung von vielen Genossinnen und Genossen aus den alten Bundesländern sehr geholfen. Ich erinnere mich an die erste Kundgebung meines Lebens, auf der ich gemeinsam mit Johannes Rau in Eisenhüttenstadt vor mehr als 5000 Menschen gesprochen habe.

Am Abend des 18. März, dem Tag der Volkskammerwahl, wurden jedoch all unsere Hoffnungen enttäuscht. In den Umfragen noch mit absoluten Mehrheiten bedacht, erreichten wir nur 22 Prozent, 88 Sitze für die SPD in der Volkskammer.

In unserer konstituierenden Sitzung empfand ich es als wohltuend, dass sich wenigstens einige mit den Geschäftsordnungen und den anstehenden Verfahrensfragen auskannten. Wir wählten unseren Fraktionsvorsitzenden Ibrahim Böhme. Mir persönlich war der Mann sowohl von der menschlichen Seite als auch durch seine politischen Vorstellungen unsympathisch, obwohl ich ihn bis dahin als engagierten Sozialdemokraten kannte.

In den folgenden Tagen fanden wir uns sehr schnell in Arbeitskreisen zusammen und organisierten uns, wobei besonders Martin Gutzeit ein großes Verdienst zukommt. Wir nahmen es damals als selbstverständlich hin, dass beispielsweise Rudolf Dreßler oder Renate Schmidt uns nicht nur aus Bonn Unterstützung gaben, sondern uns sehr oft direkt aufsuchten und mit uns diskutierten.

Nachdem wir uns für eine große Koalition entschieden und uns in dieser für unsere politischen Schwerpunkte aussprachen, erinnere ich mich an die Sitzung des Arbeitskreises Soziales. Wir wollten und mussten einen Vorschlag für den Ministerposten machen. Dabei einigten wir uns auf Regine Hildebrandt, die darüber sehr überrascht schien. Meiner Ansicht nach war dies aber eine gute Entscheidung.

Die Erfahrungen, die ich in der Volkskammer und in unserer Fraktion gemacht habe, sind völlig anders, als ich es jemals später in einem anderen Parlament gemacht habe: Wir sind wahrscheinlich bisher das einzige Parlament gewesen, das alles getan hat, sich selbst in geordneten Bahnen aufzulösen. Wir wollten die deutsche Einheit. Historisch hatte sich diese einmalige Möglichkeit aufgetan, und wir wollten sie mitgestalten.

Während dieses Prozesses mussten wir viel und intensiv lernen. Im Nachhinein hatten wir in einem Dreivierteljahr das Regieren in einer neuen Rechtsordnung lernen müssen, in der für uns kein Stein auf dem anderen blieb und wo wir auch unsere eigenen Erfahrungen einbringen wollten. Wir hatten die ideale Vorstellung, dass in ein vereinigtes Deutschland die besten Erfahrungen aus beiden Systemen eingebracht werden könnten.

»Nebenbei« mussten wir uns auch mit unserer eigenen Vergangenheit auseinandersetzen. Die Abgeordneten wurden auf die Mitarbeit in der Staatssicherheit überprüft. Ibrahim Böhme wurde aufgrund seiner Vergangenheit nach kurzer Zeit als Fraktionsvorsitzender abgelöst. Dies war ein sehr schmerzlicher Prozess in unserer Fraktion, bestätigte aber mein Unbehagen gegen ihn.

Ich denke, dass diese Zeit gut war, Erfahrungen zu sammeln. So mussten wir uns mit vielen wichtigen Dingen auseinander setzen, wie zum Beispiel mit der Länderbildung, dem Kommunalwahlgesetz, das auch das Wahlrecht für in der DDR lebende Ausländer umfasste, und dem Haushalt der DDR. Des Weiteren standen die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, der Einigungsvertrag und die Währungsunion im Mittelpunkt. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde uns bewusst, dass ein vereintes Deutschland nur in einem geeinten Europa eine Zukunft hat. Aber auch »Kleinigkeiten« wie Sozialversicherungssysteme, Chancengleichheit, Paragraph 218 und die Eigentumsverhältnisse durften dabei nicht ins Hintertreffen geraten. Mit Sicherheit ist vieles aus diesen bewegten Tagen und Wochen von mir jetzt nicht berücksichtigt worden.

Die Zeit damals werde ich nie vergessen. Das geht wohl allen so, die damals in unserer Fraktion und in der Volkskammer gearbeitet haben. Was mich immer in

all den Jahren danach beeindruckt hat, ist die Tatsache, dass wir 88 Amateure unsere Aufgabe so schlecht nicht gemacht haben. So ist es nicht verwunderlich, dass die meisten von uns der Politik auch als Beruf treu geblieben sind. Viele von uns arbeiten in den verschiedensten Parlamenten, in Regierungen, als Bürgermeister oder an anderen Stellen der Gesellschaft. Manch einer spricht mit einer gewissen Hochachtung von der »Volkskammermafia«, wenn Ehemalige miteinander arbeiten. Tatsächlich hat sich ein sehr spezielles Netzwerk herausgebildet, das uns in unserer Arbeit hilfreich ist und der Sozialdemokratie in den neuen Bundesländern oftmals geholfen hat und – da bin ich mir sicher – auch in Zukunft helfen wird.

Als persönliche Anmerkung möchte ich nur auf den Kieselwitzer Kreis hinweisen, der nach der deutschen Einheit von ehemaligen Volkskammerabgeordneten gegründet wurde und den Namen meines damaligen Wohnsitzes erhielt. Den Namen kannte auch in der DDR niemand. Aber es ist ein vertrauensvolles Reden und Diskutieren in dieser Runde, die durch das enge Zusammenarbeiten in knapp sieben Monaten in der Volkskammerfraktion, des ersten und letzten freigewählten Parlaments der DDR, entstehen konnte.

Ich denke, dass an dieser Stelle und nach zehn Jahren auch Dank gesagt werden muss. Dank sagen möchte ich all jenen, die uns damals die Hand reichten, ohne uns über den Tisch ziehen zu wollen, die Geduld hatten, wo doch Ungeduld und Zeitdruck über Monate unser Leben und unsere Arbeit beherrschte, und trotzdem Zeit gefunden hatten, uns zuzuhören. Die bereit waren, unsere Identität und unsere ganz eigenen Erfahrungen zu respektieren und eben nicht zur großen Gruppe der »alles Besser-Wissenden« gehörten.

Heute haben wir andere aktuelle Probleme, aber auch neue Ideen und Vorstellungen. Die Aufgabe, die deutsche Einheit in den Köpfen und in den Herzen zu vollziehen, begleitet uns nach wie vor. Es ist eine gemeinsame Aufgabe und eine gemeinsame Herausforderung, der wir uns auch gemeinsam stellen müssen. Ich freue mich auf eine ähnliche Veranstaltung nach weiteren zehn Jahren und bin schon heute auf die dann gemachten Erfahrungen gespannt.

## »Erstaunliches ist passiert

### in dieser Fraktion!«

**überarbeitete Rede von Dietrich Stobbe,  
damals persönlicher Beauftragter  
des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion  
für die Zusammenarbeit mit der Volkskammerfraktion,  
auf dem Treffen der SPD-Bundestagsfraktion  
mit den Mitgliedern der SPD-Volkskammerfraktion  
am 16. März 2000**

**Ich finde es wichtig**, dass sich der Deutsche Bundestag am 17. März 2000 mit den ersten freien Wahlen in der DDR zur Volkskammer vor zehn Jahren beschäftigt. Ich hoffe, dass diese Erinnerungsstunde zum Ausgangspunkt für eine intensive politische, publizistische und, was wichtig wäre, auch wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Prozesse führt, die die deutsche Einigung möglich gemacht haben.

Es waren, wie wir alle wissen, weltgeschichtliche, europäische und auch innenpolitische Prozesse, die auf eine sehr komplizierte Art und Weise miteinander verwoben waren und die dann jenen Glücksmoment der Einheit möglich machten, weil sie an einem bestimmten Punkt alle zusammenliefen. Die weltpolitischen und europäischen Entwicklungen sind, so glaube ich, ganz gut dokumentiert und aufgearbeitet. Viele der innenpolitischen Prozesse auch. Aber große Teilstücke fehlen, und ganz bestimmt fehlt eine intensive Auseinandersetzung mit der Arbeit der SPD-Volkskammerfraktion und auch über die Abstimmungsprozesse, die zwischen den beiden deutschen Sozialdemokratien damals liefen.

Es ist ja so, dass die Zeit rast. Dass eine geschichtliche Zeitenwende hinter uns liegt, ist schnell vergessen worden, und manche, die vor zehn Jahren noch mitdrehen konnten am Rad der deutschen Geschichte, sind heute in Vergessenheit geraten. Deshalb finde ich es besonders gut, dass die Bundestagsfraktion Einladungen

ausspricht zu einem solchen Abend. Und natürlich finde ich es entscheidend, dass diejenigen, die damals in die Volkskammer gewählt worden sind, heute mit dabei sind, am Abend vor der Feierstunde im Deutschen Bundestag.

Wir müssen die Leistungen dieser Genossinnen und Genossen, die Mitglieder der Volkskammerfraktion waren, auf eine ernsthafte Weise würdigen und ihre Arbeit anerkennen; denn die Arbeit war anerkennenswert. Ich kann heute dazu nur einen unvollständigen Beitrag leisten, schon aus Zeitgründen. Aber ich bin gebeten worden, ein paar zusammenfassende Bemerkungen zu machen. Wünschen würde ich mir, dass Wolfgang Thierse, Richard Schröder, Markus Meckel, Regine Hildebrandt, Martin Gutzeit, Alwin Ziel, Reinhard Höppner und all die anderen, die wichtige Funktionen ausgeübt haben in dieser Zeit, ihre Erinnerungen und Erfahrungen ernsthaft aufbereiten. Aber ich würde mir noch etwas wünschen: Ich würde mir wünschen, dass die Erfahrungen und Erinnerungen von Hans-Jochen Vogel, ja von Oskar Lafontaine, von vielen anderen, die entscheidende Führungsfunktionen für die West-SPD damals wahrgenommen haben, aufbereitet werden in Bezug auf den Einigungsprozess und auf die Zusammenarbeit in der SPD.

Solche Zeitverarbeitungen von wichtigen Zeugen des Geschehens, wenn sie nebeneinander gestellt werden – aber vor allen Dingen, wenn sie ineinander geschoben werden –, würden verdeutlichen, vor welch unerhörten politischen Problemen die Sozialdemokratie in Ost und West damals tatsächlich stand. Da helfen uns nun auch unsere persönlichen Anekdoten nicht darüber hinweg, die wir ja alle haben. Wir würden dann auch erkennen müssen, wie fragmentarisch, und zwar sowohl im sachlichen wie auch im emotionalen Bereich, zunächst viele Bemühungen blieben, die innere Einheit auch innerhalb der Sozialdemokratie tatsächlich zu gestalten.

Zu solchen Problemen über die Gestaltung der inneren Einheit kann ich authentisch ein paar Beschreibungen machen: Ich war zu jener Zeit förmlich bestellter Koordinator für die Politikentwicklungen zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der SDP-Fraktion in der Volkskammer sowie für beide Parteivorstände, nach offiziellen Beschlussfassungen dieser Gremien. Ich hatte meine Arbeit so geräuschlos wie möglich zu tun. Sprechen sollten die Bosse. Der Dialog sollte nicht noch durch einen Koordinator weiter verwirrt werden. Aber über meinen Schreibtisch hier im Reichstag liefen viele der Vorgänge, die damals für das Werden der Einheit der deutschen Sozialdemokratie von Bedeutung waren. Also hier einige Problemschilderungen:

Die Entstehung der SDP in der DDR hatte schon gezeigt, dass die Gründungsmitglieder ursprünglich mehr an die Formierung einer demokratischen Opposition in der DDR auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Programms dachten als unmittelbar an eine Vereinigung mit der SPD. Das war aus der Situation

heraus verständlich, ist belegt und begründet worden. Es war verständlich, weil die Bildung einer Oppositionspartei hoch riskant, die Gründung einer nach Vereinheitlichung strebenden deutschen Sozialdemokratie sicherlich Selbstmord gewesen wäre – auch noch zu jener Zeit. Diese Zurückhaltung in Bezug auf die Einheit, und das wird viel zu wenig ausgesprochen, fand auf Seiten der westdeutschen SPD zunächst durchaus ihre Entsprechung. Bei der West-SPD dominierte das Denken in den Bahnen der Zweistaatlichkeit und der europäischen Sicherheitspartnerschaft, was im übrigen zu dem Kuriosum geführt hatte, dass der SPD der DDR in der sozialistischen Internationale eine Heimat früher angeboten worden war, als dass ernsthaft die Vereinheitlichung der beiden deutschen Sozialdemokratien in Angriff genommen wurde. Es hatte zuvor zwar sehr mutige Vorstöße gegeben, wie zum Beispiel denjenigen von Steffen Reiche bei seinem Besuch in Frankfurt und dann in Bonn, um eine gewisse Beklommenheit und Berührungsängste auf beiden Seiten weichen zu lassen. Man wird dazu vielleicht etwas abgehoben und nach zehn Jahren sagen dürfen, dass die Zweiteilung der Welt und auch Deutschlands von der jungen Sozialdemokratie in der DDR und der machterprobten SPD in Westdeutschland im Grunde genommen parallel verinnerlicht worden war. Es ging beiden zunächst um mehr Freiheit; die Einheit des Landes und darin eingeschlossen die der Sozialdemokratie war anfänglich keine konkrete Utopie – gerade auch im Westen nicht. Und wir müssen wissen und uns erinnern, dass genau dieser Punkt seine tiefen Nachwirkungen auf beide Parteien im Wahlkampf zur Volkskammer, im deutschen Einigungsprozess und bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen hatte.

Der Wahlkampf – um einen anderen Punkt zu nennen – um die Zusammensetzung des ersten frei gewählten Parlaments der DDR war zu einem guten Stück bereits gesamtdeutscher Wahlkampf, obwohl das damals noch nicht so formuliert wurde. Es ging im Grunde genommen auch damals schon um eine einzige Frage: Wie soll es weitergehen? Auf welchem Wege soll die Einheit kommen? Hinter dem Streit, den wir Sozialdemokraten mit Leidenschaft geführt haben, zum Beispiel um die Anwendung des Artikel 23 oder 146 des Grundgesetzes, standen massiv unterschiedliche Ziele und Zukunftsvorstellungen. Sollte die Einheit so rasch wie möglich kommen? Sollte die Einheit, sollte die Freiheit in der DDR vorangetrieben, der DDR-Staat bewahrt bleiben? Ich kann darauf jetzt nicht im Einzelnen eingehen, wir alle kennen die Konflikte darum in- und auswendig. Aber wir können aus diesen Konflikten heute lernen für die Zukunft. Entscheidend war die Wirklichkeit in Deutschland. Entscheidend war der Druck der Wünsche der Bürger der DDR nach Einheit und Freiheit, und zwar in einer möglichst raschen Lösung. Und genau dieser Druck hat im Grunde genommen alles entschieden, nicht westlicher Okkupationswille, wie gelegentlich im Osten behauptet wird. Und es ist auch wahr, dass diesem Druck weder diejenigen standhalten konnten, die in

der DDR auf eine eigenständige Entwicklung setzten, noch diejenigen, die im Westen aus wirtschaftlichen Gründen und finanziellen Erwägungen einer schnellen Einheit skeptisch oder verhalten-ablehnend gegenüberstanden. Das alles konnte man, wenn man wach war, im ersten Wahlkampf zur Volkskammer bereits erkennen.

Bei den späteren gesamtdeutschen Wahlen musste es eigentlich jeder bereits gelernt haben, nämlich dass es die normative Kraft des Faktischen tatsächlich gibt, und die hat dann die Entscheidungen erzwungen. Aber wir Sozialdemokraten haben uns damit ziemlich schwer getan, und wir sollten uns auch daran ehrlich erinnern.

Ich möchte weiter daran erinnern, dass die Volkskammerfraktion ihre Arbeit unter den schwierigsten technischen Bedingungen mit Volldampf aufgenommen hatte. Auf der Grundlage des Wahlprogramms des Leipziger SPD-Parteitagess hatte sie die Koalitionsverhandlungen geführt, blitzschnell, und sich für eine Regierungsbeteiligung mit sieben Ministern an der demokratisch gewählten DDR-Regierung beteiligt. In der Debatte über die Regierungserklärung führte Wolfgang Thierse als Stellvertretender Fraktionsvorsitzender damals aus: »Die Entscheidung für die Koalition ist in unserer Partei umstritten. Wir schämen uns dessen nicht. Im Gegenteil. Gäbe es bei uns keinen Streit, keine Diskussion über eine so wichtige Frage, wäre unsere Partei ihres Namens nicht würdig. Wir werden deshalb, wiewohl wir zuverlässige, seriöse Koalitionspartner sein wollen, den Streit nicht unterbinden, Diskussionen in unseren Reihen nicht niederreißen. Wir wollen den Weg der deutschen Einheit auf eine vernünftige verantwortungsvolle Weise gehen. Wir wollen die Befreiung von der realsozialistischen Parteidiktatur gestalten und festmachen in einem demokratisch und rechtsstaatlichen Demokratiewesen. Vor dem Hintergrund dieser Ziele müssen wir Sozialdemokraten angesichts der Koalitionsvereinbarung und angesichts der Regierungserklärung nicht rot werden vor Scham. Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung tragen auch und nicht in geringem Maße sozialdemokratische Handschrift.«

Aber mit der Entscheidung für die Koalition geriet die SPD-Volkskammerfraktion sofort in einen tiefen Konflikt mit ihrer eigenen Partei, das ist heute vergessen. Der Parteivorstand warf der SPD-Volkskammerfraktion in einem Brief vor, eine Koalition akzeptiert zu haben, in der auch zwei DSU-Minister einen Sitz hatten. Aber im Wesentlichen wurde behauptet, die Fraktion habe das Leipziger Parteiprogramm missachtet, und zwar in folgenden Punkten: keine Mitgliedschaft in der NATO, kein Beitritt nach Artikel 23. Richard Schröder musste in einem sehr eindrucksvollen Brief dem Parteivorstand nachweisen, dass keine der angeführten Punkte Inhalte des Leipziger Programms waren. Er hat außerdem darauf hingewiesen, dass die Fraktion in Sachen NATO und Beitritt eine mit der SPD der Bundesrepublik abgestimmte Haltung in der Koalitionsvereinbarung unterschrieben



27. 3. 90, Berlin: SPD-Presskonferenz  
Die SPD-Fraktion informierte vor der internationalen Presse,  
dass sie zu sofortigen Informationsgesprächen mit der CDU  
über die Beteiligung an einer Koalitionsregierung bereit ist.  
Von links: Reinhard Höppner,  
Tagungsleiter der Fraktionsitzung;  
Richard Schröder, amt. Fraktionsvorsitzender;  
Frank Terpe, stellv. Fraktionsvorsitzender

habe. Aber der Streit war sehr hart, und er macht deutlich, in welchen Konflikt die SPD-Volkskammerfraktion geraten war. Sie wollte als parlamentarische Institution sachliche Verantwortung tragen für den Einigungsprozess. Dem Vorstand der SPD dagegen ging es eher um Rückwirkungen dieses Einigungsprozesses auf die Wähler, denn er sah in der Zustimmung zu der großen Koalition und unter diesen Bedingungen »katastrophale Folgen« für die weitere Entwicklung der Partei, die sich nicht zuletzt »im Mitgliederschwund und Vertrauensverlust bei den Wählern dokumentieren werden«. So war seine Analyse der Wirklichkeit. Deutlicher konnte sich ein Konflikt nicht auf tun, der sich übrigens später im Westen wiederholte. Ich werde euch das nicht ersparen: Vom Parteivorstand der SPD in der DDR wurde im Grunde genommen unterstellt, dass ein Beitritt der DDR nach Artikel 23

des Grundgesetzes und eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO von den Menschen in Deutschland, oder mindestens von den sozialdemokratischen Wählern, nicht getragen werden wird. Welch tragische Fehleinschätzung.

Und damit komme ich zu noch einer Problembeschreibung. Der deutsche Einigungsprozess ist ja in einem Wahljahr voll höchster Dramatik und Geschwindigkeit vollzogen worden. Und das hatte gewichtige Auswirkungen auf den staatlichen Einigungsprozess selbst. Ich schrieb damals in einem Vermerk an die Fraktionsspitze und an den Parteivorstand folgendes: »Will die SPD in die zukünftigen gesamtdeutschen Wahlen als einheitliche und geschlossene deutsche Sozialdemokratie gehen, muss sie in den den zukünftigen Gesamtstaat konstituierenden grundlegenden Verhandlungen sowohl in der DDR wie auch in der Bundesrepublik am Ende gemeinsame Positionen einnehmen. Damit stehen wir vor der enormen Aufgabe, eine politische Kongruenz von Regierungshandeln der SPD in der DDR und Oppositionsverhalten der SPD in der Bundesrepublik herzustellen.« Das war die Aufgabe. »Diesem Anspruch kann die SPD nur gerecht werden, wenn es ihr gelingt, politische Abstimmungsmechanismen zwischen der SPD in der DDR und der SPD in der Bundesrepublik zu institutionalisieren. Im Grunde genommen müssen diese Abstimmungsmechanismen so gestaltet werden, dass sie als Vorstufe für eine künftige einheitliche Sozialdemokratie dienen können.« Das war schon am 17. April 1990, wenige Tage nach Bildung der Koalition in der DDR.

Ich meinte, dass damals folgende Aufgaben wichtig wären für die SPD:

- Sorgfältige Prüfung der Wirkungen der Koalitionsvereinbarung in der DDR auf das SPD-Oppositionsverhalten im Deutschen Bundestag, ebenso auf die Wahlkampfstrategie der SPD.
- Erarbeitung einer einheitlichen Position zu den Staatsvertragsentwürfen der Bundesregierung.
- Erarbeitung einer gemeinsamen Position zu den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.
- Organisation der politischen und technischen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer.
- Einrichtung von Abstimmungsmechanismen unter Beteiligung der so genannten A-Länder, auf Grund der Föderalisierung der DDR, die ja auch anstand.
- Institutionalisierung des Dialogs zwischen den beiden Parteien, Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften, die noch gar nicht begonnen hatte.

Vieles von dem, was ich beschrieben habe, ist dann tatsächlich erfüllt worden.

Zum Beispiel hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein aktives Büro im Reichstag, zeitweise arbeiteten bis zu 16 Referenten für die Arbeitskreise der SPD-Volkskammerfraktion. Die Parlamentarier trafen sich auf Arbeits- und Spitzenebene ständig. Jochen Vogel richtete, das ist wenig bekannt, auf Partei- und Fraktionsebene sogenannte »Flughafenkonferenzen« ein, die der Öffentlichkeit weitgehend verborgen blieben. Aber immerhin, in diesen insgesamt sechs Begegnungen wurde der Versuch gemacht, die auf die Vollendung der Einheit ausgerichtete Sacharbeit der Fraktion mit der Wahlkampfstrategie und dem Kanzlerkandidaten der SPD zu harmonisieren. Und jeder weiß, dass dies nur zum Teil gelang. Die SPD ist nicht frei gewesen von der Versuchung, vermeintliche taktische Vorteile im Wahlkampf den strategischen Geboten unterzuordnen, die sich für die Verfolgung des Zieles zur Herstellung der deutschen Einheit ergaben. Und ich kann mich noch gut erinnern, welchen Eindruck es auf mich gemacht hatte, als Oskar Lafontaine mitten in diesem Prozess und mitten in den Abstimmungsprozessen zwischen den beiden Fraktionen auf die Bundestagsfraktion sehr starken Druck ausübte, indem er öffentlich verlangte, den ersten Staatsvertrag zur Einheit in dritter Lesung im Deutschen Bundestag abzulehnen, um danach im Bundesrat mit Nachverhandlungen SPD-Positionen durchsetzen zu können, die zuvor aber nicht durchgesetzt werden konnten. Aus meiner Sicht, das bleibt so, war das eine starke Verhaftung im Bereich des Irrealen und eine Ablehnung des Machbaren wie schon bei dem zuvor geschilderten Konflikt.

Die Bundestagsfraktion hat dieses Ansinnen ihres eigenen Kanzlerkandidaten damals nach langer Debatte abgelehnt. Diese Spannungen innerhalb der SPD waren für jeden Wähler erkennbar, und was in der West-SPD nur mühsam kaschiert wurde, brach dann auf Seiten der Ost-SPD offen aus. Die SPD verließ die dortige Koalition – ich muss hier sagen, nachdem Kohl, de Maizière und Krause die SPD in der Tat unerträglich provoziert hatten, indem zwei Minister entlassen wurden, wozu der Ministerpräsident verfassungsmäßig gar kein Recht hatte. Aber was wirklich passiert war, war dieses: Die SPD in Ost und West war jetzt vereint in der Opposition. Ich will meine Position hier nicht verheimlichen, dass ich glaube, es wäre ganz gut gewesen, wenn die SPD, als die Einheitsverträge dann unterschrieben wurden, auch mit DDR-Regierungsmitgliedern daran beteiligt gewesen wäre.

Jetzt habe ich vier oder fünf Problembereiche benannt. Ich möchte die guten Sachen nicht verschweigen, sondern auch noch hervorheben, aber stakkato: Erstaunliches ist passiert in dieser Fraktion! Zunächst: Mitglieder einer Fraktion haben einen Wahlkreis. Constanze, du hast das eben geschildert. Es war genau so, wie du es beschrieben hast. Und diese ersten Versammlungen der Partei waren auch noch organisiert worden mit sehr viel Hilfe vom Westen, damit das ganze überhaupt in einem demokratischen Willensbildungsprozess geregelt werden

# Aufbau, Organisation und Arbeit der SPD-Fraktion der Volkskammer

von Martin Gutzeit,  
damals Parlamentarischer Geschäftsführer  
der SPD-Volkskammerfraktion

## Ausgangsbedingungen und Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit

**Wie wenig selbstverständlich es war,** dass eine arbeits- und handlungsfähige SPD-Volkskammerfraktion auf der politischen Bühne agieren und in ihrer halbjährigen Tätigkeit die politischen Geschicke in der DDR auf dem Wege in die deutsche Einheit mitgestalten konnte, mag einem heutigen Betrachter, der eine funktionierende parlamentarische Demokratie als eine Selbstverständlichkeit ansieht, gar nicht so recht bewusst sein. Es handelte sich um die Volkskammerfraktion einer Partei, die erst ein halbes Jahr zuvor noch von wenigen unter konspirativen Bedingungen gegründet worden war, um der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der DDR als einer organisierten politischen Kraft wieder eine politische Wirkungsmöglichkeit zu geben. Die Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR war die erste Aktionsgruppe unter den entstehenden politischen Vereinigungen und Parteien, die von vornherein und kompromisslos die Abschaffung des Machtmonopols der SED und den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie als ihr politisches Ziel erklärte. In der Kontaktgruppe der Opposition wirkte die SDP im Herbst 1989 an der Initiative für einen Runden Tisch mit, der die Vorbereitungen für freie Wahlen schaffen sollte, und brachte auf der ersten Sitzung des

konnte. Und der ist in der Tat bewältigt worden, binnen Wochen! Das muss man sich heute immer wieder klarmachen.

Die Arbeitstechnik, die Arbeitsvoraussetzung für jede Parlamentsfraktion: Wer diese Arbeit auf den Fluren des SED-Gebäudes miterlebt hat – engste Räume, Sitzungstechnik nicht vorhanden –, muss sich wundern, dass diese Fraktion ihre Willensbildungsprozesse dennoch organisiert und in sehr vielen Fällen zum Abschluss gebracht hat, mit sehr aner kennenswerten Ergebnissen. Ich wünschte mir, dass das ein bisschen aufgearbeitet wird, dass dafür auch mal Geld da ist!

Es ist hier »die innere Einheit« zitiert worden. Man muss sich mal angucken, was von der SPD-Volkskammerfraktion gefordert und was durchgesetzt worden ist in der Regierung de Maizière, zum Beispiel mit Bezug auf die Verhandlungsführung der DDR. Das konnte und kann sich sehen lassen!

Die Außenpolitik: Man sollte doch meinen, dass eine so zusammengesetzte Volkskammer gar nicht fähig ist, sich in Außenpolitik einzumischen. Nein, es war genau anders. Diese SPD-Volkskammerfraktion hat vom ersten Tage an gefordert: Wenn es zu einer deutschen Einheit kommt, dann ist grundlegend, dass sich die Nachbarn ihrer Grenzen mit Deutschland sicher sein wollen. Und von dieser Grundlage aus hat Markus Meckel dann das gemacht, was er gemacht hat. Die SPD-Volkskammerfraktion hat auch durchgesetzt, dass sich die Volkskammer gegenüber den Menschen in der Tschechoslowakei entschuldigt und ein Schuld- anerkennnis gegenüber den Juden ausgesprochen hat. Diese wichtigen Diskussionen wurden geführt, die Aufgaben bewältigt.

Und auch diesen letzten Punkt will ich deutlich machen: Nachdem die Koalition geplatzt war und nachdem die Volkskammer dann in der Tat nur noch in sehr unstrukturierter Weise beraten konnte, waren es am Ende die Sozialdemokraten, die in einem Initiativantrag am 23. August den Vorschlag gemacht haben, dass die DDR nach Artikel 23 der Bundesrepublik beitrifft, und dass die Wahlen, die ersten gesamtdeutschen Wahlen, dann am 3. Oktober stattfinden sollen, nach einem schrecklichen Kampf mit der CDU über den Termin.

Ich muss sagen, wenn man diese Arbeit der Genossinnen und Genossen in der DDR-Volkskammer, die täglich 15 bis 18 Stunden sieben Tage in der Woche geleistet wurde, wenn man sich die sachlichen Ergebnisse dieser Arbeit ansieht, dann waren sie zwar einerseits geprägt von den Problemen in der SPD, die wir nicht unter den Tisch kehren sollten. Sie waren aber andererseits geprägt in sehr erfrischender und unroutinierter Art und Weise von einer Entscheidungsfreudigkeit, die ganz überwiegend getragen war vom Willen zur Verantwortung gegenüber dem ganzen Land. Dies war aus meiner Sicht aner kennenswert und ist viel zu wenig beachtet.

Runden Tisches am 7. Dezember 1989 den Antrag ein, die ersten freien Wahlen am 6. Mai 1990 durchzuführen, in zeitlicher Nähe zum Jahrestag der Fälschung der Kommunalwahlen von 1989.

Bis zu diesen Wahlen lag ein langer Weg vor uns, da wir außer dem Willen zu dieser Wahl nichts hatten, nicht einmal ein Wahlgesetz. Dieses musste erst auf Beschluss des Runden Tisches in einer eigenen Kommission erarbeitet werden. Dabei ergab sich die groteske Situation, dass dieses Gesetz von der alten Volkskammer beschlossen werden musste, die an mehreren Stellen, zum Beispiel bei der Zuschneidung der Wahlbezirke, erheblich Einfluss zu nehmen und die Arbeit des Runden Tisches zu unterlaufen versuchte.

Nachdem am 28. Januar 1990 der Termin der Volkskammerwahl auf den 18. März 1990 vorverlegt worden war, wurde die Frage der Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit in der Volkskammer noch dringlicher. Wir standen vor einem völligen Neuanfang. Weder institutionell noch personell konnten wir an eine Vorgängerinstitution anknüpfen. Ebenso waren die rechtlichen, personellen, organisatorischen und politisch-programmatischen Voraussetzungen für die parlamentarische Arbeit erst einmal zu schaffen. Zugleich musste dabei darauf geachtet werden, diesen politischen Neuanfang glaubwürdig zu gestalten. Wir standen vor keiner geringeren politischen Aufgabe, als aus einem nach Prinzipien des »demokratischen Zentralismus« geordneten Staat einen föderal gegliederten demokratischen Rechtsstaat mit kommunaler Selbstverwaltung aufzubauen und zugleich den Prozess der deutschen Vereinigung zu gestalten.

Wir waren uns der immensen Aufgaben bewusst, die vor uns lagen. Außerdem gingen wir bis zum Wahlabend des 18. März davon aus, dass wir die Wahlen gewinnen und für die Arbeitsfähigkeit von Parlament und Regierung Sorge zu tragen hatten. Um eine Chance zu haben, vor diesen Aufgaben zu bestehen, mussten wir so schnell wie möglich unsere parlamentarische Handlungsfähigkeit herstellen. Dieser Herausforderung hat sich die SPD in der DDR in ihrer politischen Planung und Arbeit entschlossen gestellt, indem sie intensiv an einem Fahrplan der Schrittfolge für die notwendigen Aufgaben arbeitete, um nach den Wahlen möglichst kein Machtvakuum entstehen zu lassen. Von den rechtlichen Regelungen der alten DDR waren für ein neues, demokratisch arbeitendes Parlament so gut wie keine mehr verwendbar.

Wichtige Voraussetzungen wurden durch das Grundsatzprogramm und das Wahlprogramm geschaffen, die auf dem vom 22. – 25. Februar 1990 tagenden ersten ordentlichen Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig beschlossen wurden. Die darin enthaltene Forderung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 machte deutlich, dass es notwendig sei, die wirtschaftlichen, währungspolitischen und sozialen Strukturen beider deutscher Staaten noch vor der Vereinigung zusammenzuführen und miteinander zu verknüpfen. Ange-

sichts der anstehenden Aufgaben lud der Vorstand der SPD in der DDR etwa die Hälfte der SPD-Kandidaten für die Volkskammerwahl zum 7. März 1990 zu einem Treffen mit Mitgliedern des Vorstandes und Mitarbeitern der SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin ein. Absicht dieses Treffens waren erste Schritte auf dem Weg zur Herstellung der Handlungs- und Arbeitsfähigkeit der zukünftigen Fraktion. Dazu gehörte neben einer Einführung in die parlamentarische Arbeit das Kennenlernen entsprechender Ansprechpartner in der Bundestagsfraktion und das erste Ausloten von Interessen und Fähigkeiten für die zu bildenden Arbeitsgruppen und Arbeitskreise. Zur Sicherung der politischen Zusammenarbeit wurde am 16. März der Bundestagsabgeordnete Dietrich Stobbe zum persönlichen Beauftragten von Hans-Jochen Vogel für die Verbindung zum nach der Volkskammerwahl zu wählenden Vorsitzenden der SPD-Volkskammerfraktion benannt.

Im Vorstand der SPD in der DDR wurde nach dem Treffen vom 7. März die Vorbereitung der Fraktionsarbeit intensiviert. Ein Termin- und Gesetzgebungsplan wurde entworfen, Vorlagen zur Geschäftsordnung der Fraktion und Volkskammer, zu einem Abgeordnetengesetz und weiteren Gesetzen und Erklärungen wie einer Erklärung zur deutschen Einheit und polnischen Westgrenze in Auftrag gegeben oder erarbeitet, ein vorläufiger Stellenplan für die Mitarbeiter der SPD-Fraktion der Volkskammer erstellt, das heißt an einer Aufgabenliste für den zu wählenden Fraktionsvorstand gearbeitet.

Am 14. März 1990 fand ein Gespräch mit dem Präsidenten der alten Volkskammer und dem Leiter des Sekretariats der Volkskammer statt, in dem es unter anderem um die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten und Fraktion ging. Die Unterbringung der Abgeordneten in einem – wie sich dann zeigte – ehemaligen Wohnheim des MfS war gewährleistet. Für Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten und Fraktionen sah es aber schlecht aus. Es wurde uns mitgeteilt, dass die Räumung des für Abgeordnetenbüros und Fraktionen vorgesehenen ZK-Gebäudes bis Mitte des Jahres dauern würde und eine Nutzung teilweise erst sukzessive möglich sei.

Bis die Arbeitsbedingungen für die Abgeordneten und die Fraktion einigermaßen hergestellt waren, sollte es bis etwa Mitte Mai dauern. Die ersten Sitzungen der SPD-Fraktion fanden auf den Fluren des Palastes der Republik statt, und es dauerte wochenlang, bis, nachdem sich die PDS zum Verlassen des ehemaligen ZK-Gebäudes bequemt hatte, endlich ein Fraktionssaal und Büros zur Verfügung standen. Mitte Mai bekamen die Abgeordneten zum ersten Mal Diäten. Bis dahin, seit Beginn der Vorbereitungen auf die Volkskammerwahl, hatten die meisten von ihnen ihren Beruf aufgegeben oder zurückgestellt, auf eigenes Einkommen verzichtet und ihr Leben aus Ersparnissen oder mit Hilfe von Familienangehörigen oder Freunden finanziert. Um dennoch zügig mit der parlamentarischen Arbeit

zu beginnen, luden wir die dann gewählten Abgeordneten schon für den 21. März 1990 mit einer vorläufigen Tagesordnung zur konstituierenden Sitzung der SPD-Fraktion der Volkskammer ein.

Bei all unserer Arbeit konnten wir auf vielfältige Unterstützung der SPD in der Bundesrepublik und der SPD-Bundestagsfraktion zurückgreifen. Schon im Vorfeld des Runden Tisches Ende November/Anfang Dezember 1989 gab es Gespräche von Mitgliedern des SDP-Vorstandes mit den SPD-Bundstagsabgeordneten Gert Weisskirchen, Hartmut Soell und Norbert Gansel, in denen der SDP konkrete Unterstützung bei der Herstellung politischer Handlungsfähigkeit auf dem Weg zu freien Wahlen angeboten wurde. Um diese konkrete Solidarität zu wissen, war für uns wichtig, denn im Gegensatz zu den Blockparteien war die SDP erst eine Partei im Aufbau, besaß keine DDR-weite Infrastruktur, besaß keinen Apparat an hauptamtlichen Mitarbeitern, die die anstehenden vielfältigen Arbeiten zur Mitarbeit am Aufbau einer parlamentarischen Demokratie leisten konnten. Am Rande des Berliner Parteitages der SPD im Dezember 1989 wurden uns zur Unterstützung unserer Arbeit am Runden Tisch und zur Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit konkrete Ansprechpartner benannt.

Am 30. Januar 1990 eröffnete die SPD-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude ein Verbindungsbüro, dessen Leitung Walter Zöller übernahm und das für die Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit eine wichtige Funktion hatte. Für die Erarbeitung einer Geschäftsordnung sowohl für die Fraktion wie für die Volkskammer war uns der SPD-Bundestagsabgeordnete Konrad Porzner eine wichtige Hilfe. Für die Beratung in verfassungsrechtlichen Fragen stand uns der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider zur Seite. Das Entscheidende an all dieser Hilfe war, dass wir, wann immer wir bei unseren Planungen und Entwürfen an eine Stelle gelangten, an der wir nicht weiter kamen, um Gespräche und Unterstützung bitten konnten. Wir haben dann zu unterschiedlichen Themen in unterschiedlichen Besetzungen versucht, eine Lösung für das jeweilige Problem zu finden. Dabei haben wir fast durchgängig die Erfahrung gemacht, dass unsere Gesprächspartner sehr genau auf das gehört haben, was wir für notwendig hielten und in welche Richtung wir uns eine Lösung des jeweiligen Problems vorstellten. Wir hatten erfahrene Menschen an unserer Seite, die sich in den Dienst der vielfältigen Aufgaben stellten, die von uns als SPD in der DDR in kürzester Zeit zu bewältigen waren.

### **Beginn der Fraktionsarbeit**

**Das Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1990** war für die SPD in der DDR enttäuschend. Mit 21,9 Prozent lag es weit unter den Prognosen der Wahlforscher.

Es gab einen klaren Sieg der »Allianz für Deutschland«. Auf diese veränderte Situation musste sich die SPD in der DDR einstellen.

Nachdem der Vorstand am 19. März und der Parteirat am 20. März kontrovers über das Wahlergebnis und die Frage einer Koalition diskutiert hatten, trat am 21. März 1990 die SPD-Fraktion in der Volkskammer mangels anderer Räume in der ehemaligen SED-Parteihochschule am Köllnischen Park zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Sitzung wurde durch den vom Präsidium des Parteivorstandes bestimmten Einberufer Martin Gutzeit eröffnet, Reinhard Höppner zum Versammlungsleiter gewählt. Der Wahl des Fraktionsvorstandes wurde in der Tagesordnung eine Debatte zur Koalitionsfrage vorgeordnet. Für den 22. März wurde zu einem Treffen mit den Leitern und Mitarbeitern der Arbeitskreise für Sozialpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und öffentliche Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion eingeladen. Um von vornherein ein Zeichen eines glaubhaften Neuanfangs zu setzen, beschloss die Fraktion schon zu Beginn der Sitzung: »Sollten Abgeordnete unserer Fraktion in eine Mitarbeit mit der Staatssicherheit verwickelt sein, werden sie aufgefordert, dieses sofort der Fraktionsführung mitzuteilen oder von ihrem Mandat zurückzutreten.« Die Geschäftsordnung der SPD-Fraktion in der Volkskammer wurde mit geringen Veränderungen bei einer Enthaltung verabschiedet. Sie sah einen Fraktionsvorsitzenden, drei Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, die nicht Leiter der Arbeitskreise sein mussten, einen Parlamentarischen Geschäftsführer und einen Fraktionsgeschäftsführer vor, die für vier Monate gewählt werden sollten. Diese Struktur lag nahe, da wir schon einen handlungsfähigen Fraktionsvorstand brauchten, bevor sich die Arbeitskreise der Fraktion gebildet hatten. Nach einer eingehenden Beratung der Koalitionsfrage wurde der zu wählende Fraktionsvorstand beauftragt, eine Delegation für interfraktionelle Informationsgespräche zu benennen.

Schon während dieser ersten Sitzung trafen weitere Gerüchte über eine Stasi-Belastung von Ibrahim Böhme und anderen Abgeordneten ein. Die politische Glaubwürdigkeit und damit auch die politische Handlungsfähigkeit waren in Frage gestellt. Daraufhin veränderte die Fraktion die Tagesordnung und verabschiedete eine Erklärung zu der Mitarbeit von Abgeordneten der Volkskammer bei der Staatssicherheit, in der sie forderte: »Aufgrund auftauchender Gerüchte soll durch Akteneinsicht überprüft werden, ob gewählte Abgeordnete der VK [Volkskammer] früher mit der Stasi zusammengearbeitet haben. Die Ergebnisse sind offenzulegen.« Danach wurde Ibrahim Böhme als einziger Kandidat mit 76 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde Martin Gutzeit, Fraktionsgeschäftsführer Alwin Ziel. Zu Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Christine Lucyga, Richard Schröder und Frank Terpe bestimmt.

Bereits zwei Tage später, am 23. März 1990, ließ Ibrahim Böhme auf dem

Hintergrund der gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen wegen Stasi-Mitarbeit seine Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender ruhen. Dieses Ereignis sowie die damit verbundenen öffentlichen Diskussionen haben den Aufbau der Fraktion nicht befördert. Auf ihrer Sitzung am 26. März beschloss der Fraktionsvorstand bei einer Enthaltung, für die Zeit des Ruhens des Amtes von Ibrahim Böhme Richard Schröder mit der Aufgabe des geschäftsführenden Fraktionsvorsitzenden zu betrauen. Bis sich die Fraktionsarbeit hinreichend eingespielt habe, sollte Reinhard Höppner die Leitung der Fraktionssitzungen übernehmen. Alwin Ziel als Fraktionsgeschäftsführer wurde beauftragt, vorerst bei der Volkskammerverwaltung für die Fraktion den Bedarf von zehn Mitarbeitern für Sekretariate und Verwaltung und fünf wissenschaftlichen Mitarbeitern anzumelden. Behindert wurde die Arbeit bis in den Mai dadurch, dass sich die Übergabe des ZK-Gebäudes an die Volkskammer immer wieder verzögerte.

Wegen der die Arbeit der Fraktion stark belastenden Vorwürfe gegen Ibrahim Böhme, insbesondere durch einen Artikel im Spiegel vom 26. März, stand schon auf der Tagesordnung der Fraktionssitzung vom 28. März die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die einen entsprechenden Antrag für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss erarbeiten sollte. Zugleich wurde der einmütige Beschluss gefasst, sich überprüfen zu lassen. In der Sitzung vom 30. März lag dann der erste Entwurf eines Antrages vor, in dem es hieß: »Die Bürger unseres Landes müssen wissen, dass ihre Abgeordneten nicht durch die Schatten der Vergangenheit gelähmt oder durch immer wieder aufkommende Anschuldigungen erpresst werden können. Das Vertrauen in die moralische Integrität und die politische Handlungsfähigkeit unserer jungen Demokratie muss wachsen ... Geleitet von diesem Ziel setzt die Volkskammer einen besonderen Ausschuss ein, der die Aufgabe hat zu prüfen, ob und in welcher Weise Abgeordnete früher für das Ministerium für Staatssicherheit oder für das Amt für Nationale Sicherheit gearbeitet haben.« In der Fraktionssitzung vom 3. April wurde ein überarbeiteter Antrag zur Einsetzung eines Überprüfungsausschusses verabschiedet. Dieser Antrag wurde in nochmals überarbeiteter Fassung nach Konsultationen in der konstituierenden Sitzung der Volkskammer vorbereitenden interfraktionellen Arbeitsgruppe zu einem Antrag aller Fraktionen.

Am 30. März fand in Berlin eine Einsichtnahme in die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden MfS-Unterlagen statt, an der von der SPD-Fraktion der Volkskammer Dankward Brinksmeier teilnahm. Ibrahim Böhme legte daraufhin in einem Schreiben vom 1. April seine Ämter in Partei und Fraktion nieder. Auf ihrer Sitzung am 3. April wählte die Fraktion daraufhin Richard Schröder zu ihrem Vorsitzenden. Die Sitzung diente zugleich zur Vorbereitung der konstituierenden Sitzung der Volkskammer. Vorläufige Schriftführer, weitere Präsidiumsmitglieder und Mitglieder für den Geschäftsordnungsausschuss wurden benannt. Die Infor-

mationsgespräche mit der CDU und den Liberalen und das von Parteipräsidium und Fraktionsvorstand beschlossene Vorgehen waren Gegenstand der Diskussion.

Am 5. April fand die konstituierende Sitzung der Volkskammer mit der Wahl der Volkskammerpräsidentin statt. Ihr Stellvertreter von SPD-Seite wurde Reinhard Höppner. Lothar de Maizière wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Es erfolgte ein Beschluss über die Bildung der Fraktionen. Die folgenden Tage waren für die Leitung der Fraktion geprägt einerseits durch den Aufbau der Fraktions- und Volkskammerarbeit und andererseits parallel dazu die Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung. Die Koalitionsverhandlungen mussten durch entsprechende thematische Arbeitsgruppen begleitet werden. Diese Arbeit geschah unter äußerst dürftigen Arbeitsbedingungen, was aber nicht nur die SPD-Fraktion betraf. So hätte das Ergebnis der Verhandlungen in der Nacht vom 11. zum 12. April nicht hinreichend schnell fixiert werden können, hätte nicht schon in unserem Fraktionsbüro ein arbeitsfähiger Computer gestanden. Schließlich wurde am 12. April entsprechend dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ein neuer Ministerrat gewählt. Von Seiten der SPD wurde Markus Meckel Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Walter Romberg Minister für Finanzen, Regine Hildebrandt Ministerin für Arbeit und Soziales, Emil Schnell Minister für Post und Fernmeldewesen, Frank Terpe Minister für Forschung und Technologie, Peter Pollack Minister für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft und Sibylle Reider Ministerin für Handel und Touristik.

Auf der Sitzung der Fraktion am 10. April wurden die Zahl und Aufgabengebiete der Volkskammerausschüsse beraten, Prioritäten für Ausschussvorsitze und die Verfahren für die Besetzung der Ausschüsse debattiert. Weiterhin stand die äußerst prekäre Raumsituation im Haus der Parlamentarier auf der Tagesordnung, ein Thema, das uns noch lange beschäftigen sollte und letztlich nie befriedigend geklärt werden konnte.

Wichtig für die innere Strukturierung der Fraktionsarbeit war die Fraktionssitzung am 18. April. Es erfolgte die Bildung von sieben Arbeitskreisen der SPD-Fraktion in der Volkskammer für die Themenbereiche »Außenpolitik« (AK I), »Innenpolitik« (AK II), »Wirtschaft« (AK III), »Arbeit und Soziales« (AK IV), »Finanzen und Staatshaushalt« (AK V), »Umweltpolitik und Energie« (AK VI) sowie »Wissenschaft, Bildung und Kultur« (AK VII). Über die Besetzung der 26 Ausschüsse der Volkskammer wurde verhandelt. Die Besetzung wurde dann auf der Fraktionssitzung am 24. April beschlossen. Damit war auch die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen bestimmt, denen gemäß der Geschäftsordnung der Fraktion die Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse angehören sollten und die nun gebildet werden mussten. Für Frank Terpe, der Minister wurde, wurde Gottfried Timm zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden bestimmt. Nach dem Wech-

sel von Alwin Ziel zum Staatssekretär in das Sozialministerium wurde Christian Schultze zum Fraktionsgeschäftsführer gewählt. Am 25. April konstituierten sich die 26 ständigen Ausschüsse der Volkskammer.

### Weitere Organisation und Arbeit der Fraktion

Nachdem die personelle Strukturierung der Fraktion vorerst abgeschlossen war, musste die weitere Organisation der Fraktionsarbeit sozusagen unter Volllastbedingungen weitergeführt werden. In einer Vorlage mit »Vorschläge(n) zur Arbeit der Fraktion« für die Sitzung des Fraktionsvorstandes vom 2. Mai heißt es: »Nach der Anlaufphase von 4 Wochen ist es nun an der Zeit, unsere Arbeit in der Fraktion systematisch und klar zu regeln und zu organisieren. Zwar mangelt es immer noch an Mitarbeitern in der Fraktion, dennoch müssen aber gewisse Dinge jetzt schon formalisiert werden. Wichtig ist einerseits der Informationsfluss, die Abstimmung und die Durchschaubarkeit von Entscheidungen zwischen Arbeitsgruppen, Arbeitskreisen, Fraktion und Fraktionsvorstand, andererseits aber auch ein entschlossenes, klares und für die Öffentlichkeit wirksames Auftreten der Fraktion in der Volkskammer, in den Ausschüssen und innerhalb der Koalition. Die Handschrift der SPD muss erkennbar sein. Zugleich muss aber deutlich bleiben, dass die SPD ein verlässlicher und berechenbarer Faktor in der Koalition und in der politischen Landschaft der DDR ist. Das bedeutet nicht, dass Meinungsvielfalt und offene Meinungsbildung in der Fraktion unterdrückt werden sollen. Die Sozialdemokratie hat von Anfang an und als wesentlich vorantreibende Kraft für eine offene demokratische Gesellschaft in der DDR gestanden. Sie darf sich auch fürderhin eine demokratische Entscheidungsfindung nicht ersparen. Der mit Achtung der Meinung des Anderen und mit Stil ausgetragene Konflikt ist das Lebenselixier der Demokratie. Zugleich gilt aber: ein durch Mehrheitsentscheidungen zustande gekommener Kompromiss muss getragen werden, auch wenn er nicht gefällt. Ohne politische Handlungsfähigkeit ist Demokratie nichts wert. Dies bedeutet Disziplin, auch wenn es schwer fällt. Disziplin ist aber auch insgesamt für unsere parlamentarische Arbeit gefordert. Wir sind zwar nicht die stärkste Fraktion in der Volkskammer, müssen uns aber bemühen, die beste zu sein, und zwar nicht nur für uns, sondern auch in der Öffentlichkeit.« Diese Aufforderung zur Disziplin wird nicht nur auf dem Hintergrund des im Vergleich zu »normalen« Parlamenten enormen Arbeitsaufkommens und Entscheidungsbedarfs – in einem halben Jahr gab es 51 Fraktionssitzungen – verständlich. Bei der parlamentarischen Absicherung des Einigungsprozesses standen wir ständig vor der Herausforderung, verfassungsändernde Mehrheiten sichern zu müssen.

Zur weiteren Strukturierung der Arbeit des Vorstandes wurden den Stellver-

tretenden Fraktionsvorsitzenden Anfang Mai jeweils Aufgabenbereiche übertragen. Christine Lucyga war zuständig für die Darstellung der Fraktion gegenüber der Partei, insbesondere gegenüber der Parteibasis, Gottfried Timm für die Verbindung zum Parteipräsidium und Parteivorstand und Wolfgang Thierse für die Betreuung der Pressestelle. Um die parlamentarische Arbeit vom Vorstand her besser planen und organisieren zu können, traf sich der um die Arbeitskreisvorsitzenden erweiterte Vorstand. Die Abstimmung in Sachfragen sollten die Arbeitskreisvorsitzenden oder die Obleute der jeweiligen Ausschüsse vornehmen. Die Koordination lag beim Parlamentarischen Geschäftsführer. Im Konfliktfall sollte die Abstimmung über den Fraktionsvorsitzenden erfolgen.

Zur Koordination der Arbeit von Parteipräsidium, Fraktionsvorstand und SPD-Ministern wurde eine Montagsrunde eingerichtet, die jede Woche tagte und an der je drei Mitglieder der jeweiligen Gremien teilnahmen. Für die Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion stand neben dem Berliner Büro unter Leitung von Walter Zöller der schon im März benannte Dietrich Stobbe zur Verfügung. Gerade die beginnenden Verhandlungen über den 1. Staatsvertrag, jenem über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, erforderten weitgehende Abstimmung und Beratung. Dem dienten auch Treffen von Vertretern der Vorstände der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag.

Für Absprachen zu über die Koalitionsvereinbarung hinausgehenden Initiativen sowie für den Konfliktfall sah der Koalitionsvertrag einen Koalitionsausschuss vor, dem der Ministerpräsident, je ein Minister der anderen Koalitionsfraktionen und je ein Mitglied der jeweiligen Fraktionsvorstände angehörten. Gewöhnlich führte die Koordination der Arbeit der Koalitionsfraktionen neben der Obleute-Ebene über die wöchentlich tagende Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen. Hier wurden auch gemeinsame Initiativen erarbeitet wie der Beschluss, das Vermögen der Alt-Parteien und der unmittelbar mit der SED verbundenen Massenorganisationen in treuhänderische Verwaltung zu überführen. Zur innerfraktionellen Kommunikation und Vorbereitung der Fraktions- und Volkskammersitzungen gab es regelmäßige schriftliche Informationen des Parlamentarischen Geschäftsführers aus den Sitzungen des Präsidiums und von den Treffen der Parlamentarischen Geschäftsführer sowie der Parlamentarischen Geschäftsführer der Koalitionsfraktionen.

Die Bereitstellung geeigneter Arbeitsräume für die Abgeordneten und die Fraktion kam nur äußerst zögerlich in Gang. Die Herstellung regulärer Bedingungen für die Fraktionsarbeit brauchte seine Zeit. Anfangs bezog der Fraktionsvorstand vorläufige Büros im Haus der Parlamentarier und zog später innerhalb des Hauses um. Nach einem Vermerk vom 21. Mai zum Raumverteilungsplan wurde festgestellt, dass die Arbeitsraumsituation für den Geschäftsführenden Vorstand sowie die Fraktionsverwaltung eigentlich unzumutbar ist. In einer Reihe

von Arbeitsräumen fehlten die wichtigsten Büromöbel. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes mussten sich mit ihrem jeweiligen Referenten einen Arbeitsraum teilen. Die Sekretärinnen von bis zu sechs Arbeitsgruppen waren in je einem Schreibbüro untergebracht. Die Anzahl der Räume reichte nicht aus, um die persönlichen Mitarbeiter der Abgeordneten in gesonderten Räumen unterzubringen. Im Laufe des Mai wurden der Fraktion insgesamt 94 Räume zur Verfügung gestellt. Nachdem die PDS im Juni endlich die Räume ihres Bezirksvorstandes in der Kurstraße zu räumen begann und der Abschluss der Räumung bis zum 10. Juli terminiert war, beschloss der Geschäftsführende Fraktionsvorstand am 25. Juni, in einem sukzessiven Verfahren die dort vorhandenen 115 Räume zu beziehen. All diese Veränderungen vollzogen sich in einer angespannten Arbeitssituation. Schon der Anfang war nicht leicht. Eine einigermaßen geregelte parlamentarische Arbeit in gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen war erst ab Mitte Mai 1990 möglich. Die Einstellung von Mitarbeitern der Abgeordneten konnte erst ab 1. Mai erfolgen.

Die Personalplanung zum Zeitpunkt der Konstituierung der Arbeitskreise sah für den Fraktionsvorsitzenden, seine Stellvertreter, den Parlamentarischen Geschäftsführer, den Fraktionsgeschäftsführer und für jede Arbeitsgruppe und jeden Arbeitskreis je einen Referenten und eine Sekretärin vor und für jeden Arbeitskreis je einen abgeordneten Referenten aus der SPD-Bundestagsfraktion. Schließlich wurde der Personalbedarf für die Arbeitsgruppen auf 15 Referenten und 15 Sekretärinnen reduziert. Die Fraktionsverwaltung sollte mit 14 Mitarbeitern und einem Berater aus der SPD-Bundestagsfraktion ausgestattet werden. Für die Pressestelle der Fraktion waren zwei Referenten und eine Sekretärin vorgesehen, wobei ein Referent mittelfristig von der SPD-Bundestagsfraktion abgeordnet werden sollte. Aufgabe der abzuordnenden Referenten von der SPD-Bundestagsfraktion sollte eine beratende Unterstützung bei der parlamentarischen Arbeit sein, um gerade in Hinblick auf den Vereinigungsprozess eine gleichwertige Arbeitsweise von Volkskammer und Bundestag zu gewährleisten. Ende Juni wurde mit 23 Mitarbeitern der Höchststand der von der Bundestagsfraktion entsandten Mitarbeiter erreicht. Für ihre Arbeit erhielt die SPD-Volkskammerfraktion einen monatlichen Zuschuss von 525.595 Mark.

Am 17. Juli 1990 erfolgte die in der Geschäftsordnung vorgesehene Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Zum Fraktionsvorsitzenden wurde wiederum Richard Schröder gewählt. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer und der Fraktionsgeschäftsführer wurden wiedergewählt. Angesichts der mittlerweile gewonnenen Erfahrungen wurde die Geschäftsordnung der Fraktion geändert. Die Grundstruktur wurde beibehalten, und es wurde das Amt eines Stellvertretenden Parlamentarischen Geschäftsführers eingeführt. Susanne Kschenka wurde in diese Funktion gewählt. Des Weiteren wurde festgeschrieben, dass von jedem Arbeits-

kreis mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter dem Fraktionsvorstand angehört. Zu Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wurden Volker Schemmel, Constanze Krehl und Ulrich Stockmann bestimmt, der zugleich Vorsitzender des Arbeitskreises I war. Wolfgang Thierse wurde als Vorstandsmitglied bestätigt. Hans-Joachim Hacker (AK II), Frank Bogisch (AK III), Frank Wietschel (AK IV), Volker Manhenke (AK V), Reinhard Weis (AK VI) und Konrad Elmer (AK VII) gehörten dem Vorstand als Arbeitskreisvorsitzende an.

Eine Zäsur in der Fraktionsarbeit stellte der Koalitionsbruch dar. Nachdem sich das Klima innerhalb der Koalition schon im Juli zunehmend verschlechterte, wurde auf der Fraktionssitzung vom 19. August 1990 der Austritt aus der Koalition und ein Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden des Ministerrates beschlossen. Die Ministerratsmitglieder und Staatssekretäre der SPD wurden zum unverzüglichen Rücktritt aufgefordert. Die SPD-Fraktion wurde damit zur Oppositionsfraktion. Zwei Tage später, am 21. August, erklärte Richard Schröder auf der Fraktionssitzung seinen Rücktritt als Fraktionsvorsitzender. Er begründete dies damit, dass er sich außerstande sähe, die Wendung der Fraktion, bedingt durch den Koalitionsaustritt, mitzutragen sowie die Rolle des Oppositionsführers zu übernehmen. Der Fraktionsvorstand sprach ihm im Namen der Fraktion Dank und Anerkennung für seine geleistete Arbeit aus. Danach wurde Wolfgang Thierse, der inzwischen auch die Partei führte, zum neuen Fraktionsvorsitzenden und damit zum Oppositionsführer gewählt.

### Der Weg zur gemeinsamen Fraktion

**Schon Ende Juni, das heißt zu einem Zeitpunkt**, als der technische und personelle Aufbau der Fraktion noch im Gange war, begannen erste Gespräche auf Geschäftsführebene zwischen der SPD-Volkskammerfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion über die Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, in denen man davon ausging, dass es »spätestens am 1. Januar 1991... eine gesamtdeutsche Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geben« wird. Dementsprechend einigte man sich, dass sich die technische Ausstattung der SPD-Volkskammerfraktion am Leistungsangebot des Deutschen Bundestages orientieren sollte. Sie sollte nur noch so weit beschafft werden, wie sie sich dann in die Arbeitsabläufe eines gesamtdeutschen Parlaments einfügen könnte. Auch eine Abstimmung bei der Personalplanung wurde vereinbart.

Am 22. August 1990 wurde von der Volkskammer der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschlossen. Damit stand fest, dass es ab dem 3. Oktober 1990 eine gemeinsame SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

geben würde. Die dafür nötigen Schritte mussten in die Wege geleitet werden. Die Fraktion befasste sich auf ihrer Sitzung vom 28. August mit der Aufforderung des Parteirats, bei der Entsendung der Abgeordneten in den Bundestag als Kriterien der Auswahl persönliche Integrität, fachliche Kompetenz und Länderstreuung zu beachten. Sie fasste den Beschluss, dass es »noch in diesem Jahr ... eine gemeinsame Fraktion der SPD Ost/West geben (wird)«. Der erste Schritt solle eine »gemeinsame (provisorische) Fraktion der SPD im Zeitraum zwischen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes (3. Oktober 1990) und der gesamtdeutschen Wahl (2. Dezember 1990)« sein. Der zweite Schritt sei eine »gemeinsame Fraktion nach der gesamtdeutschen Wahl«. Mit der Organisation zur Bildung einer gemeinsamen Fraktion wurden Constanze Krehl, Martin Gutzeit, Volker Schemmel und Christian Schultze beauftragt. Christian Schultze wurden neben organisatorischen Belangen auch die Verhandlungen über Regelungen für die Fraktionsmitarbeiter übertragen. Er legte am 1. September einen Plan zur Zusammenführung der Fraktionen Ost/West der SPD im Bundestag und der Volkskammer vor, der sich unter anderem der Übernahme der 41 Mitarbeiter der SPD-Fraktion in der Volkskammer widmete und als Anlage einen Sozialplan enthielt.

Am 21. August hatte sich die Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) aufgelöst, drei ihrer neun Mitglieder waren zur SPD-Fraktion übergetreten. Auf der Fraktionssitzung vom 28. August stellten sich diese drei neuen Mitglieder, Werner Marusch, Per-René Seeger und Hans Watzek, kurz der Fraktion vor. Auf der Sitzung informierte Volker Schemmel die Fraktion, dass Ibrahim Böhme sein Mandat als Volkskammerabgeordneter mit Wirkung vom 31. August 1990 niederlegen würde.

Auf der Sitzung der Fraktion vom 4. September wurden einige auch für die Zukunft wichtige Verfahrens- und Personalfragen entschieden. Schon am 27. Juli hatte die Fraktion Reinhard Weis, Ulrich Stockmann, Eberhard Brecht und Till Backhaus für die Vertretung der SPD der DDR im Europaparlament nominiert. Nachdem Eberhard Brecht und Till Backhaus ihr Mandat zurückgaben, wurden auf der Fraktionssitzung vom 4. September Angelika Barbe und Gerhard Botz als Nachfolger bestimmt. Lange ungeklärt blieb die Frage, ob die Vertreter für das Europaparlament über den Bundestag oder direkt über die Volkskammer bestimmt werden sollten. Wichtiger Beratungsgegenstand war die Vorbereitung der Auswahl der Volkskammerabgeordneten für den Bundestag. Beschlossen wurde ein Verfahrensvorschlag zur Auswahl der 32 (+ 1) Abgeordneten für die SPD-Fraktion des Übergangsbundestages. Berücksichtigt werden sollten einerseits die sofortige Arbeitsfähigkeit und andererseits die Sachkenntnis aus den Arbeitskreisen für die zukünftigen (DDR-)SPD-Abgeordneten. Die personelle Vertretung aller Länder sowie Ost-Berlins sollte abgesichert sein und ein Abgeordneter der ehemaligen DBD-Fraktion delegiert werden. Entsprechend diesen Kriteri-

en wurden aus dem Fraktionsvorstand Wolfgang Thierse, Martin Gutzeit, Christian Schultze, Constanze Krehl und Volker Schemmel sowie als Arbeitskreisleiter Frank Bogisch, Konrad Elmer, Hans-Joachim Hacker und Walter Romberg auf die Vorschlagsliste gesetzt. Für die Abgeordneten für die zu bildenden Länder wurden entsprechend ihrer Größe und ihrem Wahlergebnis zur Volkskammerwahl Quoten festgelegt. Die Auswahl sollten die Abgeordneten aus den jeweiligen Gebieten der zu bildenden Länder selbst vornehmen.

Am 11. September kam es in Bonn zu einer weiteren Beratung der damit beauftragten Mitglieder des Fraktionsvorstandes mit den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der Bundestagsfraktion zur Zusammenführung der beiden SPD-Fraktionen, bei der festgestellt wurde, dass die Eingliederung in die Arbeit der Ausschüsse sich relativ problemlos gestalten werde, da durch 43 aus der Fraktion ausscheidende Abgeordnete die freigewordenen Stellen durch Abgeordnete aus der Volkskammer besetzt werden könnten. Für die Auflösung der Volkskammerfraktion sollte ein Geschäftsführer gewählt werden. Der Vorstand sollte um sechs Beisitzer aus der SPD-Volkskammerfraktion ergänzt werden. Die Bildung einer Landesgruppe »Ost« und die Gründung eines Arbeitskreises »DDR« mit Wolfgang Thierse als Vorsitzendem wurde in Aussicht genommen.

Auf der Fraktionssitzung vom 20. September beschloss sie hinsichtlich der Abwicklung der Geschäfte der Fraktion eine Ergänzung der Geschäftsordnung: »Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland löst sich die SPD-Fraktion auf. Zur Abwicklung der laufenden Geschäfte, insbesondere der Pflichten aus dem Sozialplan, der zur Milderung der durch den Beitritt hervorgerufenen wirtschaftlichen Nachteile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Fraktion notwendig ist, setzt die SPD-Fraktion einen Abwickler ... ein.« Auf ihrer letzten Sitzung wurde die Geschäftsordnung nochmals geändert und ein Paragraph 6a eingefügt, der die Liquidation der Fraktion regelte. Mit der Aufgabe wurde Wolfgang Thierse betraut, als seine Stellvertreter wurden Martin Gutzeit, Christian Schultze und Volker Schemmel bestimmt. Am 28. September wurden von der Volkskammer die in den 11. Deutschen Bundestag zu entsendenden Abgeordneten gewählt und die von den Fraktionen in das Europaparlament zu entsendenden Beobachter ernannt. Damit waren auch die 33 SPD-Abgeordneten bestimmt, die ab 3. Oktober in der gemeinsamen SPD-Bundestagsfraktion mitarbeiten sollten.

Auch wenn dies nicht im Einzelnen auszuführen ist, muss hervorgehoben werden, dass die Arbeit der Fraktion bis zum Schluss durch vielfältige Aktivitäten gekennzeichnet war: Initiativen und Diskussionen zum Einigungsvertrag, zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen, zur Überprüfung der Abgeordneten. Mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes fand auch die Institution der SPD-Volkskammerfraktion ihr Ende. Im Wirken der in den 11. Deutschen

Bundestag entsandten SPD-Abgeordneten fand aber zugleich die Arbeit der mit der Volkskammerfraktion als parlamentarische Vertretung der auf dem Gebiet der DDR als organisierter politischer Kraft wiederbelebten Sozialdemokratie ihre Fortsetzung.

## Der Streit in der SPD um die Große Koalition

**von Markus Meckel MdB,  
damals Mitglied der Kommission der SPD-Volkskammerfraktion  
für die Koalitionsverhandlungen,  
später Außenminister der DDR**

**Die freie Wahl am 18. März 1990** war die Vollendung der friedlichen Revolution in der DDR. Erstmals in ihrer Geschichte hatten Deutsche eine Diktatur von innen heraus überwunden und erfolgreich Freiheit und Demokratie erkämpft. Dies musste nun konkret gestaltet werden. Doch im Verlauf der Herbstrevolution 1989 geschah mehr, als man hatte erwarten können. Die Mauer, die nicht nur Deutschland teilte, sondern auch zum Symbol der Teilung Europas geworden war, wurde von innen aufgedrückt, sie fiel unter dem Ansturm der Massen am 9. November 1989. Damit eröffnete sich nach Jahrzehnten wieder die konkrete Perspektive der deutschen Einheit. Sie konnte nun wieder Ziel operativer Politik werden. Die Bevölkerung in der DDR machte in der seit dem Herbst 1989 wieder ermöglichten Öffentlichkeit unmissverständlich deutlich, dass sie die Einheit wollte.

Für die im Herbst 1989 wichtigen neuen politischen Gruppierungen, unter ihnen die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP), stand zunächst die Abschaffung der Diktatur im Vordergrund, für die SDP von Beginn an verbunden mit der Errichtung einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters. Nach dem 9. November wurde auch für die neu erstandene ostdeutsche Sozialdemokratie die deutsche Einheit zum wichtigsten Ziel. In Erklärungen des SDP-Vorstandes vom 3. Dezember 1989 und der ersten landesweiten Delegiertenversammlung der ostdeutschen Sozialdemokraten vom 12.–14. Januar 1990 wurde dies deutlich aus-

gesprochen. Der Prozess der deutschen Einheit sollte nach unserem Willen jedoch geordnet verlaufen – eine Position, die vielen, die eine unmittelbare, schnelle Einheit wollten, schon verdächtig war. Die vielen Fragen, die entstehen mussten, wenn zwei so unterschiedliche Gesellschaften zusammengeführt werden, sollten nach Auffassung der SPD vor der Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten verhandelt und so gelöst werden, dass die Interessen der Ostdeutschen dabei angemessen berücksichtigt werden. Deshalb war es gerade um eines geordneten Einigungsprozesses wichtig, dass die DDR zuerst durch Wahlen legitimierte Vertreter bekommt, welche diese Aufgabe übernehmen könnten.

Außerdem war uns wichtig, dass wir auch unserer internationalen Verantwortung gerecht werden und Europa nicht destabilisieren, für die deutsche Einheit also auch das Einverständnis der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sowie unserer Nachbarn erlangen. Diese, und insbesondere die Polen, sollten sich ihrer Grenzen dauerhaft sicher sein können.

Die vornehmste Aufgabe des am 18. März gewählten Parlaments und der von ihm getragenen Regierung war also, die deutsche Einheit vorzubereiten und ihre Bedingungen zu verhandeln. Das Ziel war sozusagen, sich in Erfüllung dieser Aufgabe selbst überflüssig zu machen. Doch gehörte dazu nicht nur die unmittelbare Vorbereitung der Vereinigung. Es galt, die in der DDR notwendige Transformation zu einer Demokratie, einer pluralistischen Gesellschaft und einer funktionierenden Marktwirtschaft sofort in Angriff zu nehmen. In vielen Bereichen war die DDR auch gar nicht integrationsfähig in die Bundesrepublik. So mussten vorher z.B. die Länder und eine kommunale Selbstverwaltung wieder eingeführt werden.

Die Ost-SPD hatte sich als ganz junge Partei intensiv und gezielt auf diese vielfältigen Aufgaben vorbereitet. Von ihrer Gründung am 7. Oktober 1989 an wurde der Parteaufbau vorangetrieben, was unter den gegebenen Umständen nicht einfach war. Doch schon nach wenigen Monaten, Mitte Januar 1990, konnte in der Ost-Berliner Kongresshalle eine Delegiertenkonferenz stattfinden, an der Delegierte aus fast allen Kreisen der DDR teilnahmen. Während des ersten ordentlichen Parteitag, der vom 22.-25. Februar 1990 in Leipzig stattfand, wurde ein neuer Vorstand gewählt mit Ibrahim Böhme als Parteivorsitzendem und als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Ich wurde neben Angelika Barbe und Karl-August Kamilli stellvertretender Parteivorsitzender. Während dieses Parteitages wurde Willy Brandt zum Ehrenvorsitzenden der Ost-SPD gewählt – er hatte dieses Amt nun für die Sozialdemokratie in beiden deutschen Staaten inne und war damit nicht nur im Bewusstsein der Menschen, sondern gewissermaßen auch als Institution ein Symbol der Einheit der Deutschen!

Wichtig waren jedoch auch die Programme, die durch den Parteitag verabschiedet wurden. Durch eine von mir geleitete Kommission war seit Ende 1989 ein Grundsatzprogramm erarbeitet worden, das für die Zeit bis zur Vereinigung

Deutschlands und somit auch der beiden sozialdemokratischen Parteien Orientierung geben sollte. Darüber hinaus hatten wir für die bevorstehende Wahl am 18. März in einer kleinen Gruppe (Martin Gutzeit, Markus Meckel, Karl-Peter Schackmann-Fallis, Rolf Schmachtenberg und Richard Schröder) ein Wahlprogramm mit einem Fahrplan zur deutschen Einheit erarbeitet, das der geschäftsführende Vorstand verabschiedete – von dem wir uns aber nicht sicher waren, ob Böhme, dessen Unberechenbarkeit immer mehr zu einem Problem wurde, es vortragen würde, was dann aber doch geschah. Es wurde schließlich vom Leipziger Parteitag verabschiedet und war dann die inhaltliche Grundlage für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU.

Seit dem Herbst 1989 gab es immer wieder die Diskussion um ein Wahlbündnis der oppositionellen Gruppen. Von diesen wurde wiederholt die Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass die Ost-SPD mit ihnen auf einer gemeinsamen Liste zur Wahl antritt. Dies lehnten wir ab. Wir befürworteten zwar alle den gemeinsamen Kampf gegen die beharrenden Kräfte der SED-PDS und wollten gemeinsam mit den demokratischen Kräften eine wirklich glaubwürdige Umgestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Doch so einig wir uns in der Gegnerschaft zur SED und der kommunistischen Diktatur waren, so strittig waren vielfach die Ziele und Strategien für die Umgestaltung und den Weg zur deutschen Einheit. Oft war es zudem mit diesen Gruppierungen schwierig, zu verbindlichen Absprachen zu kommen. Vor dem Eintritt der so genannten Minister des Runden Tisches in die Regierung Modrow habe ich mich in einer Verhandlungsrunde mit den anderen oppositionellen Gruppierungen und Parteien im Haus der Demokratie denn auch gegenüber Reinhard Schult (Neues Forum) einmal zu der Bemerkung hinreißen lassen: Mit Chaoten koalieren wir nicht!

Schon während der Delegiertenkonferenz im Januar wie auch beim ordentlichen Parteitag in Leipzig stand fest: Eine Koalition mit der PDS kam für uns nicht in Frage und wurde einhellig abgelehnt. Diese Aussage war auch Teil des verabschiedeten Wahlprogramms.

Der Wahlkampf wurde im Februar und März 1990 immer härter, und wir Sozialdemokraten mussten uns ständig gegen Denunziationen wehren, welche die SPD-Ost an die Seite der PDS rückte. In diesen demagogischen Verleumdungen tat sich insbesondere die in Leipzig durch Initiative der bayrischen CSU gegründete DSU hervor. Die Verärgerung darüber führte dann am 10. März zu einem Vorstandsbeschluss der Ost-SPD, der eine Koalition auch mit der DSU ablehnte. Ich selbst war bei dieser Sitzung nicht anwesend, hätte mich ansonsten – trotz aller Skepsis gegenüber der DSU – gegen einen solchen Beschluss gewandt, da mir eine möglichst große Offenheit wichtig erschien. Die einzige Koalitionsaussage, die m.E. vor der Wahl wichtig war, war die oben genannte: keine Koalition mit der PDS.

Das Wahlergebnis am 18. März war mit 21,9 Prozent für die SPD ein Schock, hatten die Medien doch die Ost-SPD »hochgeschrieben« und manche sogar eine absolute Mehrheit für sie vorhergesagt. Aber auch bei zurückhaltenderer Einschätzung hatten wir erwartet, die künftige Regierung führen zu können. Die in der so genannten »Allianz für Deutschland« vereinigten Parteien waren dann aber der eindeutige Wahlsieger – die in ihr führende CDU hatte allein 40,8 Prozent. Die Bevölkerung der DDR wollte in der großen Mehrheit die schnelle Einheit Deutschlands und vertraute auf die Versprechungen Helmut Kohls, dass eine schnelle Einheit auch schnellen Wohlstand bedeuten würde. Schon im Wahlkampf hatte sich gezeigt, dass jeder, der die Schwierigkeiten des Einigungsprozesses auch nur beschrieb und die in ihm zu lösenden Probleme thematisierte, auf wenig Verständnis stieß.

Am 19. März, dem Montag nach der Wahl, trafen sich das Parteipräsidium und der Vorstand der Ost-SPD. Nach strittiger Diskussion wurde vom Vorstand mit Mehrheit eine Erklärung verabschiedet, in welcher noch einmal bekräftigt wurde, dass eine Regierungsbeteiligung unter Einschluss von PDS und DSU für die SPD nicht in Frage komme. Deshalb wurde dem Parteirat und der Fraktion empfohlen, »eine Beteiligung an einer von der Allianz geführten Regierung abzulehnen.« Gleichwohl wurden Informationsgespräche »mit allen am politischen Prozess beteiligten Kräften« angekündigt.

Mit diesem schnellen Votum versuchte der Vorstand unmittelbar nach der Wahl eine Entscheidung zu präjudizieren, während in der Partei gerade eine leidenschaftliche Diskussion zur Koalitionsbeteiligung begann. Diese wurde am 20. März im Parteirat und am 21. März in der sich konstituierenden SPD-Fraktion der Volkskammer ebenfalls intensiv geführt. Dabei zeigte sich jedoch, dass die Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung in der Fraktion deutlich größer war als im Parteivorstand. Informationsgespräche mit der CDU wurden aber von allen akzeptiert.

Die Mehrheit im Vorstand unter Führung von Ibrahim Böhme votierte – zum Teil mit großer Leidenschaft – gegen eine Regierungsbeteiligung. Sie wollte sich gegen eine von der CDU-geführte Regierung als »soziales Gewissen der Einheit« profilieren. Eine große Rolle spielten auch Verletzungen, die durch Verleumdungen und Denunziationen im Wahlkampf entstanden waren. Eine Minderheit, der außer mir Richard Schröder, Reinhard Höppner, Frank Terpe und Martin Gutzeit angehörten, trat gegen eine zu frühe Festlegung ein und tendierte zur Regierungsbeteiligung. Es erschien uns als historisch höchst fragwürdig, die Chance auszuschlagen, die deutsche Einheit aktiv mitzugestalten, sofern die Möglichkeit bestände, eigene Inhalte und Ziele in diese Gestaltung einzubringen. Außerdem hatten wir keine Sehnsucht nach einer Oppositionsrolle an der Seite der PDS, welche ungetrübt von jeglichem Realitätssinn immer die radikaleren Positionen vertreten würde.

Nach einem entsprechenden Beschluss des Präsidiums der CDU lud Lothar de Maizière die SPD schriftlich zu Informationsgesprächen ein. Am Rande der ersten Fraktionssitzung am 21. März sprach Ibrahim Böhme, der in dieser Sitzung entsprechend dem Votum des Parteivorstandes zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, Richard Schröder und mich an und bat uns, gemeinsam die Einladung zum Gespräch mit de Maizière wahrzunehmen. Ich führte am 22. März mit Lothar de Maizière unter vier Augen ein erstes Vorgespräch. De Maizière vermittelte mir dabei den deutlichen Eindruck, dass er trotz der Mehrheit, die er mit den Parteien der Allianz und den Liberalen schon besaß, ein ernsthaftes Interesse an der Regierungsbeteiligung der SPD hatte. Dieses Interesse erschien mir nicht nur taktischer Natur zu sein. Er hatte dabei insbesondere auch die absehbar häufige Notwendigkeit von verfassungsändernden Mehrheiten im Auge. Dazu kam aber auch, dass er vorhersah, dass die von der CDU geführte DDR-Regierung künftig stärker unter den Druck Helmut Kohls kommen würde, und so sah er es nicht ungern, wenn ihm durch eine Regierungsbeteiligung der SPD der Rücken für eigenständige Positionen gestärkt würde. Genau dies aber musste auch unser eigenes Interesse sein. In diesem ersten Gespräch wurde auch deutlich, dass er sich nicht nach der Rolle des Ministerpräsidenten sehnte. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass Manfred Stolpe bereit sein würde, dieses Amt zu übernehmen, später war dann davon jedoch nicht mehr die Rede.

Auch Reinhard Höppner hatte auf dem Hintergrund seiner persönlichen Kontakte nach Absprache mit mir und Richard Schröder das Gespräch mit de Maizière gesucht. Am 23. März führten Richard Schröder, Reinhard Höppner und ich dann gemeinsam ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU, Lothar de Maizière. Auf unserer Seite verfestigte sich bei diesem Gespräch der Eindruck, dass eine Koalition nicht nur politisch sinnvoll, sondern auch im konkreten Umgang und von der Zielsetzung her machbar sein würde. Mit dieser Haltung gingen wir dann in die Gremiensitzungen der nächsten Tage.

Am darauf folgenden Wochenende fanden verschiedene Kontakte mit der West-SPD statt. Obwohl Ibrahim Böhme am 23. März wegen der Stasi-Vorwürfe seine Ämter ruhen ließ, traf er sich am 24. März 1990 noch gemeinsam mit Karl August Kamilli und Richard Schröder mit Hans-Jochen Vogel. Am 25. März gab es ein weiteres Gespräch, an dem auch Oskar Lafontaine, der Kanzlerkandidat der SPD, teilnahm, Böhme dann aber nicht mehr. Vogel und Lafontaine sprachen sich deutlich für eine Koalition aus. Wichtig sei, dass die SPD in inhaltlichen Fragen die öffentliche Diskussion wesentlich mitbestimmen würde. Die Oppositionsrolle wurde als höchst gefährlich für die SPD eingeschätzt, da wir in die Rolle des ständigen Nörglers gerieten, der aber gleichzeitig nicht bereit gewesen sei, Verantwortung zu übernehmen. So bestärkten diese Gespräche uns, die wir eine Koalition anstrebten, in der eingeschlagenen Richtung. Eine gleiche Bestärkung erhielt ich

in einem Telefonat mit Willy Brandt, der gleichzeitig auf seine Schwierigkeiten verwies, die er in den Zeiten der Großen Koalition 1966-1969 mit der eigenen Partei hatte. Doch gab es dann später auch andere Stimmen aus der West-SPD. Etwa 40 Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion warnten uns in einem Brief vor der Großen Koalition, wir würden so unser Profil als soziale Partei in diesem Prozess verlieren.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche mit Hans-Jochen Vogel war die inhaltliche Abstimmung über die weiteren Schritte im Vereinigungsprozess. Regelmäßige Kontakte und Abstimmungen wurden vereinbart. Schon am 30. Januar 1990 hatte die SPD-Bundestagsfraktion ein Verbindungsbüro für die Kontakte mit der Ost-SPD beschlossen und gleich am nächsten Tag eröffnet. Bis zur Vereinigung übernahm Walter Zöllner dort diese für uns sehr segensreiche Tätigkeit. Am 16. März wurde darüber hinaus Dietrich Stobbe, MdB, als persönlicher Beauftragter Hans-Jochen Vogels für die Verbindung zum Vorsitzenden der künftigen SPD-Volkskammerfraktion benannt. Durch diese Verbindungen wurde in allen wichtigen Fragen ein Kontakt zur SPD hergestellt.

Mitten in die parteiinterne wie öffentliche Diskussion über die Koalitionsfrage kamen am 23. März die öffentlichen Verdächtigungen gegen Böhme als Mitarbeiter der Staatssicherheit, was dann zur Verschärfung des Diskussionsklimas in der SPD führte.

Entgegen der öffentlichen Überraschung war das Problem Böhme und Staatssicherheit nicht ganz neu. 1984 hatten Ibrahim Böhme und ich uns kennen gelernt – wie ich aus seinen Darstellungen in meinen Stasi-Akten heute weiß, im Auftrag der Stasi. Schon wenige Tage nach dem Beginn dieser Bekanntschaft – er hatte an einer öffentlichen Veranstaltung während eines Friedensseminar in Mecklenburg teilgenommen und mich angesprochen – erhielt ich eine erste Warnung, dass er für die Stasi arbeite. Man muss sich nun deutlich machen, was dies damals für uns bedeutete, gingen wir doch davon aus, dass die Stasi selbst auch solche Gerüchte streute, wenn sie Arbeits- und Vertrauensbeziehungen zerstören wollte. So wechselten in den Jahren darauf Vertrauen und Misstrauen mehrfach. Immer wieder gab es auch Indizien, die Misstrauen aufkommen ließen, doch konnten die sich eben auch anders erklären lassen. In den Jahren 1988/89 vertraute ich ihm eher. Als Martin Gutzeit und ich im Frühjahr 1989 die Parteigründung der Ost-SPD vorbereiteten, überlegten wir, wen wir einbeziehen sollten. Ich schlug auch Böhme vor, doch Gutzeit war skeptisch: Der ist nicht sauber! So ließen wir es zu diesem Zeitpunkt.

Ende August, als wir die Initiative zur SPD-Gründung öffentlich machten, schloss sich Böhme sofort an, als er während eines Menschenrechtsseminars in kleinem Kreis sah, er könnte sie nicht verhindern, und wurde – als einziger mit einer Berliner Adresse, was für Journalisten damals von großer Bedeutung war –



19. 4. 90, Berlin: Die Volkskammer der DDR trat zu ihrer 3. Tagung zusammen, auf der Ministerpräsident Lothar de Maizière seine Regierungserklärung abgab. Der erste Beratungstag schloss mit einer aktuellen Fragestunde zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches ab.

schnell zur bekanntesten Person der neu gegründeten Partei. Ende des Jahres wurden Gutzeit und ich aufgrund seines Verhaltens wieder skeptisch, konnten dann aber schon nichts mehr tun – denn wir hatten keinerlei Beweise. Er war der Sonnyboy der SPD-Ost, in der DDR wie im Westen, und wir hätten nicht nur nichts erreicht, sondern eher unseren eigenen Handlungsmöglichkeiten geschadet. Wenn wir einen solchen Verdacht geäußert hätten, wäre es uns schnell als Denunziation und Neidkampagne ausgelegt worden. Schon Ende Februar beim Parteitag in Leipzig gab es dann wieder Gerüchte, auch bei Journalisten, doch hatten wir zu dieser Zeit immer noch keine Belege.

Die öffentlichen Verdächtigungen gegen Böhme kamen in einer Situation großer Polarisierung innerhalb der SPD auf den Tisch. Diese wurden so noch verschärft, war doch Böhme deutlich gegen eine Koalition mit der CDU, während wir

diese anstrebten. Richard Schröder, Martin Gutzeit und ich versuchten intern, öffentliche Vertrauensbekundungen zu verhindern, was jedoch nicht gelang. Als am 23. März bekannt wurde, dass am kommenden Montag, am 26. März, im Spiegel über Böhme als Stasi-Agent berichtet würde, schrieb Böhme am gleichen Tag einen Brief an Vorstand und Fraktion, in welchem er alle Vorwürfe entschieden bestritt und als ehrenrührige Kampagne bezeichnete, gleichzeitig jedoch ankündigte, einen »kurzzeitigen Urlaub anzutreten und mich an unbekanntem und von mir nicht benanntem Ort aufzuhalten«. Als Vertreter für die Zeit seiner Abwesenheit schlug er Richard Schröder für die Führung der Fraktion und Karl-August Kamilli für die Führung der Partei vor. Außerdem empfahl er, bis zu seiner Rückkehr alle Informationsgespräche mit anderen Fraktionen auszusetzen.

Am Montag, den 26. März, reagierten das Präsidium und der Vorstand mehrheitlich empört über die »Verleumdung der Medien«, der Vorstand sprach Böhme gegen Schröders und meinen Rat das Vertrauen aus, wir hatten zur Zurückhaltung gemahnt. Er äußerte in einem Beschluss die Bitte, Böhme möge von seinem Wunsch um Beurlaubung Abstand nehmen. Der Fraktionsvorstand übernahm Böhmes Vorschlag und setzte Richard Schröder als amtierenden Fraktionsvorsitzenden ein, was die Fraktion am nächsten Tag nach kurzer Diskussion »zur Kenntnis nimmt«. Auch die Fraktion sprach Böhme das Vertrauen aus und bat ihn, den Vorsitz wieder aufzunehmen, sobald sein Gesundheitszustand es erlaube.

Am 30. März fand dann die Akteneinsicht Böhmes statt. Außer Böhme selbst nahmen auf seinen Wunsch Monsignore Ducke, Ulrich Schröder, Dankward Brinksmeier, Gerhard Hirschfeld sowie zwei von diesem auf Empfehlung der West-SPD vermittelte Rechtsanwälte, von Sell und Seibert, an der Akteneinsicht teil. Böhme entzog sich in den darauf folgenden Tagen der Kommunikation und war für uns nicht auffindbar. Gerhard Hirschfeld, den Hans-Jochen Vogel auf Parteiebene als Verbindungsmann zum Vorsitzenden zur Ost-SPD bestellt hatte, unterstützte ihn in diesen für uns sehr problematischen Verhaltensweisen. Er teilte Richard Schröder und mir am 31. März mit, dass Böhme sich in einem Westberliner Krankenhaus befinde, wo ich mit ihm am 1. April vormittags telefonieren konnte. Als ich am Nachmittag mit ihm reden wollte und ins Krankenhaus ging, war er dort schon nicht mehr anzutreffen. Am gleichen Tag teilte er dann schriftlich mit, dass er seine Ämter niederlege, da »die Widerlegung der Anschuldigungen längere Zeit brauchen wird«. Am 2. April berichtete Gerhard Hirschfeld im Präsidium über die Akteneinsicht, die noch manche Frage offen lasse.

Daraufhin wurde Richard Schröder am 3. April mit deutlicher Mehrheit gegenüber seinem Mitbewerber Walter Romberg zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Diskussion um den amtierenden Parteivorsitz dagegen sollte länger dauern. Am 28. März hatte das Parteipräsidium beschlossen, dass ich den Parteivorsitz übernehmen solle. Kamilli, den Böhme vorgeschlagen hatte, hatte das

abgelehnt. In der Vorstandssitzung am 2. April erhielt ich dann zwar die meisten Stimmen, erreichte aber nicht die notwendige absolute Mehrheit. Zu deutlich war der Gegensatz zu denen aufgebrochen, die eine Koalition unter allen Umständen verhindern wollten. Erst am 8. April wurde ich zum amtierenden Parteivorsitzenden gewählt.

In den Sitzungen der Parteigremien hatten Richard Schröder und ich über die Gespräche mit de Maizière am 22. und 23. März berichtet, ebenso erstattete in der Fraktionssitzung am 27. März Richard Schröder der Fraktion einen Bericht und legte ihr auf der Grundlage des Wahlprogramms eine Erklärung zu Grundpositionen für die von uns empfohlenen Informationsgespräche vor. Diese wurden von der Fraktion beschlossen wie auch die Zusammensetzung der Delegation, der nach dem Vorschlag der Fraktionsvorstandes Schröder, Terpe, Gutzeit, Höppner und Meckel angehören sollten. Darüber hinaus wurde Wolfgang Thierse von der Fraktion als weiteres Mitglied in die Delegation entsandt, um die Position der Koalitionsgegner in die Gespräche einzubringen.

Am 29. März und 1. April fanden dann auf der Grundlage der von der Fraktion beschlossenen Grundpositionen zwei Runden der Informationsgespräche mit der CDU statt. Von Seiten der CDU nahmen der Vorsitzende de Maizière sowie Martin Kirchner, Thilo Steinbach und Matthias Gehler teil. In diesen Gesprächen ging es um den Weg zur deutschen Einheit auf der Grundlage des Art. 23. GG, um die Vorbereitung der Währungsunion, damit verbundene soziale Fragen sowie um Verfassungsfragen. Die kommenden Kommunalwahlen wurden ebenso thematisiert wie die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Abgeordneten auf eine mögliche frühere Stasi-Zusammenarbeit.

Die SPD schlug eine Erklärung zu Polen, CSSR und Israel in der ersten Volkskammersitzung vor. In dieser wollten wir uns in die Verantwortung stellen, die uns aus unserer Geschichte erwachsen war. In ihr sollte auch die Dauerhaftigkeit der polnische Westgrenze bekräftigt werden, was von der CDU auch akzeptiert wurde. Die CDU machte deutlich, dass die Liberalen sich an der Koalition beteiligen würden und dass ein Ausbrechen der DSU aus der schon vor der Wahl gebildeten »Allianz für Deutschland« nicht akzeptiert würde. Mit dieser Vorgabe waren heftige Auseinandersetzungen in der SPD vorprogrammiert.

Nach strittiger Diskussion beschloss der Parteivorstand am 2. April eine Empfehlung an die Fraktion, keine Koalitionsverhandlungen zu führen (12:6:0). Am selben Tag gab Böhme auf einer Pressekonferenz seinen Rücktritt bekannt. Noch am gleichen Nachmittag fand dann eine gemeinsame Sitzung des Präsidiums mit dem Fraktionsvorstand statt, und gegen das Votum des Vorstandes wurde beschlossen, mit der CDU und den schon in Koalitionsgesprächen befindlichen Fraktionen von DA, DSU und Liberalen förmliche Koalitionsgespräche aufzunehmen. Diese Entscheidung wurde am 3. April von der Fraktion übernommen. Eine

Neunergruppe wurde als Verhandlungsdelegation bestimmt. Ihr gehörten außer Richard Schröder und mir Martin Gutzeit, Reinhard Höppner, Dankward Bringsmeier, Walter Romberg, Harald Ringstorff, Frank Terpe und Wolfgang Thierse an.

Die erste Runde der Koalitionsverhandlungen fand dann schon am Nachmittag des selben Tages statt. Dabei wurde vereinbart, neben der allgemeinen Verhandlungsrunde fünf Arbeitsgruppen einzurichten, in welchen die Details zu wichtigen Themenbereichen einer Koalitionsvereinbarung vorbereitet werden sollten. Die Arbeitsgruppen waren:

1. Außen, Abrüstung, Sicherheit, Internationale Zusammenarbeit;
2. Wirtschaft, Ökologie, Landwirtschaft, Verkehr, Infrastruktur, Bauwesen Finanzen;
3. Soziales, Gesundheit, Familie, Frauen, Jugend, Sport;
4. Innen, Justiz, Länder, Verfassung, Stasi, Post- und Fernmeldewesen, SED-Vermögen;
5. Kultur, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Medien.

Die CDU (einschließlich DA) sollte zwei, DSU und Liberale jeweils einen und die SPD zwei Teilnehmer pro Gruppe entsenden. Diese Arbeitsgruppen begannen ihre Arbeit am 6. April. Die SPD-Fraktion bereitete sich in ihren vorläufigen Arbeitskreisen auf diese Verhandlungen intensiv vor und verabschiedete jeweils Positionspapiere. Schon bei dieser Vorbereitungsarbeit bewährte sich die Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion aufs Beste.

In den beiden ersten Runden der Koalitionsgespräche am 3. und 4. April wurden grundsätzliche Fragen zur Regierungsbildung und -struktur, des Weges zur deutschen Einheit und zur Währungsunion etc. besprochen. Gleichzeitig wurden wichtige personelle und die Verfahren betreffende Vereinbarungen getroffen für die Konstituierung der Volkskammer am 5. April. Die CDU beanspruchte den Sitz des Präsidenten, obwohl Lothar de Maizière unserem Vorschlag, Reinhard Höppner dafür zu nominieren, gar nicht so abgeneigt war. Beide kannten sich gut durch die gemeinsame Arbeit in der Bundessynode der evangelischen Kirchen. Die Absicht, Reinhard Höppner für diese Funktion zu nominieren, war von mir lange vorbereitet worden. Schon bei der Wahl der Volkskammerkandidaten auf der Delegiertenversammlung des Bezirks Magdeburg hatte ich – durchaus mit Mühe, da er zu wenig an Ortsvereinssitzungen teilgenommen hatte – mit dem Argument dafür geworben, ihm den dritten Listenplatz zu geben, da wir ihn als künftigen Volkskammerpräsidenten bräuchten. Am 5. April wurde er dann als Stellvertreter der Präsidentin Bergmann- Pohl gewählt und hat dann gerade in wichtigen und turbulenten Sitzungen des Volkskammer das Plenum geleitet. In der gleichen Sitzung wurde entsprechend der Verfassung der DDR Lothar de Maizière mit der Regierungsbildung beauftragt.



8. 5. 90, Berlin: Auf einer Fraktionsitzung der SPD forderte die Partei von DDR-Premier Lothar de Maizière (M.) und weiteren CDU-Politikern Erklärungen zum bisherigen Vorgehen der CDU in den Verhandlungen um den Staatsvertrag. Sie habe sich, so die SPD-Fraktion, bislang weder parlamentarisch noch sozialpolitisch an die Koalitionsvereinbarungen gehalten.

Die DSU bot der SPD in der ersten Koalitionsrunde eine gesonderte Gesprächsrunde an, um die gegenseitigen Vorbehalte auszuräumen. Diese fanden am 5. April auch statt. Hier entschuldigte sich die DSU für die Ausfälle und Unterstellungen im Wahlkampf.

In den nächsten Tagen fanden fast täglich neben den Arbeitsgruppen Koalitionsgespräche in der großen Runde statt. Die Arbeit ging zügig voran und stand unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit, ja, man muss schon von Druck sprechen. Während die CDU kaum inhaltliche Vorarbeiten einbrachte, geschah dies durch die Arbeitsgruppen der SPD in hohem Maße, so dass der Text der Koalitionsvereinbarung stark von den Vorschlägen der SPD geprägt wurde. Die Vereinbarung machte deutlich, was für ein komplizierter Prozess die notwendige Transformation von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sein würde. Gleichzeitig sollte

alles immer schon im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen zur deutschen Vereinigung geschehen.

Von großem Gewicht und gleichzeitig von großer Schwierigkeit war die Entscheidung über die Regierungsstruktur, über die Verteilung der Ministerien und die damit zusammenhängenden Personalfragen. Schon bei der ersten Koalitionsrunde war deutlich, dass die CDU und de Maizière als Wahlsieger auf dem Innen- und Verteidigungsministerium bestanden. Man hatte sich schon darauf festgelegt, dass Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch das Verteidigungsministerium erhalten würde – mit dem schönen Namen Minister für Abrüstung und Verteidigung – und dass Peter Michael Diestel von der DSU das Innenministerium erhielt. Der Verhandlungsdelegation und natürlich besonders mir selbst wurde immer wieder vorgeworfen, dass die SPD nicht das Innenministerium beansprucht hätte. Diese Möglichkeit bestand jedoch in Wirklichkeit nicht, da bei Beginn der Verhandlungen hier schon Festlegungen getroffen waren.

Wir wollten jedoch einen Staatssekretär im Innenministerium und erhielten sogar von Diestel die Zusage, dass dieser die Zuständigkeit für den Bereich der Staatssicherheit erhalten würde. Leider verschenkte die SPD-Fraktion die Möglichkeit, in diesem Bereich besondere Verantwortung übernehmen zu können, weil sie darauf bestand, Dankward Brinksmeier dafür zu nominieren, was Diestel aufgrund seiner Erfahrung mit ihm als Mitglied des Ausschusses des Runden Tisches für Innere Sicherheit ablehnte. So entspann sich in der Folge ein wochenlanger Streit, der dazu führte, dass die Zuständigkeiten im Innenministerium längst anders verteilt waren – mit den bekannten Folgen!

In den Verhandlungen hatten wir zwei besondere Wünsche, nämlich das Ministerium für Soziales und das Außenministerium – hatten wir doch im Wahlkampf immer wieder betont, dass niemand die deutsche Vereinigung fürchten müsse, weder die sozial Schwachen noch die europäischen Nachbarn. So wollten wir auch in diesen beiden Bereichen Verantwortung übernehmen. Nachdem die Verhandlungsgruppe mich für das Außenministerium vorgeschlagen hatte, kandidierte Walter Romberg in der Fraktion gegen mich, konnte jedoch keine Mehrheit gewinnen. Für das Sozialministerium machte die AG Soziales den Vorschlag, Regine Hildebrandt zu nominieren. Nach einem Gespräch in der Neunerrunde wurde dieser Vorschlag unterstützt – eine Entscheidung mit weitreichenden Folgen auch über die Vereinigung hinaus!

Im Übrigen war es für uns gar nicht so leicht zu entscheiden, welche anderen Ministerien wir anstreben sollten, stand doch nicht nur zur Frage, was aus inhaltlichen Gründen für uns wichtig war, sondern mindestens ebenso, welche kompetenten Personen uns dafür zur Verfügung standen. Ein besonders schwieriges Problem war die Besetzung des Finanzministeriums. Die CDU hatte demgegenüber das Wirtschaftsministerium zu besetzen. Richard Schröder und ich schlos-

sen nicht aus, dass die CDU hierfür Elmar Pieroth nominieren würde. Wir hätten das auch gar nicht für schlecht gehalten, war uns doch klar, dass es schwierig sein würde, das Wirtschaftsministerium in dieser Situation mit jemandem zu besetzen, der die westliche Wirtschaft und ihre Strukturen nicht kennt. Das Gleiche galt in unseren Augen für das Finanzministerium. So überlegten sich Richard Schröder und ich, dass es ebenfalls gut wäre, das Finanzministerium mit einem versierten Fachmann aus der West-SPD zu besetzen. Über Dietrich Stobbe und Hans-Jochen Vogel kam der Kontakt zu Manfred Schüler zustande, dem Kanzleramtsminister von Helmut Schmidt, der inzwischen KfW-Vorstandsmitglied war. Mit diesem verabredeten Richard Schröder und ich uns im Reichstag, um ihn für das Finanzministerium zu gewinnen. Am Tag vorher hatten wir uns gleichzeitig darauf verständigt, dass wir für den Fall, dass die CDU doch keinen Minister aus dem Westen akzeptieren würde, Walter Romberg fragen wollten. Aus Zeitnot fragte Richard Schröder ihn schon vor dem Gespräch mit Schüler und teilte ihm auch Ort und Zeit des Gesprächs mit. Er bat um Bedenkzeit. Während wir mit Schüler sprachen, betrat Romberg den Raum und erklärte unvermittelt: Ich mach'! Damit war jede Chance dahin, Schüler zu gewinnen, denn er wollte beileibe niemanden verdrängen.

Im Ergebnis der Verhandlungen besetzte die SPD sieben Ministerien, nachdem uns ursprünglich nur sechs zugestanden worden waren (die DSU erhielt nur zwei Ministerien, nach ursprünglich drei vorgesehenen): Markus Meckel übernahm das Außenministerium, Walter Romberg das Finanzministerium, Regine Hildebrandt das Sozial- und Gesundheitsministerium, Emil Schnell das Postministerium, Frank Terpe das Wissenschafts- und Forschungsministerium, Sybille Reider das Handelsministerium und Peter Pollack das Landwirtschaftsministerium.

Die Fraktion bestätigte am 10. April in Anwesenheit des Parteivorstandes das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen und stimmte der Koalition zu. Am Morgen des 12. April wurde die Koalitionsvereinbarung unterschrieben. In der Nacht vorher hatte Martin Gutzeit sie noch in seinen Computer geschrieben und die notwendigen Exemplare hergestellt. Die CDU war offensichtlich trotz ihres ausgebauten Apparates nicht in der Lage, diese technischen Mittel und organisatorischen Abläufe bereitzustellen. Die öffentliche Unterzeichnung verzögerte sich etwas, da die Exemplare zu spät fertig wurden.

Am gleichen Tag wurden der Ministerpräsident und die Minister vereidigt. Im Anschluss verabschiedete die Volkskammer mit allen Fraktionen die von uns vorgeschlagene und in wesentlichen Teilen entworfene Erklärung, in welcher wir uns gegenüber Polen, Israel, der CSFR und den Völkern der Sowjetunion zu der Verantwortung bekannten, die uns Deutschen aus der Geschichte erwächst. Eine zentrale Aussage dieser Erklärung war die vorbehaltlose Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße.

# Die SPD-Volkskammerfraktion und die Verfassungsfrage

von Volker Schemmel MdL,  
damals Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Volkskammerfraktion

Der Streit um die Große Koalition ist dann in der SPD nie ganz zur Ruhe gekommen. Richard Schröder versuchte, den Widerstand im Parteivorstand gegen die Koalition durch unermüdliches Werben und Argumentieren zu brechen, mit mäßigem Erfolg. In der Partei im Lande beruhigte sich die Situation, als nach der Kommunalwahl vielerorts die Erfahrung gemacht wurde, dass es notwendig sei, Koalitionen einzugehen, nicht selten eben auch mit der CDU. Im Parteivorstand setzte sich der Streit fort und spielte noch auf dem Parteitag in Halle am 9. Juni 1990 eine wichtige Rolle. Dieser Streit war zum Teil durch heftige persönliche Attacken und Verunglimpfungen gegen Richard Schröder, besonders aber auch gegen mich geprägt. Auch in der Fraktion gab es eine beträchtliche Minderheit, welche Ibrahim Böhme weiterhin folgte, die Koalition in Frage stellte und unterminierte.

Als der Ministerpräsident de Maizière immer weniger integrierend agierte und eigensinnig persönliche Positionen durchzusetzen suchte, selbst aber auch zunehmend und offensichtlich unter Druck aus Bonn geriet, verlor die Koalition seit Ende Juni mehr und mehr an Bindungskraft. Doch die Geschichte bis zum Bruch der Koalition im August 1990 ist wieder eine andere Geschichte, die andere zu schreiben haben.

**Von ihrer 1. (konstituierenden) Tagung am 5. April 1990** bis zur letzten Entscheidung zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands am 20. September 1990 beschäftigte sich die demokratisch legitimierte Volkskammer der 10. Wahlperiode mit Verfassungsfragen. Die Durchsicht der 38 Tagungsprotokolle der Volkskammer sowie der Protokolle der 51 Fraktionssitzungen belegt, dass nahezu in allen Beratungen Verfassungsfragen auf der Tagesordnung standen: Zuerst direkte Verfassungsänderungen, danach die Verfassungsgrundsätze und, an diese anknüpfend, die Verfassungsgesetze, zu denen letztlich auch die Gesetze zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands gehörten.

Wie war die Ausgangslage, als sich die 88 SPD-Abgeordneten am 21./22. März zur ersten Fraktionssitzung trafen, um – neben Konstituierung und Vorstandswahl – Koalitionsfragen (also natürlich auch Verfassungsfragen) zu beraten? In der Deutschen Demokratischen Republik galt die »sozialistische« Verfassung von 1968 in ihrer Fassung von 1974. Allerdings war auf Druck der Bürgerinnen und Bürger und der oppositionellen Gruppen und Parteien bereits am 1. Dezember 1989 die »führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei« aus der Verfassung gestrichen worden. Nach der Konstituierung des »Runden Tisches« am 7. Dezember 1989 beschloss die Volkskammer der 9. Wahlperiode noch in weiteren

fünf Tagungen Verfassungsänderungen, um deutlich erkennbare Beschränkungen einer beginnenden demokratischen und wirtschaftlichen Erneuerung zu beseitigen. Hierbei ging es – in chronologischer Folge – um die Ermöglichung von Joint Ventures, die Voraussetzungen für demokratische Wahlen, die Ermöglichung des Zivildienstes, die Existenz freier Gewerkschaften, die Aufhebung der Präambel, die Abschaffung des Staatsrates bei Übernahme seiner Funktionen durch den Präsidenten der Volkskammer sowie um die Modalitäten der Wahl des Ministerpräsidenten. Neben der DDR-Verfassung lag ab 12. März 1990 ein – noch unvollständiger und erst ab 4. April 1990 kompletter – Entwurf der »Verfassung des Runden Tisches« vor. Dritter wichtiger Schwerpunkt in dem Spannungsfeld, das nun Koalitionsverhandlungen, künftiges Regierungshandeln sowie den Umgang mit Verfassungsfragen in der Volkskammer bestimmen sollte, war natürlich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Unsere Fraktion hatte sich recht schnell bis zur 3. Tagung der Volkskammer am 19. April 1990 zu entscheiden, welchen grundsätzlichen Weg im Umgang mit der Verfassung wir zur deutschen Einheit einschlagen wollten. Zur Tagesordnung dieser 3. Tagung gehörten die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und eine Aktuelle Stunde über die »Verfassung des Runden Tisches«. Dieser »Verfassung des Runden Tisches« gehörten natürlich die Sympathien vieler Mitglieder unserer Fraktion; zumal die DDR-Verfassung ungeliebt und das Grundgesetz nicht sofort erreichbar war.

Andererseits ergab die spannende und kontroverse Diskussion in der Fraktion aber, dass eine zeitnahe Inkraftsetzung der »Verfassung des Runden Tisches« nicht nur dem politischen Interesse einiger Fraktionsmitglieder widersprach, sondern insbesondere unserer Verfassungswirklichkeit nicht entsprochen hätte, ihr weit voraus gewesen wäre und eine – dem Grundgesetz alternativ gegenüberstehende – Zielvorstellung darstellte. Die SPD-Fraktion verständigte sich deshalb mehrheitlich auf das sogenannte Bausteinprinzip, das heißt auf eine bausteinartige Veränderung der bestehenden Verfassung von Fall zu Fall. Nur mit einem solchen Prinzip war eine immer an der Verfassungswirklichkeit orientierte Verfassung zu gewährleisten. Diese Nähe von Verfassung und Verfassungswirklichkeit entsprach auch den Grundprinzipien einer friedlichen Revolution: Alle, auch umwälzende Veränderungen auf rechtlicher Basis durchzuführen. Außerdem verständigten wir uns, die Bausteine an der »Verfassung des Runden Tisches« zu orientieren, um in die von uns erhoffte Veränderung des Grundgesetzes im Rahmen der Einheit Deutschlands auch die Elemente der »Verfassung des Runden Tisches« mit einzubringen, eins zu eins zum Grundgesetz. Wie sich die Bewertung dieser Frage in anderen Fraktionen von der unsrigen unterschied, zeigten die Beiträge der Fraktionssprecher zur Aktuellen Stunde der 3. Tagung. Während die Fraktion Bündnis 90 (Abg. Poppe) die zeitnahe Inkraftsetzung

der »Verfassung des Runden Tisches« durch Volksentscheid forderte, ergänzt um die Forderung, diese Verfassung in den Einheitsprozess einzubringen, die Fraktionen CDU/DA und DSU die rhetorische Frage formulierten (Abg. Fr. Kögler): »Wozu brauchen wir noch eine Verfassung?« und die PDS (Abg. Riege) die »Leistungsfähigkeit« des Grundgesetzes gegenüber der »Verfassung des Runden Tisches« in Frage stellte, verteidigte die Fraktion der SPD (Abg. Schröder) das von uns bevorzugte Prinzip: Die Notwendigkeit einer wirklichkeitsnahen eigenständigen Verfassung für eine kontrollierbare Entwicklung über einen Einigungsvertrag zu einer gesamtdeutschen Verfassung. Noch deutlicher zeigten sich die unterschiedlichen Bewertungen in der 5. Tagung der Volkskammer am 26. April, als über den Antrag von Bündnis 90 zur Inkraftsetzung dieser Verfassung als Vorläufiges Grundgesetz für die DDR zu entscheiden war. Unsere Fraktion votierte – Bündnis 90 folgend – für eine Überweisung in den Verfassungsausschuss. Die Fraktion CDU/DA lehnte – entgegen einer Absprache im Koalitionsausschuss – die Ausschussüberweisung ab und trug damit maßgeblich zu der Mehrheit bei, die den Verfassungsentwurf aus dem Geschäftsgang der Volkskammer eliminierte.

Das Prinzip der wirklichkeitsnahen, eigenständigen Verfassung öffnete die Tür zum »Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (Verfassungsgrundsätze)«, das am 17. Mai 1990 in 1. Lesung behandelt und am 17. Juni beschlossen wurde. Die Verfassungsgrundsätze bekennen sich zur freiheitlichen, rechtsstaatlichen Grundordnung in der DDR, zur Gewährleistung des Privateigentums und zur wirtschaftlichen Handlungsfreiheit. Für das weitere Handeln der Volkskammer wurde die Änderung des Art. 106, die Möglichkeit der (bausteinartigen) weiteren Verfassungsänderungen durch sog. Verfassungsgesetze, von Bedeutung.

Diese Änderung ebnete den Weg für die darauf folgenden Verfassungsgesetze wie Ländereinführungsgesetz und Gerichtsverfassungsgesetz bis hin zum Einigungsvertrag. In der Diskussion um den Einigungsvertrag als Alternative zum vertragslosen Beitritt (mit von uns dann nicht mehr beeinflussbaren Überleitungsbestimmungen) bekannte sich unsere Fraktion nahezu einmütig zur Notwendigkeit eines Staatsvertrags. In diesem Vertrag, so der Wille der SPD-Fraktion, sollte auch der Weg zu einer gesamtdeutschen – unsere Erfahrungen und Vorstellungen berücksichtigende – Verfassung festgeschrieben werden. Artikel 5 des Einigungsvertrages nahm diesen Auftrag auf; aber in den nachfolgenden Verhandlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat sowie den abschließenden Beratungen im Bundestag blieb – trotz erheblicher Bemühungen seitens der SPD – von unserem Anliegen nur wenig übrig. So gilt noch heute der im Einigungsvertrag neu gefasste Artikel 146 GG: »Dieses Grundgesetz, das nach der Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche

Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

## Aufarbeitung der Vergangenheit in der SPD-Volkskammerfraktion

von Rolf Schwanitz MdB,  
damals Rechtspolitischer Sprecher  
der SPD-Volkskammerfraktion

**Die Sozialdemokratische Partei der DDR** war Teil der friedlichen Revolution. Bei der SPD fanden sich Menschen zusammen, die durch die Gründung einer demokratischen Partei der kommunistischen Diktatur ein Ende bereiten, in der DDR Demokratie und Freiheit zum Durchbruch verhelfen und die Vereinigung der über Jahrzehnte getrennten beiden deutschen Staaten mit erhobenem Haupt und in gegenseitigem Respekt vorantreiben wollten. Keines dieser Ziele war durch die ersten freien Wahlen zur Volkskammer und die damit verbundene Rückkehr der parlamentarischen Demokratie in der DDR erledigt. Deshalb galt es nun, die Erwartungen der Menschen, die sich bis dahin auf den friedlichen Demonstrationen artikulierten, zum Gegenstand der parlamentarischen Arbeit zu machen. Gerade die SPD-Volkskammerfraktion sah sich hier in einer besonderen Verantwortung. Die Aufarbeitung der Vergangenheit, jenes Thema, das wie kein anderes die Menschen im Herbst 1989 auf die Straßen geführt hat, war für die Sozialdemokraten deshalb von höchster Bedeutung und durchzog ihre gesamte parlamentarische Arbeit in der Volkskammer. Die SPD sah sich hierzu nicht nur legitimiert, sondern geradezu verpflichtet, sowohl aus ihrer Rolle innerhalb der friedlichen Revolution, als auch aus der besonderen Leidensgeschichte der Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone nach 1945.

Bereits auf der konstituierenden Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion am

21. März beschäftigten sich die Abgeordneten mit Fragen der Aufarbeitung der Vergangenheit. Das Parlament sollte sich möglichst bereits auf seiner konstituierenden Sitzung durch die Abgabe von Erklärungen zur Mitwirkung der DDR beim Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in der CSSR und zum Verhältnis der DDR zu Israel mit wichtigen, bis dahin tabuisierten Themen beschäftigen. Von zentraler Bedeutung war für die Sozialdemokraten auch der personelle Neuanfang in der Volksvertretung. Die Bevölkerung erwartete nach Jahrzehnten des Überwachungsstaates zu Recht, dass ihr Parlament frei war von offenen oder verdeckten Mitarbeitern des früheren Staatssicherheitsdienstes. Deshalb sollte die Überprüfung der Abgeordneten auf Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bereits auf der konstituierenden Sitzung der Volkskammer eingeleitet werden. Tatsächlich beschloss das Parlament auf seiner ersten Tagung am 5. April die Bildung eines zeitweiligen Prüfungsausschusses, der die Überprüfung der Abgeordneten auf Stasi-Verstrickungen zur Aufgabe hatte. Diese Frage, die nicht nur die sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern die Mehrheit des Parlaments als Voraussetzung für ihre politische Legitimation ansahen, durchzog die gesamte Legislaturperiode bis zur letzten Sitzung. Doch hierzu später.

Die Stasi-Hinterlassenschaft beschäftigte die Abgeordneten nicht nur aus der Sicht ihrer eigenen Tätigkeit. Bereits am 25. April arbeitete die SPD-Fraktion einen Antrag zur Bildung eines Sonderausschusses zur weiteren Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit aus. Bei der Auflösung des SED-Geheimdienstes waren signifikante Fortschritte bis dahin nicht erkennbar. Die Menschen hatten eher den Eindruck eines geräuschlosen Hinüberwachsens des alten Überwachungsapparates in die neue, sich demokratisierende Gesellschaft. Deshalb drängten die Sozialdemokraten auf eine besondere, institutionalisierte parlamentarische Kontrolle der Regierungsarbeit zur Auflösung dieses besonderen Unterdrückungsorgans. Mit Datum vom 31. Mai wurde diese Initiative zu einem Antrag aller Fraktionen weiterentwickelt und am 7. Juni im Plenum beschlossen. Der Sonderausschuss hatte im Kern die vom Ministerrat gewollte vollständige Auflösung des MfS zu kontrollieren und dem Parlament hierüber Bericht zu erstatten. Vor allem in der Frage des künftigen Umgangs mit den Stasi-Akten sollte dieser Ausschuss noch eine zentrale Bedeutung erlangen. Zu seinem Vorsitzenden wurde der Abgeordnete Jochen Gauck der Fraktion Bündnis 90 gewählt, der wegen seiner hervorragenden Arbeit später von der Volkskammer zum Sonderbeauftragten und dann vom ersten gesamtdeutschen Bundestag zum Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen benannt worden ist.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Aufarbeitung der Vergangenheit bildet die politische Auseinandersetzung um das Parteivermögen der SED, der Blockparteien und Massenorganisationen der früheren DDR. Bereits seit Monaten mehrten sich die Befürchtungen, wonach die SED-PDS im großen Stil finanzielle Schiebe-

reien mit ihrem millionenschweren Parteienvermögen unternahm. Die Gerüchte, welche sich später zum großen Teil bestätigen sollten, reichten von dubiosen Existenzgründungen ehemaliger Funktionäre bis hin zu ausländischen Transaktionen. Die Einführung der D-Mark als allgemeines Zahlungsmittel und der damit in Verbindung stehende Umtausch von Mark der DDR in eine frei konvertierbare Währung zum 1. Juli zwang zum schnellen Handeln. Jene dubiosen Finanzgeschäfte sollten nicht endgültig der staatlichen Überprüfung entzogen und nachträglich »vergoldet« werden können.

So setzten die Koalitionsfraktionen, unter ihnen die SPD, in einem außergewöhnlichen Verfahren das Thema Parteivermögen am 31. Mai auf die Tagesordnung der Volkskammer. Gegenstand der Beratung war ein Antrag sowie ein Gesetzentwurf zur Änderung des Parteiengesetzes, durch den eine Regierungskommission mit der Feststellung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen im In- und Ausland beauftragt wurde. Die Parteien und Organisationen selbst waren zur Rechenschaft verpflichtet, und ihr Vermögen wurde bis auf weiteres unter treuhänderische Verwaltung gestellt. Um kurzfristige Transaktionen der PDS zu verhindern, kamen beide Vorlagen nicht im traditionellen Verfahren auf die Tagesordnung der Volkskammer, sondern wurden ohne Vorankündigung und Befassung im Präsidium mit der erforderlichen Geschäftsmehrheit zu Beginn der Sitzung als Ergänzung auf die Tagesordnung gesetzt, am selben Tag in den Ausschüssen beraten und noch vor Ende der Sitzung durch Beschluss der Volkskammer verabschiedet. Natürlich stieß das auf den heftigsten Widerstand der PDS. Deren Fraktionsvorsitzender sprach von Entmündigung der Parteien und meinte dabei vor allem seine eigene. Er warf den Koalitionsfraktionen vor, sie wollten jede Opposition ausschalten. Selbst abstruse Vergleiche mit dem Ermächtigungsgesetz und das Heraufbeschwören von internationalen Konflikten mit der UdSSR infolge des Beschlusses wurden von der PDS ins Feld geführt. All diese Entrüstung half nichts: Am späten Nachmittag des 31. Mai wurden die Beschlüsse gefasst und das Parteiengesetz entsprechend geändert, damit zwar nicht alle Schieberei unterbunden, aber dennoch die Weichen für die spätere Tätigkeit der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Parteienvermögens im vereinigten Deutschland gestellt.

Wie keine andere Fraktion widmete sich die SPD auch der personellen Erneuerung und der Demokratisierung der Justiz. Richter und Staatsanwälte hatten sich in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht als unabhängige Stellen, sondern insbesondere in politischen Verfahren als verlängerter Arm der Partei- und Staatsführung verstanden. Deshalb war die Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten als Voraussetzung für eine demokratische Erneuerung der Justiz für die Sozialdemokraten von besonderem Gewicht. Am 31. Mai legte der Ministerrat den Entwurf eines Richtergesetzes der Volkskammer vor. Danach sollten die 1.400 Rich-

ter und 1.000 Staatsanwälte in der DDR in einem Schnellverfahren, quasi durch Handauflegen, einer Überprüfung unterzogen werden. Pflichtverletzungen, die schon sechs Monate oder länger zurücklagen, sollten dabei nicht mehr in einem Disziplinarverfahren geahndet werden können. Unter dem Druck der Anfang August auslaufenden Wahlperioden der Richter und einem dadurch drohenden Stillstand der Rechtsprechung sollte das Parlament den Richtern grünes Licht geben zur freien Fahrt in das Richteramt auf Lebenszeit.

Es war das Verdienst der Sozialdemokraten, dass durch intensive Veränderungen der Gesetzentwürfe einer solchen Privilegierung der alten Richter und Staatsanwälte der Boden entzogen werden konnte. Die SPD-Fraktion setzte durch, dass die Überprüfung der Richter und Staatsanwälte dezentralisiert in 16 Richterwahlausschüssen auf Bezirksebene durchgeführt werden musste und dass dabei insbesondere die demokratisch legitimierten Abgeordneten der Kreistage einbezogen wurden. Die Prüfungszeit wurde auf sechs Monate verdoppelt und damit weit in die Zeit nach dem 3. Oktober 1990 verlegt. Alle Richter wurden zunächst auf Probe berufen und die Disziplinarregelungen erheblich verlängert. Auch wenn die SPD-Volkskammerfraktion mit ihrer Forderung, auch die fachliche Qualifikation der Juristen auf den Prüfstand zu stellen, keine Mehrheit fand, so haben die Sozialdemokraten dennoch einen unverzichtbaren Beitrag zur demokratischen Erneuerung der Justiz in den neuen Ländern erbracht.

Besonderes Augenmerk legte die SPD-Volkskammerfraktion auf die Frage der Rehabilitierung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern politischer Repression in der SBZ und DDR. Für die Sozialdemokraten war das Rehabilitierungsgesetz eines der wichtigsten Gesetze, das noch vor der staatlichen Einheit verabschiedet werden musste. Bereits die Debatte zur 1. Lesung des Gesetzentwurfes am 20. Juli wurde mit hoher Emotionalität geführt, und sowohl Abgeordnete der PDS als auch Abgeordnete der Koalitionsfraktionen verließen während der Debatte zeitweilig aus Protest den Saal. Am 6. September beschloss die Volkskammer schließlich ein Rehabilitierungsgesetz, das sowohl eine strafrechtliche, als auch eine verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung enthielt. Die Volkskammer setzte damit ganz bewusst ein Signal, dass sie den Inhalt des Einigungsvertrages, der zu diesem Zeitpunkt schon vorlag und der lediglich die strafrechtliche Rehabilitierung ermöglichte, als unzureichend empfand.

Auch wenn dem DDR-Parlament wenige Wochen vor der staatlichen Einheit durch den absehbaren Einigungsvertrag die Hände gebunden waren bei seinen Bemühungen, insbesondere im finanziellen Bereich akzeptable Entschädigungsleistungen zu erreichen, so entsprach es dennoch dem parlamentarischen Selbstverständnis der Fraktionen und dem Auftrag aus der friedlichen Revolution, die Legislaturperiode nicht ohne Verabschiedung eines vollständigen Rehabilitierungsgesetzes zu beenden. Die Sozialdemokraten verbanden dies mit der Auffor-

derung an das Kabinett de Maizière, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Gesetz noch in den Einigungsvertrag aufgenommen werde. Die DDR-Regierung sah sich hierzu jedoch nicht in der Lage, weshalb die SED-Opfer noch viele Jahre auf eine angemessene Rehabilitierung warten mussten.

Die Volkskammer hat unter intensiver Beteiligung der SPD-Fraktion ebenfalls in einem anderen Bereich der Aufarbeitung entscheidende Signale gesetzt: beim Umgang mit den Stasi-Akten. Am 24. August wurde ein Gesetz über die Sicherung und Nutzung der Stasi-Akten im Plenum verabschiedet, das in seinen Grundzügen richtungweisend war. Dabei wurden die Stasi-Akten als unrechtmäßig erhobene Daten ganz bewusst nicht der Vernichtung zugeführt, sondern sowohl für die Einsichtnahme der Betroffenen als auch für die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes zur Verfügung gestellt. Auch wenn dieses Gesetz, ebenso wie das Rehabilitierungsgesetz der DDR, entgegen der Forderung der Sozialdemokraten nicht als weitergeltendes Recht im Einigungsvertrag aufgenommen worden ist, so war diese Willensäußerung dennoch von zentraler politischer Bedeutung. Sie stellte sich ganz entschieden einer Verlagerung der Akten in das Bundesarchiv nach Koblenz entgegen und gab ein wichtiges Signal für den späteren Umgang mit den Stasi-Akten im vereinigten Deutschland.

Im letzten Kapitel der Aufarbeitung der Vergangenheit richtete die Volkskammer den Blick auf sich selbst. Es ging um den Abschluss, der bereits auf der konstituierenden Sitzung eingeleiteten Überprüfung der Volkskammerabgeordneten auf Stasi-Vergangenheit. Gerade die SPD-Fraktion hatte in den zurückliegenden Monaten ihre Entschlossenheit beim Umgang mit belasteten Personen deutlich gemacht. Mehrere ihrer Mitglieder, bis hin zum Vorsitzenden der Ost-SPD, wurden nach zum Teil sehr heftigen Auseinandersetzungen von der Fraktion zur Niederlegung ihres Mandates aufgefordert. Das erste frei gewählte Parlament sollte nach 40 Jahren Leben im Überwachungsstaat frei sein von dieser Hinterlassenschaft.

Die Überprüfung der Abgeordneten der Volkskammer im hierfür geschaffenen Ausschuss bewegte sich in den zurückliegenden Monaten hingegen kaum. Immer wieder wurde der von den Sozialdemokraten gestellte Ausschussvorsitzende zur Berichterstattung in der Fraktion gebeten. Dabei traten erhebliche Konflikte im Vorfeld der Überprüfungsarbeit, insbesondere mit dem Innenminister, zu Tage. Die Überprüfung selbst ging jedoch bis zum Sommer keinen Schritt voran, wofür auch unser Mitglied im Ausschuss verantwortlich gemacht wurde. Deshalb kam es Ende August zu seiner Abberufung durch die SPD-Fraktion und zur Wahl eines neuen Vertreters, der das Vertrauen der Abgeordneten besaß. Nun begann die Zeit intensiver Prüfungen vor Ort, um die Ergebnisse dem Parlament noch vor dem 3. Oktober zur Kenntnis geben zu können.

Parallel dazu entwickelte sich in der Volkskammer eine fraktionsübergreifende Diskussion darüber, ob die Prüfungsergebnisse dem Parlament und der Öffentlichkeit nicht nur durch ein quantitatives Resultat, sondern auch durch die Benennung der belasteten Personen bekanntgegeben werden sollte. Am 20. September wurde ein entsprechender Antrag der Fraktion Bündnis 90 in der Volkskammer beraten und dem zeitweiligen Prüfungsausschuss, also dem Prüfungsgremium selbst, zur Beratung überwiesen. Acht Tage später, am 28. September kam es schließlich zur Beratung der Prüfungsergebnisse. Wenige Tage vor dem Beitrittstermin sollte nun der Antrag entschieden und die Ergebnisse der Abgeordnetenüberprüfung dem Parlament mitgeteilt werden. Die Volkskammer tagte zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr im Palast der Republik. Das Parlament hatte wegen Berichterstattungen über die Asbestverseuchung den eigentlichen Plenarsaal verlassen und die Sitzung in einen hierfür wenig geeigneten Saal verlegt. Dies und der besondere Beratungsgegenstand selbst sollten die 37. Volkskammersitzung zu einer hoch emotionalen und außergewöhnlichen Parlamentsitzung machen.

Entsprechend dem Einsetzungsauftrag gab der Prüfungsausschuss zunächst seinen Abschlussbericht dem Parlament bekannt. Von den 76 Abgeordneten und Ministern, die der Ausschuss überprüfen sollte, waren 56 in der Zentralkartei des MfS als ehemalige und zum Teil bis zuletzt tätige inoffizielle Mitarbeiter (IM) registriert. In 15 Fällen lag nach Akteneinsicht eine so starke Belastung vor, dass der Ausschuss eine dringende Empfehlung zur sofortigen Mandatsniederlegung oder zum Rücktritt aus dem Amt aussprach. Hiervon betroffen waren auch drei Minister.

Den Antrag auf Namensnennung versah der Prüfungsausschuss mit einer ablehnenden Beschlussempfehlung. Obwohl er den Wunsch in der Sache teilte und unterstützte, sahen sich die Ausschussmitglieder auf der bis dahin geltenden Rechtsgrundlage, die sie unter anderem zur Verschwiegenheit verpflichtete, nicht in der Lage, dem Parlament eine andere Empfehlung zu geben. Der Ausschuss machte deutlich, dass ihn nur eine direkte Beschlussfassung durch das Parlament selbst von den bisherigen Pflichten entbinden und die Veröffentlichung der Namen möglich machen könnte. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde im Ausschuss für das Präsidium der Volkskammer vorbereitet und von diesem in die Beratung eingebracht. Nach äußerst heftiger und kontroverser Debatte entschied sich das Plenum schließlich mehrheitlich zur Nennung der Namen. Die Sitzung wurde dabei mehrmals unterbrochen und verzögert. Die CDU-Fraktion setzte schließlich den Ausschluss der Öffentlichkeit durch, weshalb die Namensnennung selbst in einem geschlossenen Sitzungsverlauf erfolgte. Zuvor jedoch und auch danach gab es zahlreiche persönliche Erklärungen von betroffenen Abgeordneten und Ministern, die sich ausschließlich an ihrer subjektiven Wahrnehmung



31. 5. 90, Berlin: Staatswappen  
Nach dem Beschluss der Volkskammer, das Staatswappen  
der DDR an öffentlichen Gebäuden zu entfernen, setzte das Hohe Haus  
als erstes diesen Beschluss noch in den Abendstunden in die Tat um.  
Mitarbeiter der Abteilung Werterhaltung entfernten das Emblem  
von der Stirnwand des Tagungsraumes.

und Bewertung orientierten. Keine einzige dieser Erklärungen enthielt ein Bedauern oder eine selbstkritische Reflexion der Vergangenheit. Der Verlauf und die Debatte am 28. September war insgesamt ein eindrucksvolles Stück Zeitgeschichte und ein Beispiel dafür, wie junge Demokratien in Licht und Schatten mit dieser schwierigen Materie umgehen können.

Die letzte frei gewählte Volkskammer hat in den wenigen Monaten ihres Bestehens gerade im Bereich der Aufarbeitung von Vergangenheit vieles bewegt. Zentrale Forderungen, die im Herbst 1989 auf den Straßen artikuliert wurden, blieben Gegenstand der politischen Arbeit im Parlament. Gerade auf diesem Gebiet war die Volkskammer ein Stück Fortsetzung der friedlichen Revolution mit parlamentarischen Mitteln, und die SPD-Fraktion war dabei ein wichtiger und treibender Teil. Auch nach dem 3. Oktober 1990 fand diese parlamentarische Arbeit im gesamtdeutschen Bundestag ihre Fortsetzung. Der erste Antrag, der von den ostdeutschen Sozialdemokraten noch vor der gesamtdeutschen Wahl im Dezember dort eingebracht wurde, befasste sich mit der unzureichenden Entschädigung der SED-Opfer. Das Stasi-Unterlagengesetz, das 1991 unter maßgeblicher Beteiligung der Sozialdemokraten verabschiedet worden ist, orientierte sich an den inhaltlichen Vorstellungen des Jahres 1990. Und auch die im ersten Regierungsjahr 1999 von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung eingeleitete Verbesserung des Rehabilitierungsrechts erfüllt Erwartungen des frei gewählten DDR-Parlaments, die im Einigungsvertrag nicht realisiert worden sind. Deshalb gebührt beiden, der Volkskammer und der SPD-Fraktion in ihr, auch aus heutiger Sicht Dank und Anerkennung.

## Die Volkskammerfraktion der SPD und der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

von Edelbert Richter MdB,  
damals Sprecher der SPD-Volkskammerfraktion  
im gemeinsamen Ausschuss »Deutsche Einheit«  
von Bundestag und Volkskammer

### Zur Vorgeschichte:

#### Wie Kohl eine SPD-Mehrheit in Ostdeutschland verhindert hat

Als in der Volkskammer die Debatten um den Staatsvertrag über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion begannen, waren wesentliche Vorentscheidungen schon gefallen. Das muss man wissen, wenn man die Arbeit der SPD-Fraktion richtig einschätzen will. Ich gehe deshalb kurz auf die Vorgeschichte des Vertrages ein.

Wer das Urheberrecht an der Idee einer Währungsunion für sich beanspruchen darf, ist umstritten. Wolfgang Schäuble behauptet in seinem Buch »Der Vertrag«, er habe schon Mitte Dezember 89 dem Bundeskanzler vorgeschlagen, »der Regierung Modrow sofort eine Währungs- und Wirtschaftsgemeinschaft anzubieten«. (S. 21) Das sei aber damals noch als verfrüht eingeschätzt worden. Klaus von Dohnanyi, vom SPD-Parteivorstand beauftragt, über die Strategie der Wiedervereinigung nachzudenken, hat schon am 21. Dezember 89 im »Stern« geschrieben: »Nach vielen Gesprächen bin ich heute überzeugt, dass ... die Währungsunion zu Parität möglich wäre.« Sein Aufsatz fand wenig Beachtung, umso mehr allerdings ein Arbeitspapier von Ingrid Matthäus-Maier, das sie am 26. Januar 90 in der »Zeit« veröffentlichte, und in dem es hieß: »Das sichtbarste Signal für wirtschaft-

lichen Aufschwung in der DDR wäre, die D-Mark als offizielles Zahlungsmittel in der DDR zuzulassen ...«

Aber so groß das Echo war, das ihre Thesen fanden, so gering war die Zustimmung. Denn zum Problem der niedrigen Produktivität der DDR-Industrie und den katastrophalen Folgen, die eine Währungsaufwertung um 300 bis 400 Prozent für den Export haben musste, hatte sie keine Lösung angeboten. Sowohl der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als auch das Bundeswirtschaftsministerium als auch das DDR-Wirtschaftsministerium als auch der Bundesbankpräsident waren der Auffassung, dass zunächst marktwirtschaftliche Reformen in der DDR durchgeführt werden müssten und erst dann an eine Währungsunion gedacht werden könne. Während der geballte ökonomische Sachverstand dies Anfang Februar noch öffentlich bekundete, war jedoch ohne Rücksicht auf ihn im Bundeskanzleramt beschlossen worden, die D-Mark den Ostdeutschen schon für 1990 anzubieten.

Am 7. Februar überraschte der Kanzler mit dieser Entscheidung die Öffentlichkeit. Die offizielle Begründung war, dass damit die Abwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik gebremst werden sollte. Dagegen konnte aber leicht eingewandt werden, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der nach einer solchen Währungsunion zu erwarten war, zu noch mehr Abwanderung führen werde. Der inoffizielle, parteitaktische Grund war, dass nur mit diesem überwältigenden Angebot die CDU die bevorstehenden Volkskammerwahlen noch bestehen konnte, denn ein Sieg der SPD erschien zu diesem Zeitpunkt fast unausweichlich: Nach einer Meinungsumfrage des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, veröffentlicht genau am 6. Februar 1990, lag die SPD bei 59 Prozent, die CDU bei elf Prozent und die F.D.P. bei drei Prozent der Stimmen.

Es gab aber noch einen weiteren, ideologischen Grund für eine schnelle Währungsunion: die wirkliche oder geschürte Angst der Liberal-Konservativen vor allem, was sie »Sozialismus« nannten. Daher musste der Bruch mit dem alten System so radikal wie möglich sein, und es konnte gar nicht mehr unterschieden werden zwischen dem politischen und ökonomischen System einerseits und seinem (ohnehin schon schwachen) wirtschaftlichen Potenzial andererseits. Indem das eine beseitigt werden sollte, musste auch die Zerstörung des anderen in Kauf genommen werden.

Nachdem die Bundesregierung ihre Entscheidung bekannt gegeben hatte, kam es zu massiven Protesten von prominenten Fachleuten, die das Einmaleins der Ökonomie in Erinnerung riefen (Hoffmann vom DIW, Schneider im Namen des Sachverständigenrats, Bundesbankpräsident Pöhl). Sie wurden übergangen oder als Schwarzmalerei abgetan. So wurden die Wahlen mit Hilfe des Geldfetischs gewonnen, und am 20. März verkündete der Kanzler den Termin der Währungsunion.

## **Unsere Korrekturen am Entwurf der Bundesregierung: Wie wir Schlimmeres verhütet haben**

**Das waren die fest umrissenen Bedingungen**, unter denen die erste frei gewählte Volkskammer Anfang April ihre Arbeit aufnahm. Für die SPD-Fraktion konnte es nun nur noch darum gehen, das Schlimmste zu verhüten und im gegebenen Rahmen möglichst viel für die Ostdeutschen »herauszuholen«. Allerdings war die parlamentarische Kontrolle des Regierungshandelns keine leichte Sache, schon deshalb nicht, weil die Volkskammer die Gesetzes- und Vertragstexte meist zu spät in die Hand bekam. In dieser Lage waren wir mitunter dankbar, dass es noch eine vierte Gewalt im Staate gab. Denn als die Bundesregierung am 23. April bekanntgab, sie habe sich über die Grundzüge eines Staatsvertrages mit der DDR verständigt, hatten wir dank der eifrigen Presse schon einen Text dieser »Grundzüge« in der Hand (die tageszeitung, 20. 4. 90). Von Regierungsseite war uns noch 14 Tage danach kein Text zur Verfügung gestellt worden – die SPD-Fraktion hatte lediglich ein internes Arbeitspapier ihrer Minister!

Im ersten Bonner Entwurf brachten unsere Verhandlungspartner wohl ihre Interessen unverblümt zum Ausdruck, um besser feilschen zu können. In der Überschrift war nur in Bezug auf die Währung von einer »Union« die Rede, im Hinblick auf Wirtschaft und Soziales aber von einer »Gemeinschaft«. Obwohl es spitzfindig erscheinen mochte, haben unsere SPD-Vertreter diese einseitige Akzentsetzung beanstandet, denn: Wurde nun, da die Währungsunion an erster Stelle stand, ihre wirtschaftliche und soziale Untermauerung nicht ernst genug genommen, dann mussten die katastrophalen Folgen für Export und Beschäftigung voll durchschlagen. Aus diesem Grunde wurde auch der Satz eingefügt: »Die Sozialunion bildet mit der Währungs- und Wirtschaftsunion eine Einheit.« (Art.1, 4) War es nur ein Versehen, dass in der Präambel dieses wichtigen Vertragswerkes der Ausgangspunkt des Prozesses, der zu ihm geführt hatte, überhaupt nicht erwähnt war: die Herbstrevolution 89?

Artikel 14 (später 15) musste völlig neu geschrieben werden, weil er schlicht davon ausging, dass unsere Landwirtschaft, die schon zusammenzuberechnen begann, von heute auf morgen in die EG integriert werden könne. Recht dürftig war auch der Artikel 15 (später 16) zum Umweltschutz geraten, obgleich schon die Blechlawine rollte, das Sero-System starb und die Müllberge anschwellen. Wir trugen immerhin das Vorsorge-, das Verursacher- und das Kooperationsprinzip nach und brachten den Satz ein: »Bei der weiteren Gestaltung eines gemeinsamen Umweltrechtes werden die Umwelanforderungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland so schnell wie möglich auf hohem Niveau angeglichen und weiterentwickelt.« (Art.16, 4)

In Bezug auf das Arbeitsrecht sollte nach dem Entwurf der Bundesregierung die Aussperrung erlaubt sein (ursprünglich Anlage II, Leitsätze)! Das konnten

unsere Vertreter verhindern, allerdings vielleicht nur deshalb, weil angesichts der steigenden Arbeitslosenzahl die Unternehmer im Arbeitskampf ohnehin im Vorteil sein würden. Nach Artikel 16, 2 sollte die Unfallversicherung wie die anderen Versicherungen zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden, obwohl sie in der alten Bundesrepublik allein von den Arbeitgebern finanziert wurde! Dagegen haben wir uns erfolgreich gewehrt. Die Beitragsätze für die Sozialversicherung sollten ohne weiteres auf das bundesrepublikanische Niveau von 17,95 Prozent angehoben werden. Wir haben durchgesetzt, dass den Empfängern niedriger Einkommen dafür eine Zeitlang ein Ausgleich gewährt wurde. Im Papier der Bundesregierung war von »Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik wie berufliche Bildung und Umschulung« nichts zu lesen. Arbeitslose konnten bald ermessen, wie wichtig es war, dass der entsprechende Satz noch aufgenommen wurde. (Art. 19) Und Rentner waren sicher angesichts der steigenden Preise froh, dass das Prinzip der Mindestrente für eine Übergangszeit in Anwendung blieb (Art. 20) – was von der Bundesregierung ursprünglich auch nicht vorgesehen war.

#### **Ungelöste Probleme:**

#### **Was die ostdeutsche Wirtschaft bis heute belastet**

**Freilich konnte eine ganze Reihe von Problemen** in den Verhandlungen nicht annähernd gelöst werden. Ich nenne drei, die deshalb besonders wichtig sind, weil es bei ihnen um die Überführung des so genannten Volkseigentums in verantwortliches Eigentum ging.

Der Staatsvertrag bestimmte paradoxerweise, dass den »volkseigenen« Betrieben im Zusammenhang mit der Währungsumstellung die Schulden, die sie bei der Staatsbank hatten, nicht erlassen werden. Wusste man nicht, dass es sich um staatlich geleitete Betriebe handelte, die Kredite auf staatliche Anweisung hin aufgenommen worden waren? Es waren im Grunde Schulden, die der Staat gemacht hatte! Wenn man sie den Betrieben anrechnete, dann musste man ihnen andererseits auch die Gewinne anrechnen, die sie Jahr für Jahr an den Staat hatten abführen müssen. Außerdem: Wie vertrug sich diese Belastung der Betriebe mit der erklärten Absicht der Bundesregierung, den industriellen Aufschwung im Osten fördern zu wollen? Behielten die Betriebe die Schulden, dann war der Neubeginn nicht nur psychologisch erschwert, dann mussten sie auch hohe Zinsen zahlen und bekamen vielleicht nicht die Kredite, die sie zur Modernisierung so notwendig brauchten. War hier nun die wirtschaftsliberale Strategie der »schöpferischen Zerstörung« am Werke oder das Interesse, westlichen Unternehmern möglichst viel an Konkursmasse zum Kauf anbieten zu können? Die Paradoxie



27. 7. 90, Berlin: Die DDR-Sozialdemokraten bleiben in der Regierungskoalition. Das teilte Parteichef Wolfgang Thierse – hier im Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Richard Schröder (r.) vor der Fraktionssitzung – in einer gemeinsamen Erklärung von Parteivorstand und Fraktion mit.

wurde später dadurch in gewisser Hinsicht aufgelöst, dass der Schuldendienst von der Treuhand übernommen wurde.

Eine weitere Frage, die der Staatsvertrag nicht beantwortete, sondern aufwarf, hieß: Was sollte mit den Erlösen aus der Privatisierung des von der Treuhandanstalt verwalteten riesigen Volksvermögens geschehen? Artikel 10, 6 sah vor, dass »nach seiner vorrangigen Nutzung für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts ... den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung 2 zu 1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen eingeräumt werden kann«. Das war von dem lange diskutierten Gedanken übrig geblieben, mit dem sogenannten »Volkseigentum« endlich einmal Ernst zu machen und es über Anteilscheine unter den Bürgern aufzuteilen. Aber auch daraus wurde bekanntlich nichts.

Der Staatsvertrag meinte es freilich mit dieser Idee ohnehin nicht sonderlich ernst. Denn in den Artikeln 26 (4) und 27 (3), die ebenfalls die Verwendung des Volksvermögens behandelten, war sie gar nicht mehr in Betracht gezogen. Außerdem gab es zwischen diesen Artikeln einen schwerwiegenden Widerspruch! Der eine besagte, die Erlöse aus der Privatisierung sollten vorrangig für die Strukturanpassung der Wirtschaft und für die Sanierung des Staatshaushalts genutzt werden (wobei das »und« sehr viel offen ließ!); der andere jedoch ging davon aus, dass jene Erlöse nicht einmal ausreichen würden, um den Staatshaushalt zu sanieren, so dass für Zwecke der Strukturanpassung gar nichts mehr übrig bleiben würde. Er kam der Realität noch am nächsten.

Eine dritte Regelung des Vertrags hat Auswirkungen bis heute. Wenn auch viele Produktionsanlagen in der DDR nicht mehr viel wert waren, so gab es doch immerhin reichlich Grund und Boden in günstiger Lage. Das war neben den qualifizierten Arbeitskräften beinahe der einzige Schatz, der geblieben war. Da die Marktwirtschaft zwar den Handel mit Grund und Boden einschließt, dieser aber mehr als jedes andere Gut soziale und ökologische Verantwortung erheischt – und zudem die Bodenpreise in der DDR ja lächerlich niedrig waren –, galt es, diesen Schatz zu hüten und vor Spekulation zu schützen. Dazu hatten die beteiligten Fraktionen schon in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: »Spekulation mit Grund und Boden ist durch Bau- und Bodenrecht zu verhindern ... Die Vorteile des in der BRD gültigen Erbbaurechts einschließlich der sich daraus ergebenden Pacht- und Nutzungsrechte sind in der Übergangsphase bevorzugt einzusetzen. In einer Übergangszeit von 10 Jahren kann natürlichen und juristischen Personen, die an einem bestimmten Stichtag nicht ihren Sitz in der DDR haben, grundsätzlich nur ein Erbpachtrecht mit Vorkaufsrecht nach Ende der Übergangszeit zu den dann marktüblichen Preisen eingeräumt werden. Vor Begründung von Erbpachtrecht besteht eine zeitlich begrenzte Anbieterspflicht an natürliche und juristische Personen aus der DDR.«

Dagegen wurde in den Verhandlungen von Seiten der Bundesregierung immer wieder eingewandt, ohne die Möglichkeit des unbeschränkten Erwerbs von Grund und Boden seien die Chancen, dass bei uns investiert würde und die dafür notwendigen Kredite bereitgestellt würden, gering. Wir brauchten aber nichts dringender als Investitionen, und in der Tat war das erwartete große Engagement westlicher Unternehmen in der DDR ja bisher ausgeblieben. So mussten wir uns beugen und Anlage IX des Staatsvertrages akzeptieren, die den Eigentumserwerb privater Investoren an Grund und Boden mit nur einer Einschränkung freigab: Der zunächst vereinbarte Grundstückspreis könne nach einer Übergangsfrist überprüft und nachträglich an die inzwischen gestiegenen Preise angeglichen werden. Dabei müsse jedoch »die Übergangszeit kurz und die Kalkulierbarkeit der Belastung für den Erwerber gewährleistet sein« (Anl. IX, Ziffer 4). Wir konnten

nur weiteren Klärungsbedarf anmelden, noch einmal an das in der Bundesrepublik gültige Erbbaurecht erinnern und die Regierungen auffordern, in Erläuterungen zum Vertrag doch noch weitergehende »gesetzliche Regelungen zur Verhinderung von Spekulationen mit Grund und Boden« zuzulassen (Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses vom 8. Juni 1990). Dem sind die Regierungen jedoch nicht gefolgt.

#### **Schluss:**

#### **Warum wir dem Vertrag dennoch zugestimmt haben**

**Manchem Außenstehenden mag es unbegreiflich** erscheinen, dass wir dem Vertrag trotz der beschriebenen schweren Mängel am 21. Juni schließlich zugestimmt haben. Dagegen ist zunächst wieder an die restriktiven Ausgangsbedingungen zu erinnern, unter denen die Fraktion ihre Arbeit am Vertragswerk aufnahm, und zugleich daran, dass politisches Handeln sich nie seine Bedingungen aussuchen kann, sondern bekanntlich immer die Kunst des Möglichen ist. Angesichts dessen hatten wir in den Verhandlungen immerhin manches erreicht, und es wäre politisch falsch gewesen, um hehrer Prinzipien willen das Erreichte wieder zu gefährden. Zweitens war zum Zeitpunkt der Abstimmung schon klar, dass es wegen der zahlreichen ungelösten oder noch gar nicht erörterten Probleme der Vereinigung weitere Verhandlungen und einen zweiten Staatsvertrag (den späteren Einigungsvertrag) geben müsse. Also ging es jetzt in bestimmter Hinsicht doch nur um eine vorläufige Entscheidung. Drittens aber muss man sich daran erinnern, unter welch enormem Zeitdruck wir standen! Nicht nur hielt die Ausreisewelle weiter an, auch außenpolitisch schienen sich gerade im Juni für den Vereinigungsprozess von Seiten der Sowjetunion noch einmal unüberwindliche Hindernisse aufzutürmen. Unser tiefstes Motiv für die Zustimmung zum Staatsvertrag war ja aber, dass wir die Vereinigung wollten – nicht um jeden Preis, aber der Preis, der jetzt zu zahlen war, erschien uns doch nicht zu hoch.

# Außenpolitische Aktivitäten der SPD-Volkskammerfraktion

von Eberhard Brecht MdB,  
damals außenpolitischer Sprecher der SPD-Volkskammerfraktion

**Gemessen an der Bedeutung des »Zwei-plus-Vier-Vertrages«** für Deutschland und die europäische Sicherheitspolitik spielte die Außenpolitik in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR keine herausragende Rolle. Zu sehr waren die frisch gebackenen Volksvertreter nach dem Sturz des SED-Regimes und in der Übergangsphase auf dem Weg zur deutschen Einheit mit den schwierigen inneren Problemen der DDR befasst, zu gering war der eigene außenpolitische Handlungsspielraum eines Staates, der sich kurz- oder mittelfristig mit dem westlichen Deutschland zu vereinen gedachte und zu kurz war die Existenz dieses Parlamentes, als dass deren Mitglieder ausreichende internationale Erfahrungen sammeln konnten, um beispielsweise den profilierten Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages fachlich Paroli bieten zu können. Dennoch begegneten sich die Abgeordneten aus West und Ost auf gleicher Augenhöhe, weil letztere sich selbstbewusst als Vertreter der DDR-Bürgerrechtsbewegung verstanden, die unter Inkaufnahme persönlicher Risiken auch zur Überwindung der friedensbedrohenden Blockkonfrontation beigetragen haben.

Woher kamen wir, die ersten SPD-Außenpolitiker? In Übereinstimmung mit der damals typischen soziologischen Zusammensetzung der SPD-Aktivisten waren es überwiegend Theologen und Naturwissenschaftler oder Techniker aus Nischen der DDR-Gesellschaft, die sich alle für Außenpolitik interessierten und

im Durchschnitt zwar schlecht, aber immer noch eine Spur besser englisch sprachen als die übrigen Parlamentarier. Mit Markus Meckel stellte die SPD den neuen DDR-Außenminister und mit Hans Misselwitz dessen Staatssekretär. Daneben agierten Ulrich Stockmann, Edelbert Richter, Rüdiger Natzius, Thomas Krüger, Frank Heltzig und Eberhard Brecht für die SPD im Auswärtigen Ausschuss. Als Berater standen uns Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, Vertreter der DDR-Friedensbewegung und einige Reformer aus der früheren DDR-Außenpolitik zur Seite.

Gleich nach Konstituierung des Auswärtigen Ausschusses der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer am 25. April 1990 begann eine Grundsatzdiskussion darüber, ob denn diese sich auf die deutsche Einheit zubewegende DDR eigene außenpolitische Akzente setzen oder sich nur als Verweserin eines gescheiterten Regimes verstehen sollte. Hinter dieser Debatte stand natürlich auch die über den Weg zur Einheit, also darüber, ob sich zwei gleichberechtigte deutsche Staaten nach Artikel 146 GG vereinigen, oder ob die DDR sich nach Artikel 23 GG der Bundesrepublik Deutschland anschließen sollte. Konnte ein Land, dessen Lebenszeit zweifelsohne begrenzt war, noch internationale Verträge kündigen, ändern oder ratifizieren? Konnten wir Ostdeutschen die friedenspolitischen Ansätze der DDR-Opposition in das vereinigte Deutschland einbringen? Wie realitätstauglich waren diese Ideen unter den jetzt völlig geänderten außenpolitischen Bedingungen? Für die Liberalen erklärte Dr. Johannes Kney, wir benötigten »keine unnötige Eigenständigkeit, keine vorgetäuschte Selbstüberschätzung in der DDR-Außenpolitik«. Ähnlich sahen dies CDU und DSU. Dagegen zeigten sich die Abgeordneten von SPD und Bündnis 90 davon überzeugt, dass insbesondere der Einigungsprozess nur dann erfolgreich sein könne, wenn er auch von unserer Seite her europaverträglich gestaltet würde. Der Weg in die Einheit unseres Landes sollte auch die Sorgen und Interessen unserer östlichen Nachbarn berücksichtigen. Und wer sollte besser Anwalt der Menschen im Osten und Südosten Europas sein, wenn nicht wir, die wir mit ihnen in den vergangenen 40 Jahren mit demselben System leben mussten und zu denen wir berufliche und private Beziehungen hatten.

Im Zentrum der Tätigkeit des Außenpolitischen Ausschusses der DDR-Volkskammer stand der »Zwei-plus-Vier-Vertrag«, die außenpolitische Grundvoraussetzung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Es ging dabei um Grenzfragen, weitere Reparations- und Entschädigungsleistungen für die Opfer von Krieg und Gewalt, die Statusregelung für Berlin und um die umstrittene Notwendigkeit eines Friedensvertrages. Eine Schlüsselfrage, mit der sich nicht nur die Außenpolitiker im Rahmen des Einigungsprozesses zu befassen hatten, war das Problem der Blockzugehörigkeit und der Stationierung von NATO-Truppen auf dem Gebiet der DDR. Kein anderes außen- oder sicherheitspolitisches Thema wurde so intensiv diskutiert. In einer Aktuellen Stunde am 29. Juni 1990 forderte

die PDS die »Überwindung der Blöcke« und wandte sich scharf gegen eine NATO-Mitgliedschaft. Die DSU am anderen Ende des Spektrums sah im Versuch, politisch-militärische Fragen zu lösen, nur ein verzögerndes Hindernis auf dem Weg zur Vereinigung. Die SPD und Bündnis 90 hingegen versuchten, die Bündnisfrage konsensfähig zu beantworten: NATO-Mitgliedschaft als Übergangslösung bis zum Aufbau geeigneter KSZE-Strukturen. In der Zwischenzeit sollten auf dem Gebiet der DDR keine NATO-Truppen stationiert oder ABC-Waffen gelagert werden. Zudem wurde ein Verzicht der NATO auf das Konzept der Vorverteidigung und der Ersteinsatzoption von Nuklearwaffen angestrebt. Dahinter stand der Wunsch, den deutschen und den europäischen Einigungsprozess miteinander zu verbinden. Diese Position hat sich nicht durchgesetzt. Der damalige DDR-Außenminister Markus Meckel hat dies in einer Rede am 20. September 1990 unter anderem auf die zu hohe Geschwindigkeit des Einigungsprozesses zurückgeführt. Damals war diese Position der Versuch, machtpolitische Realitäten anzuerkennen, aber dennoch nicht auf die Vision zu verzichten, das Ende des Kalten Krieges, die Vereinigung Deutschlands und Europas könne auch zur Überwindung des militärischen Blockdenkens führen. In der Wahlkreisarbeit – soweit man in der arbeitsintensiven Volkskammerzeit überhaupt von einer solchen sprechen konnte – machten wir Abgeordneten eine interessante Erfahrung: Obwohl es zur deutschen Einheit eine überwältigende Zustimmung in der DDR-Bevölkerung gab, wurde eine NATO-Mitgliedschaft – vor allem durch das jahrzehntelang gepflegte Feindbild – doch mehrheitlich abgelehnt. Seltsamerweise wurde den wenigsten DDR-Bürgern bewusst, dass wir mit der deutschen Einheit nun auch Mitglied der einst misstrauten NATO wurden.

Bestanden bei der Blockzugehörigkeit Meinungsunterschiede zwischen den Fraktionen, so herrschte in der Frage der polnischen Westgrenze Einigkeit. Unter lang anhaltendem Applaus wurde am 21. Juni 1990 bei sechs Gegenstimmen und 18 Enthaltungen die deutsch-polnische Grenze von 1950/51 als verbindlich festgelegt. Als Beitrag zu einem vereinigten Deutschland in einem friedlichen Europa hat die Volkskammer – genauso wie der Bundestag und die Republik Polen – ein für alle Mal auf Gebietsansprüche verzichtet.

Eine der größten Sorgen unserer europäischen Nachbarn war damals, dass die deutsche Vereinigung nicht nur zu einer dominierenden Wirtschaftsmacht, sondern auch zu einem wiedererstarkten deutschen Nationalismus führen könnte. Möglicherweise hatte auch so mancher Abgeordnete selbst die Sorge, dass sich im Einigungstaukel deutsche Geschichte in tragischer Weise wiederholen könnte; glücklicherweise ist uns dies durch die Besonnenheit der Menschen in West und Ost erspart geblieben. Ein Großteil der außenpolitischen Arbeit in der Volkskammer war daher darauf gerichtet, dieser Befürchtung unserer Nachbarn zu begegnen und sich auch selbst an multilaterales Handeln wie im »Zwei-plus-Vier-Ver-

trag« zu binden. Die Fraktionen der Volkskammer entschieden sich auf ihrer zweiten Tagung am 12. April 1990 für einen wichtigen Schritt, in dem sie im Namen der Deutschen in der DDR die Juden in aller Welt für die Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder um Verzeihung baten. Diese Geste war deshalb notwendig, weil sich die DDR stets als Erbe der humanistischen Traditionen verstand, während sie deutsche Schuld als Bestandteil westdeutscher Erbmasse zu propagieren suchte. Gleichzeitig distanzierte sich die Volkskammer scharf von der früheren Politik der SED und bat um Verzeihung für »Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Lande«. Deshalb wurde auch am 22. Juli 1990 die Zustimmung der DDR-Regierung aus dem Jahr 1975 zur UN-Resolution Nr. 3379 revidiert, die den Zionismus als eine Form des Rassismus und der rassischen Diskriminierung bezeichnet hatte. Die Volkskammer distanzierte sich in ihrem Beschluss in aller Form »von der hierzulande jahrzehntelang praktizierten antiisraelischen und antizionistischen Politik«.

Auch in Hinblick auf die Niederschlagung demokratischer Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China im Juni 1989 hat die Volkskammer in aller Deutlichkeit und mit nur einer Enthaltung die damalige Zustimmung der DDR für den chinesischen Gewalteininsatz kritisiert und der Opfer des Militäreinsatzes gedacht. Deren mutiges Eintreten für Demokratie hatte damals auch der jungen Demokratiebewegung in der DDR wichtige Impulse gegeben. Gleichzeitig konnte die Volkskammer nun erstmals die Menschenrechtsverletzungen in China und insbesondere in Tibet anprangern.

Ein anderes wichtiges Anliegen der Volkskammer, insbesondere aber von Bündnis 90 und der Sozialdemokraten, war die Unterstützung demokratischer Entwicklungen in unseren östlichen und südöstlichen Nachbarländern. So wurde beispielsweise anlässlich neuer Verfolgungen in Rumänien von der SPD-Fraktion am 15. Juni 1990 eine Erklärung vorgelegt und mit Beifall bedacht, in der die Volkskammer in Rumänien Demokratie anmahnte und ihre Solidarität mit denen bekundete, die ihrer demokratischen Gesinnung wegen erneut verfolgt, gequält und misshandelt wurden. Auch die Entwicklung in Albanien hat die Volkskammer kritisch begleitet. Ein Antrag der SPD wurde mit großer Mehrheit angenommen, der sich mit den Botschaftsbesetzungen in Tirana im Sommer 1990 befasste. Die albanische (damals noch nicht demokratisch legitimierte) Volksversammlung wurde aufgefordert, sich für eine friedliche Lösung der Probleme des Landes einzusetzen und Albanien aktiv in den KSZE-Prozess einzubeziehen.

In die Reihe außenpolitischer Aktivitäten der ersten frei gewählten Volkskammer, mit denen frühere Entscheidungen der SED korrigiert wurden, gehörte auch das Bedauern, dass die DDR militärische Ausrüstungsgüter in Krisengebiete gelie-



21. 6. 90, Berlin: Volkskammertagung  
Während der Tagung stimmten die Abgeordneten  
des DDR-Parlaments einer Entschließung  
zur politischen Westgrenze zu.

fert und so eine Eskalation von Konflikten mitunter begünstigt hat. Anlass hierzu war die Okkupation Kuwaits durch den Irak, die im Parlament mit großer Mehrheit verurteilt wurde.

In Zusammenarbeit mit den Innenpolitikern bemühte sich der Auswärtige Ausschuss der Volkskammer um ein praktikables Asyl- und Ausländerrecht, da die ehemalige DDR-Regierung trotz der verordneten Freundschaftsbekundungen keine klaren und einklagbaren Regelungen getroffen hatte. Deshalb sollte die Situation der in der DDR lebenden Ausländer verbessert werden. Am 8. Juni wurde in der Volkskammer die wachsende Ausländerfeindlichkeit geißelt und ein ausreichender Rechtsschutz für ausländische Arbeitnehmer gefordert. Gerd Poppe vom Bündnis 90 forderte darüber hinaus ein handhabbares Asylrecht. Die SPD unterstützte demgegenüber die von Ministerpräsident de Maizière getroffene

## Die Einigungs- vertragsverhandlungen

von Richard Schröder,  
damals Vorsitzender der SPD-Volkskammerfraktion

Einreisebeschränkung als vorübergehende Notlösung, um soziale Spannungen zu vermeiden. Nach der Vereinigung wollte aber auch sie an einem eindeutigen Asylrecht auf der Grundlage der in der Bundesrepublik schon bestehenden Regelungen mitarbeiten, das sich an der Genfer Flüchtlingskonvention zu orientieren habe. Für die SPD verwies Eberhard Brecht zudem auf das Schengener Abkommen, gegen dessen Regelungen im Reiseverkehr keine nationalen Standards entwickelt werden sollten. Quer durch alle Fraktionen bestand Konsens darüber, dass eine völkerrechtskonforme Ausländerpolitik vonnöten ist. Im Oktober 1990 wurde schließlich das Asylrecht der Bundesrepublik auch für das Gebiet der ehemaligen DDR übernommen und seitdem mehrfach novelliert.

Es wäre vermessen zu behaupten, der Auswärtige Ausschuss des ersten frei gewählten Parlaments der DDR im Allgemeinen und die SPD-Außenpolitiker insbesondere hätten mit ihren 11 Sitzungen und den wenigen Debatten im Plenum die Außenpolitik des vereinten Deutschlands nachhaltig geprägt. Aber ohne die kritische fachliche Begleitung der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, ohne die massiv vorgetragene moralische Wende in der Außenpolitik, ohne die aus der DDR-Friedensbewegung stammenden Denkansätze stände die Legitimation einer gesamtdeutschen Außenpolitik mit der Westintegration auf der einen und der Osterweiterung europäischer Institutionen auf der anderen Seite heute auf tönernen Füßen.

**Als nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989** die Möglichkeit der deutschen Einigung, zuvor schon von sächsischen Demonstranten gefordert, unverhofft ins Reich des Möglichen trat, wurden zunächst sehr vorsichtige Planungen vorgetragen. Helmut Kohl machte im Dezember 1989 den Vorschlag einer Konföderation beider deutscher Staaten und erregte selbst damit Unwillen bei einigen Verbündeten. Aber bereits die Regierung Modrow begann Anfang 1990 mit Gesprächen über eine mögliche Währungsunion. Nachdem Gorbatschow erklärt hatte, dass die Deutschen über ihr Schicksal selbst bestimmen können, belebte sich die Diskussion um das Wie der deutschen Einigung. Sie wurde zum Hauptthema des Wahlkampfes für die ersten freien Volkskammerwahlen, die der Runde Tisch nach harten Auseinandersetzungen auf den 18. März 1990 festgelegt hatte.

Zwei Positionen standen sich schroff gegenüber. Die einen wollten die Einheit schnell und entdeckten als geeignetsten Weg den Artikel 23 des Grundgesetzes, der den Geltungsbereich des Grundgesetzes durch Aufzählung der westlichen Bundesländer sowie Berlins beschrieb und mit dem Satz schloss: »In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.« Nach diesem Artikel war seinerzeit das Saarland zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten. Die anderen sahen in Artikel 146 des Grundgesetzes den richtigen Weg: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in

Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Befürworter des einen wie des anderen Weges fanden sich in Ost und West. Für Artikel 23 sprach, dass er schnell und unkompliziert gangbar war. Die Volkskammer brauchte nur den Beitritt zu erklären, es bedurfte dazu nicht einmal einer Zustimmung des Bundestages. Dies betrachteten diejenigen als unschätzbaren Vorteil, die davon ausgingen, dass sich die politische und wirtschaftliche Ordnung der Bundesrepublik im Wesentlichen bewährt hat, also übernommen werden kann. Aber auch wer die Besorgnis hatte, Gorbatschows Kurs könnte durch innersowjetische Entwicklungen abgebrochen werden, musste die Schnelligkeit des Verfahrens nach Artikel 23 schätzen.

Diejenigen, die für Artikel 146 plädierten, forderten eine langsamere Gangart mit Hinweis auf die gewaltigen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten, aus denen sich ein gewaltiger Regelungsbedarf und also auch ein großer Zeitbedarf für die Annäherung ergebe. Sie wünschten, dass aus den beiden deutschen Staaten etwas Neues wird mit einer neuen, nun zu erarbeitenden Verfassung, über die ebenso wie über die Vereinigung eine Volksabstimmung entscheiden sollte. Auf östlicher Seite waren die CDU und die DSU für den Weg nach Artikel 23. Die PDS und Bündnis 90 waren entschieden dagegen. »Art.23: Kein Anschluss unter dieser Nummer«, lautete ein Wahlplakat von Bündnis 90. Sie sahen sich durch das Konzept einer schnellen deutschen Vereinigung in ihrem Bemühen gestört, die DDR erst einmal zu reformieren und dabei nach »dritten Wegen« Ausschau zu halten. Die PDS wiederum sah ganz richtig die Gefahr ihres Bedeutungsverlustes im Falle einer schnellen deutschen Einigung. Die Ost-SPD war in dieser Frage gespalten. Am Rande des Leipziger Parteitags der Ost-SPD (22.-25. Februar 1990) hatten Markus Meckel und einige weitere östliche Sozialdemokraten – auch ich war dabei – sich mit Vertretern der westdeutschen SPD darauf verständigt, den Weg nach Artikel 23 jedenfalls nicht auszuschließen.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Volkskammerwahl verständigten wir uns auf einen Weg, den man als Mittleres zwischen jenen beiden Positionen deuten kann: zwar Beitritt, aber zuvor Beitrittsverhandlungen. Ziel der Koalition ist es, »die Einheit Deutschlands nach Verhandlungen mit der BRD auf der Grundlage des Art. 23 GG zügig und verantwortungsvoll für die gesamte DDR gleichzeitig zu verwirklichen und damit einen Beitrag zur europäischen Friedensordnung zu leisten«. »Übereinstimmung besteht darin, dass der Prozess der deutschen Einigung mit parlamentarischer Beteiligung gestaltet wird«. So steht es in der Koalitionsvereinbarung.

In dieser war nur von einem Staatsvertrag, dem »über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion«, die Rede. Es zeigte sich aber sehr bald für beide Seiten, dass dieser eine Staatsvertrag nicht genügte. Noch vor Abschluss des ersten Staatsvertrags bestand Einigkeit sowohl in der Koalition als auch mit der

westlichen Seite, dass ein zweiter Staatsvertrag nötig wurde, um die wichtigsten Rechtsfragen beim Übergang der DDR in das vereinigte Deutschland zu regeln. Bald fand sich dafür der Name »Einigungsvertrag«. Unter den zu regelnden Fragen stand für die Öffentlichkeit an erster Stelle die Eigentumsfrage, zu der die beiden deutschen Regierungen bereits am 15. Juni 1990 eine Grundsatzklärung abgegeben hatten. Aber auch die Frage des Schwangerschaftsabbruchs fand verständlicherweise ein sehr großes öffentliches Interesse. In der DDR galt eine Fristenregelung, aber die war vom Verfassungsgericht der Bundesrepublik für diese verworfen worden. Von hoher symbolischer Bedeutung war die Hauptstadtfrage. Trotz der gegenteiligen Beteuerungen in Sonntagsreden wurde von westlicher Seite sehr lautstark gefordert, Bonn müsse auch im vereinigten Deutschland Hauptstadt bleiben. Lothar de Maizière hatte schon sehr früh für die DDR-Koalition erklärt, einen Vertrag, der nicht Berlin als Hauptstadt des vereinigten Deutschland ausweist, werde er nicht unterschreiben. Aber auch der Zeitpunkt des Beitritts musste noch bestimmt werden. Zudem standen zum Ende des Jahres 1990 Bundestagswahlen an. Seit Mitte des Jahres war allen klar, dass das die ersten gemeinsamen deutschen Bundestagswahlen werden würden. Aber wie sollte sich diese Wahl vollziehen: in einem einheitlichen Wahlgebiet mit einheitlicher Sperrklausel oder in zwei getrennten Wahlgebieten? Vor oder nach oder zusammen mit dem Beitritt? Spätestens seit Anfang 1990 war es Konsens in der DDR, dass die alten Länder wiedererrichtet werden sollten. Auch dafür waren Wahlen nötig. Wann sollten sie im eng werdenden Terminkalender der deutschen Einigung stattfinden? Diese »Neuen Bundesländer«, wie sie später genannt wurden, mussten mit Vermögen und Finanzen ausgestattet werden – aber wie? Diese Frage rief die westlichen Bundesländer auf den Plan. Und schließlich war der Beitrittstermin mit dem Fortgang der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zu koordinieren.

Aber das waren nur die großen öffentlich diskutierten Fragen. In Wahrheit gab es Regelungsbedarf in allen Lebensbereichen. Der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als der westliche Verhandlungsführer machte den Vorschlag, möglichst weitgehend DDR-Recht für eine Übergangszeit in Geltung zu belassen. Er musste sich von den östlichen Fachleuten darüber belehren lassen, dass das nur sehr begrenzt möglich sein wird, weil das DDR-Recht zu weitgehend auf die spezifischen DDR-Verhältnisse bezogen ist und deshalb unter rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen nicht praktikabel ist. Damit war klar, dass die Regelungen bis in die Details gehen mussten. Überschattet waren die Verhandlungen zudem durch die einsetzenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus dem Ersten Staatsvertrag. Dies ungefähr zeichnete sich bereits im Juni 1990, also noch vor dem Inkrafttreten des Ersten Staatsvertrags, als Regelungsbedarf ab.

Der erste Staatsvertrag war auf der Grundlage eines Entwurfs aus den westdeutschen Ministerien verhandelt worden, weil sich Volkskammer und Regierung

noch in ihrer Konstituierungsphase befanden. Das war auf verständliche, wenn auch kaum zu berücksichtigende Kritik gestoßen, sofern man diesen Schritt auch der Unumkehrbarkeit des Einigungsprozesses wegen schnell vollziehen wollte. Für den Zweiten Staatsvertrag wurde auf der DDR-Seite ausdrücklich vereinbart, dass jede Koalitionsfraktion ihren Themenkatalog vortragen sollte. Das geschah dann auch und führte zu einer Synopse, die in die Formulierung der DDR-Verhandlungsposition einging.

Da es sich um einen Staatsvertrag handelte, lag die primäre Zuständigkeit bei den Regierungsdelegationen, die den Vertragstext auszuhandeln hatten, der dann den beiden Parlamenten zur Ratifizierung vorzulegen war. An der östlichen Verhandlungsseite war die Ost-SPD durch ihre Minister und Staatssekretäre beteiligt. Die Arbeit vollzog sich zunächst und vor allem in bilateralen Ressortgesprächen. Der Verhandlungsstand und die Präzisierung von Verhandlungspositionen waren regelmäßig Thema im Koalitionsausschuss.

Die westliche Seite hatte die Vertretung der westlichen Bundesländer mit in ihre Verhandlungsdelegation aufgenommen, so dass, wie mir berichtet wurde, oft der Eindruck entstand, es würden drei Parteien am Tisch sitzen, und gelegentlich sollen die Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern heftiger gewesen sein als die zwischen Ost und West, dann nämlich, wenn es darum ging, wie sich die Kosten der Einheit auf Bund und Länder verteilen sollen. Daneben hatten die beiden Parlamente Ausschüsse zur deutschen Einheit gebildet, die gelegentlich auch gemeinsam tagten.

Schließlich gab es die regelmäßigen Abstimmungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien und ihren Fraktionen. Da gab es sehr produktive und menschlich erfreuliche Kooperationen auf der Fachebene, aber bei den Spitzengesprächen mit dem Kanzlerkandidaten der SPD auch Tonfälle, an die einer sich erst gewöhnen musste. Stärker als andere Fraktionen hat sich die SPD-Fraktion in ihren Arbeitskreisen fortwährend mit den Themen des Einigungsvertrags beschäftigt, obwohl sie naturgemäß nur indirekt auf die Vertragsverhandlungen einwirken konnte.

Die heftigsten Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition gab es um den Wahltermin und den Wahlmodus zu den gemeinsamen Bundestagswahlen sowie zum Beitrittstermin. Am 2. Juli fasste der Koalitionsausschuss ins Auge, die Landtagswahlen am 14. Oktober und die gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember stattfinden zu lassen. Offen blieb die Frage des Beitrittstermins, den sich der Ministerpräsident am Vortag der Wahl wünschte, und die Frage, ob in einem einheitlichen Wahlgebiet nach einheitlicher Sperrklausel oder in getrennten Wahlgebieten nach getrennt berechneter Sperrklausel gewählt werden soll. Da das zugleich ein Streit um Wahlchancen war, nahm er unverhältnismäßig (im Nachhinein muss man sogar sagen: unververtretbar) viel Zeit und Kraft in Anspruch. Die

Geschichte des dritten Staatsvertrags, des Wahlvertrags nämlich, der im ersten Anlauf wegen des unangekündigten Fehlens einiger SPD-Abgeordneter scheiterte (was zu harten Auseinandersetzungen in der Fraktion führte), im zweiten Anlauf zwar zustande kam, aber dann vom Verfassungsgericht korrigiert wurde, soll hier nicht ausführlicher beschrieben werden. Am Ende fand die erste gemeinsame Bundestagswahl am 2. Dezember in zwei getrennten Wahlgebieten mit getrennter Fünf-Prozent-Sperrklausel statt, wie es der Ministerpräsident gefordert und die SPD zu verhindern gesucht hatte.

Diese Auseinandersetzungen, verbunden mit denen um den Beitrittstermin, führten zusammen mit dem wachsenden Problemdruck bereits am 24. Juli fast zum Austritt der SPD aus der Koalition. Der Vorstand der Ost-SPD, der von Anfang an der Koalition skeptischer gegenüberstand als die Fraktion (die Anhänger von Ibrahim Böhme waren im Vorstand stark vertreten), forderte die SPD-Fraktion zum Austritt aus der Koalition auf. Gleichzeitig trat die FDP aus der Koalition aus, beließ aber merkwürdigerweise ihre Minister im Kabinett. Diesmal konnte der Koalitionsaustritt durch eine Aussprache des Ministerpräsidenten mit der SPD-Fraktion verhindert werden. Als er aber zwei SPD-Minister ohne Absprache im Koalitionsausschuss entließ, trat am 19. August auch die SPD aus der Koalition aus. Ich bin daraufhin als Fraktionsvorsitzender zurückgetreten, weil ich es für unzumutbar hielt, namens der Fraktion einen Misstrauensantrag gegen denselben Ministerpräsidenten vorzutragen, der trotz meiner Kritik an unüberlegten Aktionen mein Vertrauen in seine Redlichkeit – und mein Verständnis für seine übermenschliche Beanspruchung weiterhin hatte. Auch die Minister Hildebrandt und Terpe sowie der Staatssekretär Ziel hatten gegen den Koalitionsaustritt gestimmt mit dem Argument, dass ihr Rückzug aus den Einigungsverhandlungen die DDR-Position schwächen werde. Der Parteivorsitzende Wolfgang Thierse übernahm dann den Fraktionsvorsitz.

Für den Fortgang des Einigungsprozesses hat die Tatsache, dass die Regierung de Maizière nun keine verfassungsändernde Mehrheit mehr hatte, wie sie für den Einigungsvertrag nötig war, zum Glück keine Rolle mehr gespielt. Am 23. August konnte in einer vom Ministerpräsidenten kurzfristig anberaumten Sondersitzung der Volkskammer früh am Morgen der Beitrittsbeschluss zum 3. Oktober gefasst werden. Das war der frühestmögliche Termin unter Berücksichtigung des Zweipius-vier-Prozesses, denn am 1. Oktober sollten die Ergebnisse dieser Verhandlungen der KSZE vorgelegt werden. Glücklicherweise gab die SPD ihre Forderung nach Beitritt zum 15. September auf, die eine außenpolitische Taktlosigkeit war. Nach meiner Erinnerung stammte sie vom Kanzlerkandidaten der SPD. Sie schwenkte, wie vorher besprochen, zusammen mit den anderen Fraktionen der zerbrochenen Koalition auf den 3. Oktober ein.

Unvergesslich bleibt mir, wie Gregor Gysi nach diesem Beschluss noch einmal

das Wort ergriff und mit Emphase erklärte: »Damit haben Sie das Ende der DDR beschlossen.« Offenbar rechnete er mindestens mit nachdenklichen Gesichtern. Die Reaktion der Mehrheit des Hauses aber war heiterer Beifall. So verschieden waren die Erfahrungen mit der DDR in der DDR. Und als am 20. September der Einigungsvertrag beschlossen wurde, gab es noch einmal Gelächter, nämlich bei der Fraktion Bündnis 90, weil die Partner der zerbrochenen Koalition noch einmal gemeinsam für den Einigungsvertrag stimmten. Aus der SPD-Fraktion gab es nur zwei Gegenstimmen.

Das hatte zuvor bei der Probeabstimmung in der Fraktion noch anders ausgesehen, da gab es nämlich noch ca. 20 Gegenstimmen bzw. Stimmenthaltungen. Dazwischen lagen zähe und ernste Diskussionen und ein Brief von Hans-Jochen Vogel, der als Beschluss des Ausschusses Deutsche Einheit des Bundestages noch einige Klarstellungen zu kritischen Punkten mitteilen konnte. Zwölf SPD-Abgeordnete verbanden ihre Zustimmung mit einer Erklärung, in der sie begründeten, dass sie nur »mit großen Gewissensbedenken« zustimmen konnten. Sie halten die finanzielle Ausstattung der Länder und Kommunen für unzureichend; die Zukunft der Bauern sei ungewiss; die Instrumente der Wirtschaftsförderung reichten nicht aus; der sozialpolitische Besitzstand und die kulturelle Substanz der Neuen Länder seien nicht hinreichend gesichert; das Rehabilitierungsgesetz und der Datenschutz seien unzureichend. Ihre Zustimmung begründeten sie damit, dass ohne Einigungsvertrag ein Überleitungsgesetz allein des Bundestages die Fragen der deutschen Einigung regeln würde. Und dies war wohl auch für diejenigen, die jene Bedenken nur zum Teil für berechtigt hielten, der wichtigste Grund, dem Einigungsvertrag zuzustimmen. Denn das hatten wir alle gemerkt: In den westlichen Ministerien saß die Fachkompetenz, aber die Feldkompetenz, die Kenntnis von den DDR-Verhältnissen, musste aus dem Osten kommen. Durch die Einigungsvertragsverhandlungen ist beides zusammengeführt worden, sicher nicht immer hinreichend, aber doch in weit höherem Maße als es ein Überleitungsgesetz des Bundestages allein zustande gebracht hätte. Als in den Auseinandersetzungen um den Beitrittstermin von westlichen SPD-Politikern (deren Namen ich lieber verschweige) erklärt wurde, die DDR könne doch auch ohne Einigungsvertrag beitreten, alles Notwendige könne ein Überleitungsgesetz des Bundestags regeln, habe ich mich über solche ahnungslose Selbstüberschätzung doch sehr gewundert.

Die Gesamtbilanz des Einigungsvertrags kann sich auch aus sozialdemokratischer Sicht sehen lassen. Die Möglichkeit einer Überarbeitung des Grundgesetzes wurde eröffnet (aber danach nur schwach genutzt). Die Eigentumsregelungen, die den redlichen Erwerb schützen und die Bodenreform nicht rückgängig machen, erhielten Verfassungsrang (als neuen Art. 143 GG). Die Kleinstrenten wurden erhöht und die Rentenanpassung großzügig geregelt. Die Berufsabschlüsse der

DDR behielten mindestens für die Neuen Bundesländer ihre Gültigkeit.

Immer wieder habe ich von Journalisten gehört, die SPD-Fraktion sei die interessanteste der Volkskammer gewesen. Ich bin so eitel, das zu glauben. Es spricht aber tatsächlich einiges dafür. Wir hatten keine Blockpartei-Altlasten (abgesehen von Ibrahim Böhme, der übrigens unter Beifall der Fraktion am 21. August aus der Fraktion austrat und sein Mandat niederlegte, dann widerrief, aber dasselbe am 31. August endgültig vollzog). Unsere Abgeordneten waren einerseits, wie die von Bündnis 90, als Amateure mit viel Zivilcourage 1989 in die Bresche gesprungen, aber mit der Absicht, sich in eine große Tradition zu stellen und nicht das Rad neu erfinden zu wollen. Sie waren engagierter als viele andere und haben ein enormes Lerntempo vorgelegt. Und sie waren in ihrer Mehrheit deshalb gute Politiker, weil sie die Politik nicht für das Feld der Träume, sondern für die Kunst des Möglichen hielten.

## Anhang

### Ergebnis der Volkskammerwahl

vom 18. März 1990

<b>Wahlbeteiligung</b>		<b>93,38%</b>
Aktionsbündnis Vereinigte Linke, Die Nelken – VL	<b>AVL</b>	0,18%
Alternative Jugendliste DJP – GJ – MJV – FDJ	<b>AJL</b>	0,13%
Bündnis 90 – Neues Forum – Demokratie jetzt – IFM	<b>B90</b>	2,91%
Bund Freier Demokraten – DFP – LDP – F.D.P. – Die Liberalen	<b>Liberalen</b>	5,28%
Bund Sozialistischer Arbeiter – Deutsche Sektion der 4. Internationale	<b>BSA</b>	0,00%
Christlich-Demokratische Union Deutschlands	<b>CDU</b>	40,82%
Christliche Liga	<b>Chr. Liga</b>	0,09%
Demokratische Bauernpartei Deutschlands	<b>DBD</b>	2,18%
Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch	<b>DA</b>	0,92%
Demokratischer Frauenbund Deutschlands	<b>DFD</b>	0,33%
Deutsche Biertrinker Union	<b>DBU</b>	0,02%
Deutsche Soziale Union	<b>DSU</b>	6,31%
Einheit jetzt	<b>Einheit J.</b>	0,02%
Europäische Föderalistische Partei – Europa-Partei	<b>EFP</b>	0,03%
Europa-Union der DDR	<b>EU</b>	0,00%

Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband	<b>Grüne-UFV</b>	1,97%
Kommunistische Partei Deutschlands	<b>KPD</b>	0,08%
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	<b>NDPD</b>	0,38%
Partei des Demokratischen Sozialismus	<b>PDS</b>	16,40%
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<b>SPD</b>	21,88%
Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands	<b>SpAD</b>	0,02%
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<b>USPD</b>	0,03%
Unabhängige Volkspartei	<b>UVP</b>	0,03%
Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie	<b>VAA</b>	0,00%

## Anhang

### Die Mitglieder

#### der Fraktion der SPD in der Volkskammer



**Amende, Andreas**  
Betriebsschlosser  
1320 Angermünde  
geb. 12. 2. 1955  
Frankfurt (Oder)



**Backhaus, Till**  
Agrotechniker  
2840 Neuhaus  
13. 3. 1959  
Schwerin



**Barbe, Angelika**  
Diplombiologin  
1197 Berlin  
geb. 26. 11. 1951  
Berlin



**Bischoff, Josef Maria**  
Hochschulingenieur  
7500 Cottbus  
geb. 2. 2. 1955  
Cottbus



**Bogisch, Frank**  
Ingenieur  
1040 Berlin  
geb. 5. 5. 1956  
Halle

**Böhme, Ibrahim Manfred**  
Lehrer, Historiker  
1055 Berlin  
geb. 18. 11. 1944  
Berlin



**Ellenberger, Irene**  
Architekt  
5300 Weimar  
geb. 20. 4. 1946  
Erfurt

**Dr. Elmer, Konrad**  
Pfarrer  
1110 Berlin  
geb. 9. 2. 1949  
Frankfurt (Oder)



**Dr. Botz, Gerhard**  
Diplomingenieur  
6421 Lichtenhain  
15. 9. 1955  
Suhl

**Dr. Brecht, Eberhard**  
Diplomphysiker  
4300 Quedlinburg  
20. 2. 1959  
Halle



**Dr. Fikentscher, Rüdiger**  
Facharzt  
4020 Halle  
30. 1. 1941  
Halle

**Dr. Förster, Alfred**  
Diplomingenieur  
9061 Karl-Marx-Stadt  
geb. 28. 8. 1937  
Karl-Marx-Stadt



**Brinksmeier, Dankward**  
Pfarrer  
1040 Berlin  
geb. 11. 12. 1956  
Berlin

**Brösdorf, Bernd**  
Diplomingenieur  
5700 Mühlhausen  
12. 4. 1949  
Erfurt



**Fritsch, Christina**  
Lehrerin  
9517 Mülsen St. Niclas  
geb. 12. 12. 1950  
Karl-Marx-Stadt

**Funke, Christiane**  
Diplomlehrer  
2080 Neustrelitz  
geb. 31. 12. 1944  
Neubrandenburg



**Dr. Donaubauer, Bernd**  
Arzt  
7260 Oschatz  
geb. 25. 3. 1940  
Leipzig

**Dräger, Heidrun**  
Ingenieurökonom  
2830 Boizenburg  
geb. 24. 11. 1958  
Schwerin



**Gerlach, Johannes**  
Strahlenphysiker  
9107 Pleißen  
12. 1. 1954  
Karl-Marx-Stadt

**Gutzeit, Martin**  
Pfarrer  
1421 Marwitz  
geb. 30. 4. 1952  
Schwerin





**Hacker, Hans-Joachim**  
Diplomjurist  
2758 Schwerin  
10. 10. 1949  
Schwerin



**Hajek, Rosemarie**  
Diplomlehrer  
4501 Pülzig  
21. 3. 1951  
Halle



**Jäger, Renate**  
Lehrerin  
8060 Dresden  
geb. 17. 6. 1941  
Dresden



**Jauch, Frank**  
Diplomphysiker  
6900 Jena  
geb. 3. 12. 1951  
Gera



**Hartmann, Gert**  
Mechaniker  
1071 Berlin  
geb. 27. 10. 1957  
Berlin



**Dr. Heltzig, Frank**  
Physiker  
8021 Dresden  
geb. 10. 11. 1939  
Dresden



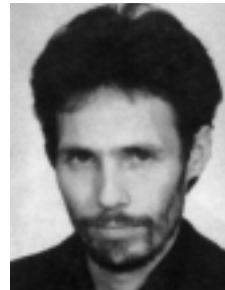
**Dr. Kalz, Manfred**  
Arzt  
1950 Neuruppin  
geb. 5. 12. 1937  
Potsdam



**Kamilli, Karl-August**  
Diplomgeophysiker  
7031 Leipzig  
geb. 5. 1. 1945  
Leipzig



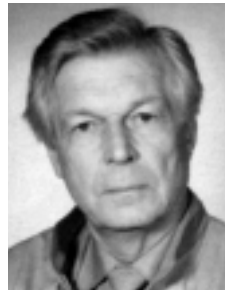
**Dr. Hildebrandt, Regine**  
Biologin  
1020 Berlin  
geb. 26. 4. 1941  
Berlin



**Hilsberg, Stephan**  
Programmierer  
1040 Berlin  
geb. 17. 2. 1956  
Leipzig



**Dr. Kauffold, Peter**  
Professor, Biologie  
2551 Dummerstorf  
geb. 19. 8. 1937  
Rostock



**Dr. Kilias, Günter**  
Diplomforstingenieur  
7840 Senftenberg  
geb. 25. 5. 1926  
Cottbus



**Dr. Höppner, Reinhard**  
Mathematiker  
3016 Magdeburg  
geb. 2. 12. 1948  
Magdeburg



**Jacobs, Paul**  
Diplomjurist  
8600 Bautzen  
geb. 5. 7. 1948  
Dresden



**Dr. Körber, Stefan**  
Diplomingenieur  
1800 Brandenburg  
geb. 5. 3. 1947  
Potsdam



**Krehl, Constanze**  
Diplomingenieur  
1221 Kieselwitz  
geb. 14. 10. 1956  
Frankfurt (Oder)



**Krüger, Thomas**  
Theologe  
1157 Berlin  
geb. 20. 6. 1959  
Berlin



**Kuessner, Hinrich**  
Theologe  
2200 Greifswald  
geb. 29. 4. 1943  
Rostock



**Dr. Manhenke, Volker**  
Diplomgeologe, Diplomwirtschafter  
7010 Leipzig  
geb. 29. 5. 1939  
Leipzig



**Dr. Mattered, Dietmar**  
Diplomchemiker  
7580 Weißwasser  
geb. 16. 8. 1942  
Cottbus



**Dr. sc. Kunckel, Karl-Heinz**  
Diplomingenieur  
8122 Radebeul  
geb. 30. 6. 1944  
Dresden



**Kunz, Eva**  
Wissenschaftliche Bibliothekarin  
1080 Berlin  
geb. 9. 4. 1947  
Berlin



**Meckel, Markus**  
Theologe  
3107 Niederndodeleben  
geb. 18. 8. 1952  
Magdeburg



**Dr. Misselwitz, Hans-Jürgen**  
Diplombiologe  
1100 Berlin  
geb. 29. 3. 1950  
Erfurt



**Dr. Kuppe, Gerlinde**  
Diplomchemikerin  
4020 Halle  
geb. 19. 10. 1945  
Halle



**Lindemann, Elke**  
Handelsökonom  
3300 Schönbeck  
geb. 29. 5. 1943  
Magdeburg



**Möller, Jes Albert**  
Gärtner  
1590 Potsdam  
geb. 28. 9. 1961  
Potsdam



**Morgenstern, Luise**  
Hausfrau  
1170 Berlin  
geb. 18. 6. 1932  
Berlin



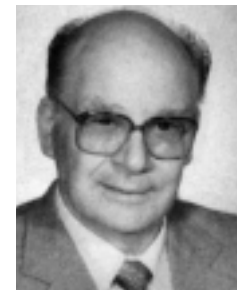
**Lippmann, Frieder**  
Dipl.-Ing.-Ökonom  
6800 Saalfeld  
geb. 3. 9. 1936  
Gera



**Dr. Lucyga, Christine**  
Lehrerin  
2500 Rostock  
geb. 6. 4. 1944  
Rostock



**Natzius, Rüdiger**  
Tierarzt  
1311 Steinbeck  
geb. 23. 6. 1958  
Frankfurt (Oder)



**Dr. Naumann, Manfred**  
Historiker, Lehrer  
1542 Falkensee  
geb. 17. 5. 1928  
Potsdam



**Neumann, Gerhard**  
Oberlehrer, Logopäde  
5800 Gotha  
geb. 25. 6. 1939  
Erfurt



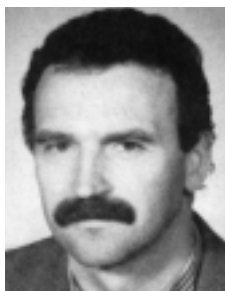
**Dr. Neumeister, Günter**  
Dipl.-Agr.-Ingenieur  
1551 Paulinenaue  
geb. 8. 10. 1951  
Potsdam



**Richter, Joachim**  
Theologe  
9550 Zwickau  
geb. 2. 4. 1941  
Karl-Marx-Stadt



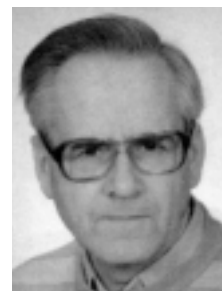
**Dr. Ringstorff, Harald**  
Diplomchemiker  
2500 Rostock  
geb. 25. 9. 1939  
Rostock



**Oleikowitz, Peter**  
Dipl.-Ing.-Geologe  
3101 Dodendorf  
geb. 20. 1. 1946  
Magdeburg



**Dr. Polte, Wilhelm**  
Diplomingenieur  
3022 Magdeburg  
geb. 11. 1. 1938  
Magdeburg



**Dr. Romberg, Walter**  
Diplommathematiker  
1020 Berlin  
geb. 27. 12. 1928  
Cottbus



**Dr. Rudolph, Christine**  
Tierärztin  
6900 Jena  
geb. 15. 5. 1957  
Gera



**Quien, Hermann**  
Oberstufenlehrer  
4850 Weißenfels  
geb. 31. 10. 1940  
Halle



**Steffen, Reiche**  
Theologe  
1631 Christinendorf  
geb. 27. 6. 1960  
Potsdam



**Dr. Rudolf, Dieter**  
Diplomingenieur  
9200 Freiberg  
geb. 5. 1. 1938  
Karl-Marx-Stadt



**Schemmel, Volker**  
Ingenieur  
7400 Altenburg  
geb. 12. 8. 1942  
Cottbus



**Reider, Sybille**  
Diplomjuristin  
4853 Wengelsdorf  
geb. 8. 10. 1949  
Halle



**Richter, Edelbert**  
Pfarrer  
5300 Weimar  
geb. 25. 2. 1943  
Erfurt



**Dr. Schnell, Dieter**  
Diplomphysiker  
1570 Potsdam  
geb. 10. 11. 1953  
Potsdam



**Schröder, Richard**  
Theologe  
1636 Blankenfelde  
geb. 26. 12. 1943  
Potsdam



**Schultze, Christian**  
Jurist  
1092 Berlin  
geb. 6. 1. 1944  
Berlin



**Schwanitz, Rolf**  
Diplomingenieur  
9900 Plauen  
geb. 2. 4. 1959  
Karl-Marx-Stadt



**Dr. Dr. Terpe, Frank**  
Professor, Mathematiker  
2200 Greifswald  
geb. 10. 10. 1929  
Rostock



**Thierse, Wolfgang**  
Kulturwissenschaftler, Germanist  
1058 Berlin  
geb. 22. 10. 1948  
Berlin



**Seils, Susanne**  
Diplomjuristin  
3010 Magdeburg  
geb. 23. 10. 1964  
Magdeburg



**Sept-Hubrich, Gisela**  
Pastorin  
1273 Fredersdorf  
geb. 25. 5. 1944  
Frankfurt (Oder)



**Dr. Timm, Gottfried**  
Diplomtheologe  
2070 Röbel  
geb. 26. 6. 1956  
Neubrandenburg



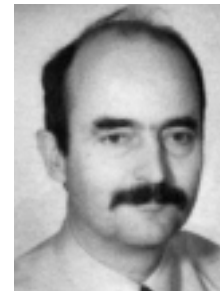
**Uecker, Sabine**  
Chemieingenieurin  
1530 Teltow  
geb. 1. 5. 1943  
Potsdam



**Sorge, Wieland**  
Lehrer  
6100 Meiningen  
geb. 27. 1. 1939  
Suhl



**Dr. Stephan, Volker**  
Tierarzt  
3500 Stendal  
geb. 1. 8. 1938  
Magdeburg



**Voigtländer, Bernd**  
Bauingenieur  
4050 Halle  
geb. 10. 7. 1939  
Halle



**Vollbrecht, Ursula**  
Lehrerin  
1551 Priort  
geb. 6. 2. 1932  
Potsdam



**Stetter, Inge**  
Lehrerin  
7290 Torgau  
geb. 27. 7. 1941  
Leipzig



**Stockmann, Ulrich**  
Diplomingenieur, Theologe  
4800 Naumburg  
geb. 1. 1. 1951  
Halle



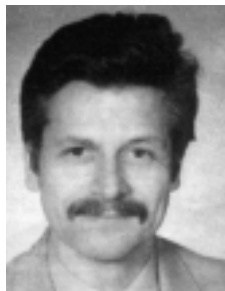
**Weigel, Siegfried**  
Pastor  
9305 Crottendorf  
geb. 2. 12. 1927  
Karl-Marx-Stadt



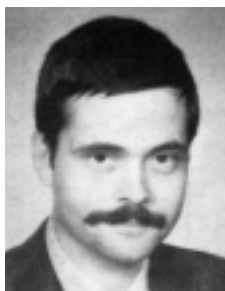
**Weis, Reinhard**  
Diplomingenieur  
3500 Stendal  
geb. 12. 3. 1949  
Magdeburg



**Weißgerber, Gunter**  
Ingenieur  
7039 Leipzig  
geb. 24. 11. 1955  
Leipzig



**Dr. Wiebke, Karsten**  
Tierarzt  
2105 Penkun  
geb. 27. 4. 1938  
Neubrandenburg



**Wietschel, Frank**  
Arzt  
5069 Erfurt  
geb. 20. 2. 1958  
Erfurt



**Ziel, Alwin**  
Diplomjurist, Diplompädagoge  
1156 Berlin  
geb. 22. 4. 1941  
Berlin

**Auszug aus der Ausgabe**

»Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik: 10. Wahlperiode«  
hrsg. von der Verwaltung der Volkskammer der DDR  
im Auftrag des Präsidiums der Volkskammer der DDR, 1990

Ausgeschieden sind:

**Böhme, Ibrahim**  
**Krüger, Thomas**  
**Kunz, Eva**  
**Dr. Polte, Wille**

Dafür nachgerückt sind:

**Ringleb, Ortwin**  
**Eckstein, Manfred**  
**Reiche, Klaus**  
**Würzner, Alexander**

Von der Demokratischen Bauernpartei (DBD) sind übergetreten:

**Marusch, Werner**  
**Seeger, Per-René**  
**Dr. Watzek, Hans**

## Anhang

# Sozialdemokraten in der Volkskammerwahl der DDR – eine Chronologie

von **Walter Zöller**,  
damals Leiter des Berliner Büros der SPD-Bundestagsfraktion

- 7. 12. 1989** Der Zentrale Runde Tisch konstituiert sich und legt als Datum für die Wahl zur Volkskammer der DDR den 6. Mai 1990 fest.
- 28. 1. 1990** Der Zentrale Runde Tisch zieht den Termin für die Wahl zur Volkskammer der DDR auf den 18. März 1990 vor.
- 30. 1. 1990** Die SPD-Bundestagsfraktion eröffnet im Reichstagsgebäude ihr Berliner Büro.
- 20. 2. 1990** Das Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer wird verabschiedet.
- 1-2/1990** In Kreis- und Bezirksparteitagen nominiert die SPD ihre Kandidaten für die Volkskammerwahl und entscheidet über die Bezirkslisten. Im späteren Thüringen geschieht dies bereits durch einen Landesverband der SPD.
- 22.-25. 2. 1990** Der 1. ordentliche Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig fordert in seinem Wahlprogramm die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990. Ibrahim Böhme wird zum Parteivorsitzenden gewählt.

- 1. 3. 1990** Die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) wird gegründet. Die Verordnung zur Umwandlung volkseigener Kombinate, Betriebe und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften wird erlassen.
- 6. 3. 1990** Das Gesetz über die Rechte der Gewerkschaften in der DDR tritt in Kraft.
- 7. 3. 1990** Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Volkskammerwahl treffen sich in der ehemaligen Parteihochschule »Karl Marx« der SED zu einer Tagung mit dem Vorstand der SPD in der DDR sowie Mitgliedern des Vorstandes und Mitarbeitern der SPD-Bundestagsfraktion.. Der Vorstand der SPD in der DDR beschließt »Schritte zur deutschen Einheit« zur sozialen Absicherung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Regierung der DDR unterzeichnet die Internationale Konvention zur Abschaffung der Todesstrafe.
- 12. 3. 1990** Letzte Sitzung des Zentralen Runden Tisches der DDR.
- 18. 3. 1990** Volkskammerwahl in der DDR; die SPD wird mit 21,9% der Stimmen – allerdings mit weitem Abstand – zweitstärkste Fraktion hinter der CDU/DA-Fraktion (41,7%) und vor der PDS-Fraktion (16,4%), der DSU-Fraktion (6,3%) und der Fraktion der Liberalen (5,3%).
- 21./22. 3. 1990** Konstituierung der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion in der ehemaligen Parteihochschule »Karl Marx« der SED. Die Geschäftsordnung wird beschlossen und eine Delegation zur Aufnahme interfraktioneller Informationsgespräche über Koalitionsverhandlungen eingesetzt. Die Wahl zum Fraktionsvorstand hat folgendes Ergebnis:  
 Vorsitzender: Ibrahim Böhme  
 Stellvertreter: Christine Lucyga, Richard Schröder, Frank Terpe  
 Parlamentarischer Geschäftsführer: Martin Gutzeit  
 Fraktionsgeschäftsführer: Alwin Ziel
- Bis Mitte Mai finden die Sitzungen der SPD-Volkskammerfraktion hier oder in den Fluren des Palastes der Republik statt, gelegentlich auch in einem Konferenzsaal im ZK-Gebäude. Einige

wenige Büros stehen in dieser Zeit lediglich dem Vorstand zur Verfügung.

- 23. 3. 1990** Ibrahim Böhme lässt wegen Verdächtigungen auf Stasi-Mitarbeit seine Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender ruhen und kündigt an, den Verdacht bald und vollständig zu entkräften. Zeitweilig kann zu ihm kein Kontakt aufgenommen werden.
- 27. 3. 1990** 2. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Es wird berichtet, dass Ibrahim Böhme seine Vorsitze in Fraktion und Partei ruhen lassen will. Richard Schröder wird mit der Führung der Geschäfte des Fraktionsvorsitzenden beauftragt. Die Fraktion beschließt ihre Grundpositionen bei den Informationsgesprächen über die Möglichkeit zur Teilnahme an Koalitionsverhandlungen, nämlich zügige Verwirklichung der deutschen Einheit, soziale Sicherheit für die DDR-Bürger, Wahrung des Geistes von 1989/90.
- 28. 3. 1990** 3. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion
- 30. 3. 1990** 4. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.
- 1. 4. 1990** Ibrahim Böhme erklärt seinen Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz.
- 2. 4. 1990** 5. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Richard Schröder wird zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Fraktion beschließt die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Sie billigt, wie alle anderen Fraktionen auch, einen Vorschlag zur Finanzierung der Volkskammer.
- 4. 4. 1990** Eine am 7. Dezember 1989 gebildete Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches der DDR verabschiedet einen Verfassungsentwurf und fordert die Volkskammer zur weiteren Befassung auf.
- 5. 4. 1990** Konstituierende Sitzung der Volkskammer der DDR. Die Präsidentin der Volkskammer und ihre Stellvertreter werden gewählt. Lothar de Maizière wird mit der Bildung der Regierung beauftragt. Ein Zeitweiliger Ausschuss der Volkskammer soll ihre Mitglieder auf Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) oder das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) überprüfen.

- 10. 4. 1990** 6. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen werden beraten.
- 11. 4. 1990** 7. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Benennung des Vorsitzenden des Ministerrates und seiner sozialdemokratischen Mitglieder wird beraten.
- 12. 4. 1990** Abschluss der Koalitionsvereinbarung.  
2. Sitzung der Volkskammer. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Ministerrates werden gewählt und vereidigt. Die Aufgaben des Zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung der Volkskammermitglieder werden festgelegt. Auf Initiative der SPD-Fraktion beschließen alle Fraktionen eine Erklärung zum NS-Unrecht an den Juden und an der Sowjetunion, zu Israel, zur Beteiligung der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings und zur Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze.
- 18. 4. 1990** 8. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Koalitionsvereinbarung wird gebilligt. Das Personaltableau der Fraktion wird verabschiedet.
- 19. 4. 1990** 9. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
3. Sitzung der Volkskammer. Der Vorsitzende des Ministerrates gibt die Regierungserklärung ab.  
1. Sitzung des Zeitweiligen Überprüfungsausschusses.
- 20. 4. 1990** 4. Sitzung der Volkskammer. Aussprache über die Regierungserklärung.
- 22. 4. 1990** Gemeinsame Sitzung der Geschäftsführenden Vorstände der SPD-Fraktionen im Bundestag und in der Volkskammer mit dem Präsidium der SPD (West). Es geht um die Koalitionsvereinbarung und die Regierungsbildung in der DDR sowie um den Vertrag über die Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft.
- 24. 4. 1990** 10. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Mitgliedschaften in den Ausschüssen werden festgelegt. Der Entwurf der Bundesregierung eines Vertrages über die »Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft« wird vorgelegt.
- 25. 4. 1990** Die 25 Ausschüsse der Volkskammer konstituieren sich.
- 26. 4. 1990** 11. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Der Entwurf des Vertrages über die »Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft« wird erstmals beraten.  
5. Sitzung der Volkskammer. Die Aussprache über die Regierungserklärung wird fortgesetzt. Die Anträge von B90 eines Vorläufigen Grundgesetzes und einer Volksabstimmung über eine neue Verfassung werden abgelehnt.
- 28. 4. 1990** Der Europäische Rat berät in Dublin über den Prozess der deutschen Vereinigung.
- 30. 4. 1990** Die Präsidentinnen der Volkskammer und des Bundestages vereinbaren die Zusammenarbeit der Ausschüsse Deutsche Einheit in beiden Parlamenten.
- 2. 5. 1990** 12. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die SPD-Mitglieder des DDR-Ministerrates legen Vorschläge zur Änderung des Vertrages über die »Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft« vor. Für die »Montagsrunde« zur Zusammenarbeit mit den Regierungsmitgliedern und dem Parteivorstand werden die Mitglieder der Fraktion benannt.
- 5. 5. 1990** Erstes Außenministertreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen.
- 5.-11.5.1990** Erstmals nimmt eine Delegation der Volkskammer an einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates teil.
- 6. 5. 1990** Kommunalwahl in der DDR.
- 8. 5. 1990** 13. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
Sondersitzung der Volkskammer zum Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges.
- 10. 5. 1990** Zum ersten Mal erhalten die Abgeordneten Diäten.  
6. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz über die Verwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) wird eingebracht.

- 10.–14. 5. 1990** Erstmals nimmt eine Delegation der Volkskammer an einer Tagung der Nordatlantischen Versammlung teil.
- 13. 5. 1990** Treffen von Vertretern der Vorstände der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag. Es geht um den Vertrag über die »Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft« und um die Treuhandanstalt.
- 15. 5. 1990** 14. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Arbeitskreise berichten über ihre ersten Beratungen des Entwurfs eines Vertrages über die »Schaffung einer Währungsunion, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft«.
- 16. 5. 1990** Die IPU-Gruppe der DDR konstituiert sich.
- 17. 5. 1990** 15. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die ersten Räume im Haus der Parlamentarier, dem ehemaligen ZK-Gebäude, können nach nunmehr erfolgter Freigabe durch die PDS bezogen werden, zunächst von den Mitgliedern des Vorstandes und den Arbeitskreisvorsitzenden. Die Mitglieder beschließen einen Fraktionsbeitrag.  
7. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (Verfassungsgrundsätze-gesetz) wird eingebracht, das Gesetz über die Verwaltung der Gemeinden und Landkreise in der DDR (Kommunalverfassung) verabschiedet, die Überprüfung von Volksvertretern auf frühere Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS beschlossen, der Koordinierungsausschuss für deutsche Einheit der Volkskammer nach der Bildung des Bundestagsausschusses deutsche Einheit umbenannt und personell ergänzt.
- 18. 5. 1990** Unterzeichnung des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse Deutsche Einheit der Volkskammer und des Bundestages.
- 21. 5. 1990** 16. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird beraten. Weitere Räume im Haus der Parlamentarier

werden zugeteilt.

8. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird eingebracht. Der Bundestag befasst sich damit in 1. Lesung am 23. Mai 1990.

- 21.–25. 5. 1990** Erstmalige Teilnahme einer Delegation der Volkskammer an einer IPU-Konferenz, hier der Interparlamentarischen Abrüstungskonferenz in Bonn.
- 22. 5. 1990** 17. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.
- 29. 5. 1990** 18. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.
- 31. 5. 1990** 19. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
9. Sitzung der Volkskammer. Eine Unabhängige Regierungskommission zur Überprüfung der Vermögenswerte der Parteien und Massenorganisationen wird eingesetzt, die Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten der Volkskammer (Abgeordnetengesetz) und zur Regelung passrechtlicher Fragen (volle Reisefreiheit in die Bundesrepublik) werden verabschiedet.
- 1. 6. 1990** Gespräch der Vorstände der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag über den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.  
10. Sitzung der Volkskammer. Die Gesetze über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR (Mantelgesetz) und über die Grundsätze des Haushaltsrechts der Republik und der Länder (Haushaltsgrundsätze-gesetz) werden eingebracht.
- 5. 6. 1990** 20. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.
- 5.–8. 6. 1990** Erstmalige Teilnahme einer Delegation der Volkskammer an einer Tagung der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU).
- 6. 6. 1990** Eine Delegation der Volkskammer zur Teilnahme an den Tagungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit Sondergäste-Status wird benannt.

- 7. 6. 1990** 21. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
11. Sitzung der Volkskammer. Ein Sonderausschuss zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit unter sozialdemokratischem Vorsitz wird eingesetzt.
- 8. 6. 1990** 22. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
12. Sitzung der Volkskammer. Eingebracht werden Gesetze zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht.
- 9. 6. 1990** Sonderparteitag der SPD in der DDR in Halle. Wolfgang Thierse wird zum Parteivorsitzenden gewählt.
- 13. 6. 1990** 23. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.
- 14. 6. 1990** 13. Sitzung der Volkskammer. Im Mittelpunkt stehen Straf- und Prozessrecht.
- 15. 6. 1990** Gemeinsame Erklärung der Bundesregierung und des Ministerrates der DDR über die Regelung offener Vermögensfragen.  
14. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zur Privatisierung und Reorganisierung des volkseigenen Vermögens (Treuhandgesetz) wird in 2. Lesung an den Wirtschaftsausschuss zurückverwiesen. Beschlossen werden das Gesetz zur Finanzordnung der DDR und das Haushaltsgrundsatzgesetz.
- 17. 6. 1990** 24. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
Gemeinsame Feierstunde von Volkskammer und Bundestag zum 17. Juni im Schauspielhaus Berlin.  
15. Sitzung der Volkskammer. Der Antrag der DSU zum sofortigen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wird abgelehnt. Mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit wird das Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR (Verfassungsgrundsatzgesetz) verabschiedet. Das Treuhandgesetz wird gebilligt.
- 19. 6. 1990** 25. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Es geht um den Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und um Justizminister Wünsche (CDU), dem eine belastete Vergangenheit vorgehalten wird.

- 21. 6. 1990** 26. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
16. Sitzung der Volkskammer. Die von der SPD-Fraktion initiierte Erklärung zur polnischen Westgrenze wird beschlossen. Das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und das Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR («Mantelgesetz») werden verabschiedet.  
Die Bundesregierung gibt im Bundestag eine Regierungserklärung zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, zu den außenpolitischen Aspekten der deutschen Einheit und zu den deutsch-polnischen Beziehungen ab. Die SPD-Bundtagsfraktion beschließt eine Erklärung zur 3. Lesung des Gesetzes zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Der Deutsche Bundestag verabschiedet ebenfalls das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
- 22. 6. 1990** 27. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
17. Sitzung der Volkskammer. Die Gesetze zur Angleichung der Bestandsrenten an das Rentenniveau der Bundesrepublik und zur Bildung von Ländern in der DDR (Ländereinführungsgesetz) werden eingebracht.  
Zweites Außenministertreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Berlin.  
Der Bundesrat billigt das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.
- 26. 6. 1990** 28. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
Die zuständigen Geschäftsführer der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag sprechen erstmals über die Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.
- 28. 6. 1990** 29. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
18. Sitzung der Volkskammer. Der Ministerrat gibt eine Regierungserklärung zum Verkauf von ostdeutschen Energieversorgern an westdeutsche Unternehmen ab. Die SPD-Fraktion erläutert ihr Energiekonzept.
- 29. 6. 1990** 19. Sitzung der Volkskammer. Eingebracht oder verabschiedet

werden finanzpolitische Gesetze im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

20. Sitzung der Volkskammer. Nachdem bekannt geworden ist, dass der Ministerrat ohne Unterrichtung der Volkskammer durch Zusammenfassung aller DDR-Energieversorger in einer AG deren Verkauf an westdeutsche Unternehmen präjudizieren will, wird eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung des Vorhabens gebildet.

**Ende 6/1990** Im Berliner Verbindungsbüro der SPD-Bundestagsfraktion und bei der SPD-Volkskammerfraktion wird der Höchststand der von der Bundestagsfraktion entsandten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (23) erreicht.

**1. 7. 1990** Der Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft. Die Deutsche Mark (DM) wird allein gültiges Zahlungsmittel in der DDR. Die Überleitung der DDR-Renten in das westdeutsche Rentensystem beginnt.

**3. 7. 1990** 30. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Bundesregierung richtet den Fonds Deutsche Einheit ein.

**5. 7. 1990** 31. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
21. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zur Bildung eines Verfassungsgerichts der DDR wird eingebracht.

**6. 7. 1990** 22. Sitzung der Volkskammer. Eingebracht wird das Länderwahlgesetz, verabschiedet das Kommunalvermögensgesetz. Es wird beantragt, die Verhandlungen über den Verkauf der DDR-Energieversorger noch einmal aufzunehmen.

**9.–13. 7. 1990** Erstmals nimmt eine Delegation der Volkskammer an einer Tagung des Europäischen Parlamentes teil.

**10. 7. 1990** 32. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Sie beschließt die Forderung nach Beibehaltung der Fristenregelung im Schwangerschaftsrecht für fünf Jahre.

**11. 7. 1990** Die zuständigen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag sprechen

zum zweiten Mal über die Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

**12. 7. 1990** 33. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
23. Sitzung der Volkskammer. Die Übernahme mehrerer Gesetze der Bundesrepublik Deutschland wird beschlossen.

**13. 7. 1990** 24. Sitzung der Volkskammer. Der Haushalt für das zweite Halbjahr 1990 wird eingebracht.

**16. 7. 1990** Die zuständigen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der SPD-Fraktionen in der Volkskammer und im Bundestag sprechen zum dritten Mal über die Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

**17. 7. 1990** Drittes Außenministertreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Paris, diesmal mit polnischer Beteiligung.

34. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Oskar Lafontaine besucht die Fraktion. Geschäftsordnungsgemäß wird der Vorstand neu gewählt.

Vorsitzender: Richard Schröder

Stellvertreter/in: Constanze Krehl, Volker Schemmel, Ulrich Stockmann

Parlamentarischer Geschäftsführer: Martin Gutzeit

Stellvertreterin: Susanne Kschenka

Fraktionsgeschäftsführer: Christian Schultze.

**19. 7. 1990** 25. Sitzung der Volkskammer. Die erste Lesung des Haushalts für das zweite Halbjahr 1990 wird fortgesetzt.

**20. 7. 1990** 26. Sitzung der Volkskammer. Ein Antrag der Fraktion der Liberalen auf Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 mit Wirkung vom 1. Dezember 1990 wird abgelehnt, ein Antrag zur Ausgestaltung der Umweltunion angenommen. Die Delegation der DDR für die Verhandlungen über den Einigungsvertrag wird gewählt.

**22. 7. 1990** Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und des Vorstandes der SPD-Volkskammerfraktion treffen sich zu Beratungen über den Einigungsvertrag und über

das weitere Vorgehen in Bundestag, Volkskammer und der Koalitionsregierung in der DDR.

27. Sitzung der Volkskammer. Eingebracht wird das Rehabilitierungsgesetz, verabschiedet werden das Ländereinführungsgesetz, der Haushalt der DDR für das 2. Halbjahr 1990, das Länderwahlgesetz, die Gesetze über die Übertragung volkseigener Land- und Forstwirtschaftsbetriebe in das Eigentum der Länder und Kommunen sowie über ihre Verpachtung an Genossenschaften und natürliche Personen und die Satzung der Treuhandanstalt. Der Ministerrat wird beauftragt, einen Stiftungsfonds aus Mitteln der Treuhandanstalt und aus unrechtmäßig erworbenem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR einzurichten, parallel zu den Verhandlungen über den Einigungsvertrag einen Vertrag zur Vorbereitung der gesamtdeutschen Wahl auszuhandeln und den Stromvertrag der Treuhandanstalt mit den führenden westdeutschen Energieversorgungsunternehmen rückgängig zu machen.

**24. 7. 1990** 35. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Aufforderung des Vorstandes der SPD in der DDR zum Austritt aus der Koalition wird abgelehnt, aber die gleichberechtigte Möglichkeit der Einbringung sozialdemokratischer Standpunkte in die Regierungsbearbeitung zur Bedingung für den weiteren Verbleib in der Koalition gemacht.

Die Fraktion der Liberalen verlässt die Koalition. Ihre Minister bleiben im Amt.

**27. 7. 1990** 36. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Es geht um den Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages (Verfassungsgesetz) und um die Frage des Verbleibs in der Koalition.

**3. 8. 1990** Der Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages (Verfassungsgesetz) wird unterzeichnet. Der Vorsitzende des Ministerrates, Lothar de Maizière, schlägt den 14. Oktober 1990 als Termin für die gesamtdeutsche Wahl vor.

**6. 8. 1990** Die Präsidien der Sozialdemokratischen Parteien in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen einen Beitritt so

bald wie möglich und gesamtdeutsche Wahlen so spät wie möglich. Der SPD-Volkskammerfraktion wird empfohlen, in der Koalition zu bleiben.

**7. 8. 1990** 37. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Als Termin des Beitritts wird der 15. September 1990 vorgeschlagen. Der Ministerrat wird aufgefordert, bis 21. August 1990 ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Förderung der Investitionstätigkeit und zur Sicherung der Finanzen von Ländern und Gemeinden vorzulegen. Eine Mehrheit stimmt für den Verbleib in der Koalition, fordert die sozialdemokratischen Regierungsglieder aber auf, bei einem Verlassen der Koalition durch die SPD zurückzutreten.

**8. 8. 1990** 38. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Der Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages (Verfassungsgesetz) wird einstimmig gebilligt.

28. Sitzung der Volkskammer. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG zum 15. September 1990, aber nach Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche und nach Fertigstellung des Einigungsvertrages, wird abgelehnt. In der Debatte darüber greift der Vorsitzende der CDU/DA-Fraktion Günter Krause mehrere SPD-Ministerratsmitglieder namentlich an. Das Gesetz über den Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages (Verfassungsgesetz), das eingebracht und unmittelbar abschließend beraten werden soll, scheitert daran, dass die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht wird. Der Deutsche Bundestag verschiebt daraufhin seine Beschlussfassung auf die Zeit nach Verabschiedung des Gesetzes durch die Volkskammer.

**15. 8. 1990** Der Vorstand der SPD-Volkskammerfraktion ruft den Koalitionsausschuss zur Klärung der Differenzen an.

**16. 8. 1990** In einer gemeinsamen Sitzung empfiehlt der Vorstand der SPD in der DDR einstimmig dem Vorstand der SPD-Volkskammerfraktion den Austritt aus der Koalition.

**17. 8. 1990** 39. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Sie beschließt »Essentials« als Maßstab für die Zustimmung der Fraktion zum Einigungsvertrag.

**19. 8. 1990** 40. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Der Austritt aus der Koalition und ein Misstrauensantrag gegen den Vorsitzenden des Ministerrates werden beschlossen. Die Ministerratsmitglieder und Staatssekretäre der SPD werden zum unverzüglichen Rücktritt aufgefordert. Richard Schröder kündigt seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz an.

**20. 8. 1990** Gemeinsame Sitzung der Präsidien der sozialdemokratischen Parteien in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

**21. 8. 1990** 41. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Richard Schröder tritt von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender zurück. Zu seinem Nachfolger wird Wolfgang Thierse gewählt. Die Fraktion verabschiedet eine Erklärung zum Einmarsch des Irak in Kuwait. Die Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) in der Volkskammer löst sich auf. Drei ihrer neun Mitglieder treten zur SPD-Fraktion über.

**22. 8. 1990** 42. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Der CDU-Vorschlag, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für den 6. Oktober zu beschließen, wird abgelehnt. Die eigene Forderung nach Beitritt zum 15. September 1990 wird bekräftigt.

29. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz über den Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages (Verfassungsgesetz) wird in namentlicher Abstimmung mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet. Der Rücktritt der SPD-Ministerratsmitglieder wird bekanntgegeben.

30. Sitzung der Volkskammer, einberufen auf Antrag des Vorsitzenden des Ministerrates. Der Antrag der DSU auf sofortigen Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wird abgelehnt. Der Antrag der CDU/DA-Fraktion, den Beitritt zum 14. Oktober 1990 zu beschließen, wird auf Initiative der SPD-Fraktion zusammen mit den Fraktionen der CDU/DA, DSU und Liberalen dahin geändert, dass der Beitritt der DDR zum Geltungsbe-

reich des Grundgesetzes gemäß Artikel 23 GG mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 in Kraft tritt, und in dieser Form angenommen.

**23. 8. 1990** 43. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
31. Sitzung der Volkskammer. Eingebbracht werden Gesetze zur Wohnungspolitik, Krankenhausfinanzierung und Finanzverwaltung der DDR.

**24. 8. 1990** 44. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
32. Sitzung der Volkskammer. Der Antrag der SPD-Fraktion auf Nachverhandlungen zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wird abgelehnt. Bei der rechtlichen Bewertung von Schwangerschaftsabbrüchen soll das »Tatortprinzip« gelten. Das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der Daten des MfS/AfNS wird verabschiedet. Der Ministerrat wird beauftragt, die Eignung von Angehörigen des MfS/AfNS für den öffentlichen Dienst zu prüfen.

**28. 8. 1990** 45. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Eine Gruppe zur Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen SPD-Fraktion wird eingesetzt. Die Arbeitskreise nehmen zum Entwurf des Vertrages über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) Stellung.  
Die Vorstände der SPD in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland treffen sich in Bonn zu einem Gespräch über den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag).

**30. 8. 1990** 33. Sitzung der Volkskammer. Ein Antrag der SPD-Fraktion zur Sicherung der in der DDR gültigen Fristenregelung im Schwangerschaftsrecht wird nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Der Ministerrat wird beauftragt, die Übernahme des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der Daten des MfS/AfNS in die dem Einigungsvertrag beizufügende Liste fortgeltender DDR-Rechtsvorschriften durchzusetzen.

**31. 8. 1990** Der Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) wird unterzeichnet.

**1. 9. 1990** Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD-Volkskammerfraktion wird ein Sozialplan vereinbart.

- 4. 9. 1990** 46. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Ihre Vertreterinnen und Vertreter für den 11. Deutschen Bundestag in der Zeit zwischen dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und der gesamtdeutschen Bundestagswahl werden benannt.
- 6. 9. 1990** 47. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
34. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) wird in 1. Lesung beraten. Der Antrag der SPD auf Rücknahme des Stromvertrages der Treuhandanstalt mit führenden westdeutschen Energieversorgungsunternehmen wird abgelehnt. Der Ministerrat wird beauftragt, sicher zu stellen, dass Verwaltungsvermögen der DDR für Aufgaben der neu zu bildenden ostdeutschen Länder unentgeltlich an diese übergeht, und durch Nachverhandlungen zum Einigungsvertrag dafür zu sorgen, dass der § 175 BGB im Territorium der DDR ungültig bleibt. Das Rehabilitierungsgesetz und das Konversionsgesetz werden verabschiedet, die Vernichtung von Akten des militärischen Geheimdienstes der DDR verboten.
- 11. 9. 1990** 48. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion.  
In einem Gespräch zwischen der Vorbereitungsgruppe der SPD-Volkskammerfraktion und den Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern der SPD-Bundestagsfraktion zur Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion wird empfohlen, die Ergänzung des Fraktionsvorstandes um einen stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Beisitzer aus der Volkskammerfraktion; Bildung eines Arbeitskreises IX – neue Länder –, dessen Vorsitz der stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus der Volkskammer übernimmt.
- 12. 9. 1990** In Moskau wird der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet. Seine Ratifizierung wird dem Deutschen Bundestag übertragen.
- 13. 9. 1990** 35. Sitzung der Volkskammer. Die 1. Lesung des Gesetzes zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) wird fortgesetzt. Der Präsident der Treuhandanstalt Rohwedder berichtet über den Stand der Privatisierungen, Entflechtungen und Organisationsfragen. Die SPD-Fraktion kritisiert

die Übernahme von Altkadern in die Treuhandanstalt, die mangelhafte Arbeitnehmervertretung in den Entscheidungsgremien, den Vorrang der Privatisierung vor allem anderen und die fehlende Teilhabe der DDR-Bevölkerung. Sie fordert die Abberufung von Innenminister Diestel wegen dessen Versagen bei der Auflösung des MfS/AfNS.

Der Zeitweilige Ausschuss der Volkskammer zur Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Mitarbeit für das MfS/AfNS teilt den betroffenen Volkskammermitgliedern sowie den jeweiligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Ministerrates die Ergebnisse seiner Arbeit mit.

- 18. 9. 1990** 49. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Die Empfehlungen der Gruppe zur Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen Fraktion vom 11. September 1990 werden gebilligt. Der Arbeitskreis IX soll mehrheitlich aus Abgeordneten aus dem Gebiet der DDR bestehen.
- 20. 9. 1990** 50. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion. Nach der einstimmigen Billigung des Einigungsvertrages durch die SPD-Bundestagsfraktion am Vortag stimmt die Volkskammerfraktion mehrheitlich ebenfalls zu.  
36. Sitzung der Volkskammer. Das Gesetz zum Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag) wird mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit verabschiedet. Zwei der Gegenstimmen kommen aus der SPD-Fraktion, die im Übrigen trotz schwerer Bedenken zustimmt. In einer Aussprache wird über die Arbeit des Zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer zur Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Mitarbeit für das MfS/AfNS und über den Umgang mit seinen Ergebnissen beraten.
- 26. 9. 1990** Letzter Parteitag der SPD in der DDR in Berlin.  
Letzter Parteitag der SPD in der Bundesrepublik Deutschland in Berlin.
- 27./28. 9. 1990** Vereinigungsparteitag der SPD in Berlin.
- 28. 9. 1990** 37. Sitzung der Volkskammer. Die Sonderausschüsse zur Untersuchung der Vorgänge um die psychiatrische Klinik in Waldheim

und zur Kontrolle der Auflösung des MfS/AfNS sowie der Zeitweilige Ausschuss zur Überprüfung der Abgeordneten auf frühere Mitarbeit für das MfS/AfNS berichten abschließend. Eine Aussprache erfolgt zum Teil in nichtöffentlicher Sitzung. Die Überprüfung von Mitgliedern der CDU/DA-Fraktion, die bisher keine Erklärungen abgegeben haben, wird beschlossen. Das Gesetz über den zeitweiligen Straferlass wird verabschiedet. Die in den 11. Deutschen Bundestag zu entsendenden Abgeordneten werden gewählt, die in das Europaparlament zu entsendenden, von den Fraktionen bestimmten Beobachterinnen und Beobachter ernannt.

- 1. 10. 1990** 51. Sitzung der SPD-Volkskammerfraktion zur abschließenden Regelung ihrer Auflösung.
- 2. 10. 1990** 38. Sitzung der Volkskammer. Die Volkskammer wird für aufgelöst erklärt.
- 3. 10. 1990** Der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG tritt in Kraft.